

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. Februar 1910

5. Heft

Viktor Adler: **Bebel und die Sozialdemokratie in Oesterreich**

Wenn August Bebel Geschichten aus seiner Jugend erzählt — und er erzählt sie gern und mit hinreissender Liebenswürdigkeit —, so spricht er oft davon, wie er Ende der Fünfzigerjahre als Drechslergeselle in Salzburg gearbeitet. Diese reizende Ecke unseres österreichischen Landes war der einzige Ort, wo er längere Zeit österreichische Luft geatmet. Er war blutjung und dachte gewiss an alles eher als an kritische, stammespsychologische Vergleiche. Aber völlig verschwunden sind die Eindrücke jener Zeit nicht und dass ihn damals ein Hauch unseres österreichischen Wesens berührte, jener Weichheit, die unsere grösste kulturelle Tugend wie unser schlimmstes politisches Laster ist, hat vielleicht dazu beigetragen, dass er uns immer besser verstanden hat, als die meisten unserer norddeutschen Brüder. Zwar hat die deutsche Sozialdemokratie uns Deutschösterreicher von jeher als Fleisch von ihrem Fleische betrachtet und dass die Eisenacher im grossdeutschen Empfinden wurzelten, war ein Grundzug ihres politischen Charakters. Sie führten den Kampf gegen Bismarck nicht nur als Demokraten, sondern auch als Deutsche, die ihm nie verzeihen konnten, dass Königgrätz das deutsche Volk auf immer in zwei Teile zerrissen hat. Bis auf den heutigen Tag ist in keiner anderen Klasse das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der nationalen Einheit so stark, so lebendig und so wirksam wie im deutschen Proletariat diesseits wie jenseits der Grenzen. Träger dieses Empfindens war von jeher neben Liebnecht vor allem Bebel. Was wir der deutschen Sozialdemokratie zu danken haben, verkörpert sich zum guten Teile in seiner Person.

Als wir in der traurigsten Zeit des schlimmsten Tiefstandes an den Wiederaufbau der Partei gingen, als wir die „Gleichheit“ gründeten und die ersten tastenden Schritte zur neuen Organisation machten, da fehlte es uns nicht an herzlicher Sympathie der deutschen Genossen, aber die besten Wünsche waren sehr begreiflicherweise vom Zweifel, von skeptischem Lächeln begleitet. Bebel hatte — wie Engels — von vornherein Vertrauen zu uns. Er war einer der fleissigsten und wertvollsten Mitarbeiter der „Gleichheit“, und als sie unterdrückt wurde und den Titel wechseln musste, der „Arbeiter-Zeitung“; er verfolgte mit grösstem Interesse jede Einzelheit unserer Fortschritte und suchte, was am wertvollsten und schwierigsten ist, uns zu verstehen. Sein Rat war nie aufdringlich und schon gar nicht war seine Kritik schulmeisterisch. Der Mann, der selbst in schwerer Verantwortung Entscheidungen zu treffen hat, wird sich hüten, schnellfertige Urteile zu erlassen, die jenen leicht werden, die nie die harte Not des Handelnden erfahren haben. Zu Bebels Eigenschaften gehört gewiss nicht ängstliche Zurückhaltung, aber er, dessen Wesen Leidenschaft ist, hat immer in allen internationalen Dingen musterhaften Takt zu betätigen verstanden. Im Jahre 1894 nahm er an jenem denkwürdigen Parteitag beim Schwender teil, dessen Hauptaufgabe war, über die Taktik im Wahlrechtskampf zu entscheiden. Die Frage des Generalstreiks war aufgeworfen, das belgische Beispiel stand verlockend vor uns und es galt, alle Tatsachen ruhig zu erwägen. Aber diese Ruhe der Erwägung war gerade das schwierigste Problem und der Parteitag war einer der stürmischsten, die wir gehabt haben. Unseren deutschen Genossen war damals noch die Idee des Generalstreiks der Gipfel phantastischer Torheit, die auch

nur zu „diskutieren“ absurd erschien. Bebel, der mit Singer delegiert war, sprach seine Meinung aus; er sprach mit voller Offenheit, aber doch in so weise abgemessener Form, dass seine Rede auch die leidenschaftlichsten Anhänger des Generalstreikplanes nicht verletzen und, was schlimmer gewesen wäre, nicht reizen konnte. Bebel hat dann noch — diesmal mit dem leider verstorbenen Ehrhart und Kautsky — an einem zweiten mindestens ebenso bedeutungsvollen österreichischen Parteitag teilgenommen, an jenem, der die Revision unseres Parteiprogramms vornahm. Damals hat Bebel auch in einer grossen Volksversammlung in Wien gesprochen, deren Eindruck allen, die ihn hörten, unvergesslich bleiben wird.

Der Entwicklung unserer Partei folgt Bebel von jeher mit einem Grade von Verständnis, das wenige, die nicht Oesterreicher sind, haben. Zwar ganz versteht er uns und unsere Politik nicht. Wie sollte er auch? Haben wir Eingeborenen doch alle Mühe, in dem verschlungenen Knäuel vielgestaltiger Probleme den Faden festzuhalten. Oft schüttelt er den Kopf und wundert sich — wie wir uns ja selber mitunter wundern. Aber nicht genug hoch anzurechnen ist ihm, dass er begriffen hat, was der Hauptpunkt der proletarischen Politik in Oesterreich ist: wie aus der österreichischen Sozialdemokratie, die der Hauptsache nach die deutschösterreichische Sozialdemokratie war, die Sozialdemokratie in Oesterreich wurde, unsere Internationale mit ihren ganz eigentümlichen Lebensbedingungen, ungeheuren Schwierigkeiten und unabschbaren Entwicklungsmöglichkeiten. Dass Bebel diesem Prozess mit Verständnis gefolgt ist, hat ihm das unbegrenzte Vertrauen der Sozialdemokraten aller Zungen in Oesterreich, nicht nur der deutschen, erworben und erhalten.

Bebel wird an seinem siebzigsten Geburtstage von den klassenbewussten Proletariern aller Länder der zivilisierten Erde als der Ihrige reklamiert und gefeiert werden. Mit Recht, von ihm ist eine Kraft ausgegangen, die ihn zu einer geschichtlichen Figur macht, zu einer Persönlichkeit, die in der Geschichte der ganzen Welt wirksam ist. Wir österreichischen Sozialdemokraten aber glauben ein ganz besonderes Anrecht auf ihn zu haben, ihm ganz besonders herzlich nahe zu stehen. Er hat uns gestärkt in dem Glauben an unsere Kraft, er hat Vertrauen zu uns gehabt und uns mit Vertrauen erfüllt, er ist uns nicht nur Lehrer, sondern auch Freund und Helfer.

Otto Bauer: Ein Festtag der deutschen Demokratie

Am 22. Februar feiert die internationale Sozialdemokratie den siebzigsten Geburtstag August Bebels. Ueber die Persönlichkeit Bebels zu sprechen, ziemt uns nicht. Als wir heranwuchsen, haben uns seine Reden, seine Schriften die erste Kunde von dem weltbewegenden Kampfe der Arbeiterklasse gebracht. Seine proletarische Schlichtheit, sein sittliches Pathos, seine sieghafte Leidenschaft, seine zukunftsfrohe Phantasie haben in unsere Seelen Schätze versenkt, die Gewinn sind für immer. Darum standen wir und stehen wir zu sehr in seinem Banne, als dass wir fähig sein könnten, sein Bild zu zeichnen. Aber in dem Monat seines Festes, in dem alle Genossen noch inniger als sonst seiner gedenken, dürfen wir wohl sagen, wie uns, den Jungen, sein Lebenswerk im Zusammenhang der Geschichte unseres Volkes erscheint.

Was ihm Lebenserinnerung, ist uns ja Geschichte geworden, die wir uns gern aus den Erzählungen älterer Genossen, aus längst vergilbten Zeitungsblättern, aus Broschüren und Büchern aufzubauen versuchen. Darum sind uns zur rechten Stunde zwei Bücher erschienen, die anschaulich die Zeiten malen, in denen sich der junge Drechsler, dessen Namen heute die Proletarier aller Länder nennen, vom Liberalismus zum Sozialismus durchgerungen hat. In seinem trefflichem Buche „Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie“ (Jena, Fischer 1909) hat Gustav Mayer die Keimzeit des deutschen Sozialismus geschildert. Im ersten Bande seiner Aufzeichnungen „Aus meinem

Leben“ (Stuttgart, Dietz, 1910) gibt uns Bebel selbst einen unschätzbaren Beitrag zur Geschichte der grossen deutschen Arbeiterpartei. Bunte Bilder einer längst vergangenen Zeit erhellen uns unsere Gegenwart.

Vom Februar 1858 bis zum März 1860 hat Bebel „auf der Walz“ Süddeutschland, Oesterreich, die Schweiz kennen gelernt. Dann kam er nach Leipzig und trat in den Bildungsverein ein. Es war eine grosse Zeit. Im Jahre 1859 war die österreichische Armee bei Magenta und Solferino geschlagen worden. Im März 1863 begann mit dem „Offenen Antwortschreiben“ der grosse Agitationsfeldzug Ferdinand Lassalles. Im September desselben Jahres wurde bei einer Kundgebung gegen den Zarismus, der eben erst den polnischen Aufstand in einem Meer von Blut erstickt hatte, die Gründung der Internationale beschlossen. Zwei Jahre später wurde auf den böhmischen Schlachtfeldern Oesterreich besiegt, die Vorherrschaft Preussens in Deutschland entschieden. Im Jahre 1867 erschien der erste Band des „Kapital“; eine Fülle neuer sozialer Erkenntnis befruchtete die Arbeiterbewegung. Die Jahre 1870 und 1871 brachten den Deutsch-Französischen Krieg, den Sturz Bonapartes, die Proklamierung der dritten Republik in Frankreich, die Gründung des neuen Deutschen Reiches, die Pariser Kommune. In diese Zeit fielen die politischen Lehrjahre Bebels. Alle grossen Probleme der Demokratie und des Sozialismus haben diese grossen Jahre mit einemmale aufgerollt. Im Ringen um ihre Lösung ist August Bebel geworden, was er ist.

* * *

Als Bebel, ein zweiundzwanzigjähriger Jüngling, in den Leipziger Arbeiter-Bildungsverein eintrat, waren erst 14 Jahre seit den Stürmen von 1848 vergangen. Damals hatten Bürger und Arbeiter zusammen auf der Barrikade gekämpft. Aber der Bund ward zerrissen durch die Selbstsucht der Bourgeoisie. Das besitzende Bürgertum, das im Februar und März die Arbeiter auf die Barrikade geschickt hatte, hat ihren Aufstand im Juni in Paris blutig niedergeschlagen, ihren Heldenkampf im Oktober in Wien schmählich verraten. Nun folgten die Jahre der Gegenrevolution. Anfangs der Sechzigerjahre war die Zeit der Friedhofsruhe vorbei. Ueberall vollzogen nun die Mächte der bürgerlichen Gesellschaft ihren Aufmarsch zu neuen Kämpfen. Da standen auf der einen Seite die Mächte der Gegenrevolution: Napoleon III. in Frankreich, die Junkerregierung Bismarcks in Preussen, der bürokratische Zentralismus in Oesterreich. Auf der anderen Seite begann sich, durch die schnelle industrielle Entwicklung der Fünfzigerjahre erstarkt, die Arbeiterklasse wieder zu regen. Zwischen der Reaktion auf der einen, dem Proletariat auf der anderen Seite stand die liberale Bourgeoisie: sie wollte die Reaktion bezwingen, in einem parlamentarischen Regime ihre Klassenherrschaft begründen; aber die Freiheit, die sie meinte, schloss die Knechtschaft der Arbeiterklasse ein. In Frankreich bedrohte die republikanische Opposition den Bonapartismus; in Preussen verweigerte die Fortschrittspartei dem Ministerium Bismarck seine Militärforderungen; in Oesterreich sammelten die Kämpfe um die Verfassung, um das Konkordat, um das Militärbudget alle Mächte der höfischen, klerikalen und feudalen Reaktion gegen die junge liberale Parlamentsmehrheit. Ueberall versuchten die Herrschenden, in den Klassen, die der soziale Gegensatz von der liberalen Bourgeoisie schied, Bundesgenossen gegen die liberale Opposition zu werben. Napoleon, der eben erst als der Retter vor dem proletarischen Aufruhr die Stimmen aller Besitzenden auf sich vereinigt hatte, kokettierte mit den Arbeitern, um die bürgerliche Opposition zu schrecken. Bismarck und die preussischen Konservativen spielten die Arbeiterbewegung gegen die Fortschrittspartei aus. In Oesterreich mobilisierten die Feudalen die unterdrückten Nationen und Klassen gegen den deutschen Liberalismus. Sollte die Arbeiterklasse mit der Regierung gegen die Bourgeoisie gehen, um von den Herrschenden soziale Zugeständnisse zu erlangen? Oder sollte sie den Klassenkampf gegen die liberale Bourgeoisie vertagen, im Bunde mit ihr vorerst die reaktionären Gewalten bezwingen, um später im Rahmen eines parlamentarisch regierten bürgerlichen Staates unter günstigeren Bedingungen ihren Klassenkampf beginnen zu können?

Kein Geringerer als Ferdinand Lassalle hat zuerst den Versuch unternommen, den Konflikt zwischen Bismarck und der Fortschrittspartei für die Sache des Proleta-

riats auszunützen. Als die bürgerlich-liberale Mehrheit des Dreiklassenparlaments Bismarcks Militärforderungen ablehnte, versuchte er es, dem grossen Diktator das allgemeine und gleiche Wahlrecht abzulisten. Es war eine Politik, ähnlich der unseren im Jahre 1905, als die Arbeiter Oesterreichs auf der einen, der Kaiser auf der anderen Seite den Widerstand des Privilegienparlaments gegen die Wahlreform brachen.

Dieser Politik, die Lassalle begonnen, Schweitzer fortgesetzt hat, stellte sich Wilhelm Liebknecht entgegen. Er glaubte nicht, dass das gleiche Wahlrecht zur Waffe der Arbeiterklasse werden könnte, wo es den Arbeitern als Gabe der Herrschenden würde. Er hoffte auf die baldige Wiederkehr einer grossen revolutionären Erhebung, wie er sie im Jahre 1848 miterlebt hatte. Er wollte den Kleinbürgern verbündet bleiben, die Bauern nicht abstossen, damit der nahenden Revolution ein starkes Volksheer zu Gebote stehe. Erst wenn in einer neuen revolutionären Erhebung die Macht der gegenrevolutionären Gewalten gebrochen würde, sei der Boden frei zum Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus.

Unermüdlich mahnte Liebknecht die Arbeiterklasse: Erwartet nichts von Waffen, die die Herrschenden euch nur schenken, damit ihr ihren Zwecken dient! Die neue Gesellschaft ist unverträglich mit dem alten Staat! Wer die neue Gesellschaft will, muss den alten Staat zertrümmern! Soll die Arbeiterbewegung nicht ein Werkzeug des Zäsarismus sein, so muss sich der Sozialismus an die Spitze aller stellen, die den Kampf gegen die feudale, bürokratische und militärische Reaktion führen! Und so viel auch von Liebknechts Worten verblasst sein mag im Laufe der Jahrzehnte, so lebt doch ihr Wesenskern auch in uns fort. Wenn die Arbeiter Oesterreichs im Kampfe gegen die feudale und kleinbürgerliche, die klerikale und zünftlerische Reaktion so oft an der Seite der Bourgeoisie standen, die doch unser Feind ist und bleibt, wenn wir einst uns durch kein Arbeiterschutzgesetz und kein Wahlreformprojekt in die Gefolgschaft Taaffes locken liessen und wenn wir heute das bürgerliche Parlament stützen als eine Bastei der Demokratie gegen den Absolutismus, mag die Demokratie auch nur eine bürgerliche Demokratie sein, so lebt darin so manche jener Maximen fort, die einst Liebknecht im Kampfe gegen die Partei Lassalles formuliert hat.

Was sich aber heute, je nach der Umstände Gebot, in der lebendigen Praxis einer Partei vereinigen mag, schied einst in Deutschland die Geister. In diesem Kampfe stand der junge Bebel an der Seite Liebknechts, nicht im Lager Lassalles. Er war Demokrat, ehe er Sozialist geworden; und ein Sachwalter der grossen Ueberlieferung der revolutionären Demokratie ist er im Lager des Sozialismus geblieben. Und wenn er auf dem Dresdener Parteitag in einer Rede, die, was immer bürgerliche Enttäuschung und verbildeter Literaten Unverstand an ihr gemäkelt haben mögen, des Mannes ganzen Wuchs lebendig zeigt, den klügelnden Plan zerrissen hat, mit artigen Gebärden der Herrschenden Gunst für die Arbeiterklasse zu erkaufen, so hat er es getan als der alte revolutionäre Demokrat, der nicht zu handeln, nicht zu paktieren versteht mit den Mächten der Gegenrevolution.

Als Lassalle und Schweitzer über die Köpfe der Fortschrittspartei hinweg mit dem grossen Bismarck verhandelten, ward die bürgerliche Demokratie Deutschlands schier tobsüchtig vor Wut. Ein halbes Jahrhundert später erschien es der bürgerlichen Demokratie ganz unbegreiflich, dass August Bebel vor dem kleinen Bülow sich nicht beugen wollte.

* * *

Das politische Problem, das Bebels Lehrjahre erfüllt hat, stand im engsten Zusammenhang mit einer noch grösseren Frage, mit dem grossen Problem unseres nationalen Daseins.

Die Revolution von 1848 war nicht nur eine soziale und politische, sie war auch eine nationale Revolution gewesen. Es war ihr nicht gelungen, Deutschlands Einheit und Freiheit zu verwirklichen. Die Mächte der Gegenrevolution haderten nun um ihr Erbe. Habsburg und Hohenzollern kämpften um die Vorherrschaft in Deutschland. Ein grosses deutsches Reich vom Belt bis zur Adria unter Habsburgs Szepter war das Programm der Grossdeutschen. Ein kleineres, aber im Innern gefestigteres Reich unter Preussens Führung war das kleindeutsche Ziel. Beiden stand die revolutionäre Demokratie gegen-

über. Sie wollte nicht das klerikale, zur Hälfte slawische Oesterreich, aber auch nicht den preussischen Junkerstaat als Deutschlands Vormacht sehen. In einer grossen revolutionären Erhebung wollte sie Deutschland von Habsburg und Hohenzollern zugleich befreien, das ganze deutsche Volk von den Gestaden der Ostsee bis zur Etsch und Drau in einer demokratischen Republik vereinigen. Auf die nationale Einheitssehnsucht setzte die Demokratie ihr Hoffnung: nur in einer revolutionären Erhebung konnte ja das deutsche Volk seine volle Einheit und Freiheit verwirklichen. Und dieser nationale Gedanke stand im Einklang mit der grossen Hoffnung der anderen Völker: Italien, Ungarn, Polen rüttelten an ihren Ketten; die Demokratie Englands und Frankreichs war den nationalen Freiheitskämpfern Mitteleuropas eng verbunden. In einer grossen internationalen Erhebung hoffte die europäische Demokratie den Deutschen und ihren Nachbarn im Süden und Osten zugleich die nationale Einheit und Freiheit erobern zu können. Vierzehn Jahre nach 1848 konnte solche Hoffnung nicht als Utopie erscheinen.

In der Gedankenwelt der revolutionären Demokratie ist Bebel gereift. Als Bismarck im Jahre 1866 den entscheidenden Streich gegen Oesterreich führte, stand Bebel bereits an der Spitze der Männer, die, der Ueberlieferung von 1848 treu, der „undeutschen Politik“, die die Deutschen Oesterreichs aus dem Deutschen Reiche ausschliessen wollte, ihre Unterstützung versagten. Und wenn Liebknecht nach Königgrätz schrieb: „Die Tat des Jahres 1866 ist für Deutschland, was für Frankreich der Staatsstreich des 2. Dezember 1851 war; der Staatsstreich Bismarcks gleich dem Napoleons richtete sich gegen die Demokratie“, so erkannte auch Bebel, dass die Hoffnung auf eine demokratische Gestaltung Deutschlands begraben war, wenn die nationale Einheit nicht durch die Revolution, sondern durch die Regierungen der Gegenrevolution, nicht durch das Volk, sondern durch die Fürsten verwirklicht, nicht mit den Fäusten deutscher Proletarier, sondern mit den Bajonetten der preussischen Regierung erobert würde. Noch in den Aufzeichnungen aus seinem Leben, die August Bebel jetzt der deutschen Arbeiterklasse als sein Jubiläumsgeschenk zu eigen gibt, schreibt er:

„Einmal angenommen, Preussen wäre 1866 unterlegen, so wäre das Ministerium Bismarck und die Junkerherrschaft, die noch bis heute wie ein Alp auf Deutschland lastet, fortgefegt worden. Das wusste niemand besser als Bismarck. Die österreichische Regierung wäre nach einem Siege nie so stark geworden, wie das bei der preussischen der Fall war. Oesterreich war und ist nach seiner ganzen Struktur ein innerlich schwacher Staat, ganz anders Preussen. Aber die Regierung eines starken Staates ist für dessen demokratische Entwicklung gefährlicher... Höchstwahrscheinlich hätte die österreichische Regierung nach einem Siege versucht, in Deutschland reaktionär zu regieren. Aber sie hätte alsdann nicht nur das gesamte preussische Volk, sondern auch den grössten Teil der übrigen Nation, einschliesslich eines guten Teiles der österreichischen Bevölkerung, gegen sich gehabt. Wenn eine Revolution sicher war und Aussicht auf Erfolg hatte, so gegen Oesterreich. Die demokratische Einigung des Reiches wäre die Folge gewesen. Der Sieg Preussens schloss das aus. Und noch ein anderes. Der Ausschluss Deutsch-Oesterreichs aus der Reichsgemeinschaft — von der Preisgabe Luxemburgs nicht zu reden — hat zehn Millionen Deutsche in eine fast trostlose Lage versetzt. Unsere ‚Patrioten‘ geraten in nationale Raserei, wird irgendwo im Ausland ein Deutscher misshandelt, aber an dem Stück kulturellen Mordes, der an den zehn Millionen Deutschen in Oesterreich begangen wurde, nehmen sie keinen Anstoss.“

So zeugt heute noch das Wort des alten deutschen Revolutionärs gegen das Werk Bismarcks, der das Reich nur einigen konnte, indem er die Nation zerriss, der die deutsche Einheit verwirklichte, aber die Hoffnung auf die deutsche Freiheit begrub.

Der Gott der Schlachten hat gegen die deutsche Demokratie entschieden. Das deutsche Bürgertum, das eben noch im erbitterten Kampfe gegen Bismarck gestanden war, floh in das Lager des Siegers. Bebel blieb seiner Sache treu. Es war der alte deutsche Demokrat, der, ein Alter schon mit weissem Haar, im Reichstag ausrief, er wolle selbst noch die Flinte auf den Buckel nehmen, wenn ein Heer des russischen Despoten den Krieg in deutsche Lande tragen wolle. Treu aber blieb er auch der revolutionären Ueberlieferung, dass dem deutschen Volke sein Recht nur werden könne im gemeinsamen Kampfe aller Nationen gegen ihre Bedrücker. Als nach Sedan in Frankreich die Republik ausgerufen wurde, forderte er das Ende des Krieges, der, gegen den Kaiser der Franzosen begonnen, gegen die Republik nicht fortgesetzt werden dürfe. Mit mutigen Worten, die heute wie eine erfüllte Prophezeiung klingen, warnte er vor der Annexion Elsass-Lothringens, die die französische Nation mit unversöhnlichem

Deutschenhass erfüllen, die beiden grossen Kulturnationen des Festlandes für Jahrzehnte verfeinden, die Republikaner Frankreichs dem Zaren zu Füssen werfen werde. Heute noch muss die Erinnerung, wie das deutsche Bürgertum in jenen Tagen den mutigen Mann behandelt hat, jedem redlichen Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Aber auch in jener Zeit, da das Kriegsfieber die Nation schüttelte, hat sich proletarische Treue, proletarischer Trotz bewährt. Wenige Tage nachdem Frankreich die Abtretung Elsass-Lothringens und die Zahlung einer Kriegsschädigung von fünf Milliarden bewilligt, schickten die Weber von Glauchau August Bebel, der seit vier Monaten im Gefängnis sass, in den ersten deutschen Reichstag.

Die deutsche Bourgeoisie hat längst das revolutionäre Nationalitätsprinzip vergessen, als dessen Kämpfe Bebel von Bismarck besiegt worden ist. Aber in der Geschichte der Völker gibt es kein Vergessen. Wenn das Chaos des Ostens in Bewegung gerät, wenn die Nationen Osteuropas den Kampf um die Neugestaltung ihres nationalen Lebens beginnen, wenn für Europa wiederum ein Zeitalter der Kriege, der Revolutionen, der staatlichen Neubildungen anhebt, dann leben die Gedanken wieder auf, die einst die Jugend des Mannes erfüllt haben, den heute als den letzten Erben der deutschen Demokratie die Arbeiter Deutschlands ehren.

* * *

Mit der demokratischen Ueberlieferung der revolutionären Vergangenheit hat Bebel die sozialistische Ueberzeugung der proletarischen Zukunft unlösbar verknüpft. Wie er allmählich, Schritt für Schritt, vom Liberalismus zum Sozialismus sich entwickelte, so spiegelt sich in dieser Entwicklung des einzelnen die ganze Geistesgeschichte des deutschen Proletariats.

Im Kampfe gegen die Lassalleaner hat Bebel die Schriften Lassalles kennen gelernt. Ueber Lassalle ist er, so sagt er selbst, zu Marx gekommen. In der unfreiwilligen Musse des Gefängnislebens fand er Zeit und Ruhe, das „Kapital“ zu lesen. Seit jener Zeit ist er, ein Apostel des Sozialismus, durch alle deutschen Lande gezogen. Ich habe Redner gehört, die lehrhafter als er die theoretischen Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus der proletarischen Masse zu erläutern wissen, Redner, die witziger als er die Scheinargumente der Gegner zerpflücken, den Gegner dem Gespött preiszugeben, Redner, die wirksamer als er süddeutsche Heiterkeit im Kreise der Hörer zu verbreiten vermögen; aber ich habe keinen gehört, der, so wie er, den Glauben an die grosse Zukunft zu erwecken verstanden hätte, in der es nicht Herren noch Knechte, nicht Reiche noch Arme geben wird, die unerschütterliche Siegesgewissheit, das trotzige „Es ist kein Bitten, es ist kein Flehen, es ist der Geschichte ehernes Muss“. Das Vertrauen in die umwälzende Kraft einer weltgeschichtlichen Entwicklung, die über alle Listen und Ränke, über alle Lügen und Tücken, über alle Verbrechen und Gewalttaten derer, die sich ihr entgegenwerfen, triumphieren, alle Hindernisse niederreissen wird und muss, ist das Wertvollste, was uns das Lebenswerk von Karl Marx gegeben hat; dieser Glaube ist die Wunderkraft, die Tausende schlichter Arbeiter aufrecht erhalten hat in den schlimmsten Tagen; diesen Glauben hat keiner zu erwecken, zu verbreiten, zu vertiefen gewusst wie August Bebel.

Man hat zuweilen an Bebels Sozialismus gemäkelt, hat von ihm gesagt, dass ein gutes Stück der Utopie sich in ihm mit dem wissenschaftlichen Sozialismus verknüpft habe. Mag sein. Aber wer so redet, müsste begreifen, dass nur der bildhafte Sozialismus die Seelen der Menschen zu erobern vermag. Nicht der abstrakte Begriff, nur die anschauliche Vorstellung ergreift, erobert die Massen. Die Furcht vor dem Zukunftsbild war eine wohlbegründete Reaktion gegen die Phantasiegebilde der Utopisten. Heute hat der wissenschaftliche Sozialismus den Rückfall in die Utopie wahrhaftig nicht mehr zu fürchten. Viel grösser scheint uns die Gefahr, dass uns in der Beschäftigung mit den kleinen Gegenständen des Alltags das grosse Ziel zu sehr verblasst, dass der Sozialismus zum leeren Begriff wird, das die Phantasie der Arbeiter nicht mehr anzuregen, ihrem Fühlen und Hoffen nichts mehr zu sagen vermag. Die kleine Sekte ist allmählich zur gewaltigen Millionenpartei geworden; kein Wunder, dass das religiöse Element im Sozialismus in dem nüchternen Alltagsleben der politischen Partei nicht immer und überall

zu bestehen vermochte. Und doch gibt auch uns nur der Glaube — der Glaube freilich, der aus der Wissenschaft erfließt — die Kraft, die Berge versetzt. Eine nüchterne Reformpartei hätte das Sozialistengesetz nicht überwunden.

Was in Bebels Jugendzeit erst schüchtern hervortretende Entwicklungstendenz war, die nur das Genie eines Marx zu erkennen vermochte, ist heute lebendige, augenfällige Wirklichkeit geworden. In der Welt der Kartelle und der Trusts, der grossen Aktiengesellschaften und Banken, in der Gesellschaft, in der der Klassengegensatz von Tag zu Tag deutlicher alles soziale Leben beeinflusst, in unserem Zeitalter des ungeahnt schnellen Erwachens und Reifens des Proletariats, seiner beispiellosen Selbsterziehung in gewaltigen Organisationen, wie sie die Geschichte nie gesehen — in einer solchen Zeit treten uns die Elemente der nahenden Zukunftsgesellschaft greifbar vor Augen. Nichts lächerlicher heute als die Furcht vor der Utopie, da Tag für Tag die Utopie zur Wirklichkeit wird.

* * *

Die revolutionäre Demokratie ist mit dem wissenschaftlichen Sozialismus eins geworden. Aber noch hatte ihr Bund die grösste Gefahr zu bestehen: die Gefahr, dass der innige Glaube einer machtlosen Sekte bleiben könnte, was die reife Ueberzeugung des ganzen Proletariats zu werden bestimmt war. Dass diese Gefahr gebannt wurde, daran hat keiner grösseren Teil als August Bebel.

Es war vielleicht einer der wichtigsten Augenblicke in der Geschichte des deutschen Sozialismus, als der norddeutsche Reichstag im Jahre 1869 die Beratung der Gewerbeordnung begann. Die Gefahr lag nahe genug, dass die revolutionäre Demokratie, die dem Norddeutschen Bund feindlich gegenüberstand, es ablehnen werde, an der Beratung dieses die unmittelbarsten Interessen der Arbeiterklasse berührenden Gesetzes mitzuarbeiten. In der Tat lehnte Liebknecht jede Mitwirkung ab. „Den im Reichstag fast ausschliesslich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Strasse, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage.“ Erfüllt von der Hoffnung auf die nahende deutsche Revolution, lehnte Liebknecht die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit ab: „Wer mit Feinden parlamentiert, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heisst sein Prinzip opfern.“ In dieser Frage hat sich damals Bebel von dem älteren Genossen getrennt.

Arbeiterinteressen standen auf dem Spiele — da musste der Arbeiter, der Erwählte der Arbeiter, tun, was immer er konnte, die Interessen des Proletariats zu vertreten. Die Verbesserungsanträge zur Gewerbeordnung, die Bebel damals gestellt hat, sind nicht nur wegen ihres Inhalts denkwürdig, nicht etwa nur darum, weil es ihm damals schon gelungen ist, die norddeutschen Arbeiter von der Fessel des Arbeitsbuches zu befreien, die die Arbeiter Oesterreichs heute noch am Fusse schleppen, sie sind denkwürdig vor allem darum, weil mit ihnen die Jahrzehnte dauernde parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie für die Interessen des Proletariats begonnen ward. In dieser Arbeit hat sich die Sozialdemokratie das Vertrauen der Arbeiterklasse verdient und erworben.

Die Einheit der Arbeiterbewegung und des Sozialismus ist von Marx theoretisch begründet worden — dass der Sozialismus das Ziel jeder Arbeiterbewegung sein muss, dass nur die siegende Arbeiterklasse den Sozialismus verwirklichen kann, ist der Grundgedanke des Marx'schen Sozialismus. Aber die Einheit der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, theoretisch als notwendig erwiesen, musste erst in mühevoller Arbeit zur Wirklichkeit werden. Diese Arbeit ist erst möglich geworden, als die Sozialisten die Pflicht übernahmen, die Sache des Proletariats als die eigene zu führen, auf welchem Boden, mit welchen Mitteln, unter welchen Umständen immer. Dass dies in Deutschland geschehen, rechtzeitig geschehen ist, ist Bebels Werk.

Bebels ganzes Leben von diesem Tage an war der sozialen Reform geweiht. Sein Beispiel hat in Deutschland selbst zahlreiche Schüler, in allen Ländern, in denen Sozialdemokraten leben, eifrige Nachahmer gefunden. Die Frucht dieser Arbeit ist das grosse Gebäude der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, der sozialen Verwaltung im Reiche — ohne die Sozialdemokratie keine Sozialreform, so hat es Bismarck

selbst bezeugt. In dieser fruchtbaren Reformarbeit hat sich Bebels Fleiss und Scharfsinn am schönsten bewährt. Er ist der Verfasser des bekannten Arbeiterschutzgesetzentwurfes der Reichstagsfraktion. Er hat 1877 die Anregung zur Gründung des deutschen Reichsgesundheitsamtes gegeben. Seiner Schrift über die Missstände in den Bäckereien dankt die amtliche Arbeitsstatistik ihr Dasein — sie ist geschaffen worden, um Bebels Anklagen zu prüfen. Dieselbe Schrift hat zur Schaffung der gesetzlichen Bestimmungen über den sanitären Normalarbeitstag geführt. „Der einzige Abgeordnete, den wir im Bundesrate fürchten, ist Bebel“, gestand einmal der Direktor im Reichsamte des Innern, Woedtke. Bebels Kampf gegen Stumm, den König der Scharfmacher, hat Tausende deutscher Arbeiter aufgerüttelt. Seine Anklagereden gegen den Militarismus haben mehr als alle Gesetze, Erlässe, Gerichtsverhandlungen zur Ausrottung der Soldatenmisshandlungen beigetragen. Wie im Reichstag so ausserhalb des Parlaments: Den deutschen Gewerkschaften hat Bebel tausende von Mitgliedern geworben. Noch in den letzten Jahren ist er gerufen worden, wenn es galt, in einer von inneren Kämpfen erschütterten Organisation die gewerkschaftliche Disziplin wiederherzustellen. Und doch sind die Befürchtungen längst widerlegt, die Liebknecht im Jahre 1869 an den Beginn dieser Reformarbeit geknüpft hat. Bebel, der Pfadfinder proletarischer Reformarbeit auf dem Boden des Parlamentarismus, ist doch der grosse Werber der sozialen Revolution geblieben. Als nach Jahrzehnten träger Entwicklung des staatlichen Lebens der Kleinmut in unsere Reihen einzudringen begann, hat sich der ewig Junge den Kleinmütigen mit seiner ganzen Leidenschaft, seiner unbeugsamen Zuversicht entgegengestellt. Als die allzu Bescheidenen den grossen Gedanken der Vergesellschaftung der Arbeitsmittel um den Bettelpfennig von ein paar Reförmchen preiszugeben schienen, donnerte er ihnen in Hannover sein „Es bleibt bei der Expropriation!“ entgegen. Als die Furchtsamen die Sache der Arbeiterklasse nur durch Kompromisse mit der bürgerlichen Welt fördern zu können meinten, war er es, der ihnen zurief: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihrer Existenzbedingung zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen.“

In Dresden hat Bebel von dem „alten idealen revolutionären Standpunkt“ gesprochen. Das Wort sagt tiefere Wahrheit, als er selbst vielleicht in jenem Augenblick geahnt hat. Denn die ganze Grundrichtung seines Wesens, dem alles, was geschieht, wertlos ist, sofern es nicht seinen Wert an dem Prinzip, an dem letzten von der Vernunft erkannten Zwecke zu rechtfertigen vermag, das auch das Kleine in Treue und mit Fleiss tut, aber auch von dem Kleinen heischt, dass es sich einordne einem grossen System der Zwecke, das im obersten Zweck, in der letzten Aufgabe allein seine Rechtfertigung finden kann, diese ganze Weise des Wertens ist nichts anderes als das unvergängliche Erbe des alten deutschen Idealismus, der, verraten und verlacht vom deutschen Bürgertum, seine Heimstätte gefunden hat in der deutschen Sozialdemokratie.

* * *

Aber wenn wir Bebel als den alten Demokraten, als den Erben der deutschen Revolution, als Sozialisten, als Parlamentarier kennen, so fehlt uns noch die Erkenntnis der tiefsten Wurzel seines Denkens und Fühlens, seines Wirkens, seines beispiellosen Erfolges. Auf sie stossen wir erst, wenn wir uns seines Verhältnisses zur proletarischen Masse erinnern.

Bebel fehlt viel von dem, was Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht, was Jaurès, Guesde, Kautsky, Adler, Vandervelde adelt. Aber eines hat er vor ihnen allen voraus: Selbst ein Arbeiter, ist er der Seele des Proletariats stets näher gewesen als sie. Des Arbeiters Schicksal hat er selbst erfahren; Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, den hoffnungslosen Daseinskampf des kleinen Meisters, die Leiden des verfolgten, vom Bürgertum boykottierten, von den Schergen des Klassenstaates verfolgten Agitators selbst erlebt. So fühlt er auch heute noch wie die Arbeiter selbst. Er kann nicht nur mit ihnen kämpfen, mit ihnen lieben und hoffen, er kann auch, was so wichtig ist und gerade der Politiker so leicht verlernt, mit ihnen hassen. Man muss ihn hören, wenn sein Temperament einmal die Zügel zerreisst: „Auch heute noch, nachdem alle diese Verfolgungen vorüber sind, ohne dass sie mir geschadet haben, wenn da meine Gedanken auf den kleinen Belagerungszustand zurückkommen und ich mir vergegenwärtige, wie wir aufs Polizei-

bureau kommandiert, dort wie Verbrecher unters Metermass gestellt und abgemessen wurden, wie wir photographiert wurden und unser Signalement aufgenommen wurde und wie es dann hiess, binnen drei Tagen macht ihr, dass ihr zum Tempel hinauskommt, das vergesse ich in meinem Leben nicht. Und wenn ich es je erleben sollte, dass der Tag käme, dass ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich euch einmal zeigen, was ihr damals getan — ich tät's!“ Das ist so gar nicht nüchtern, nicht abgeklärt. Aber es ist die Seele des deutschen Arbeiters, aus der diese Leidenschaft quillt.

So durch sein Innerstes der Klasse verbunden, aus der er hervorgegangen ist, liebt er die Masse. Da hat einmal ein kleiner Literat, der seither in das bürgerliche Lager heimgefunden hat, in einer bürgerlichen Zeitschrift erzählt, der Parteiführer könne der Masse nicht immer die volle Wahrheit sagen; er müsse manches verschweigen, manche Illusion unzerstört lassen. In dem Artikelchen barg sich vielleicht ein Körnchen Wahrheit, zwar unziemlich gesagt, aber vermutlich nicht sehr böse gemeint und jedenfalls schon wegen des höchst unbeträchtlichen Persönchens des Verfassers nicht sonderlich beachtenswert. Aber wie brauste da der Alte auf! Er war im Innersten verletzt, dass einer die Masse als eine klug gegängelte Herde hinzustellen gewagt!

Und wie er die Arbeiter liebt, so lieben sie ihn. Wenn der deutsche Arbeiter sich dieses Lebens erinnert, der Armenschule in Wetzlar, die die Waise eines Unteroffiziers besucht hat, der Drechslerwerkstätte, in der der Lehrhub seine Jugend verbracht, der Wanderjahre des jungen Handwerksburschen, der sich durch halb Deutschland durchgehungen und durchgebettelt hat, und wenn er nun den Greis sieht als einen der Grossen, die dem Deutschland unserer Tage das Gepräge ihres Geistes aufgedrückt haben, dann muss ihm dieses reiche Leben als ein Symbol des Aufstieges der ganzen Klasse erscheinen.

So verknüpft das Band persönlicher Liebe Bebel mit der Masse. Sie ist das Geheimnis seines beispiellosen Erfolges. So ist er der „Erwecker schlafender Seelen“ geworden, wie der Pfarrer Naumann ihn einmal genannt hat, der grosse Agitator und Organisator, der heute an der Spitze der grössten Partei Europas steht.

* * *

Bebel gehört der Internationale. Seine Macht reicht weit über Deutschlands Grenzen. In allen Industriegebieten der Welt ahmt proletarische Agitations- und Organisationsarbeit sein Beispiel nach, in allen Kultursprachen sprechen seine Schriften und Reden zu zahllosen Arbeitern, bei allen Wahlen, in allen Parlamenten folgen die Arbeiterparteien der Taktik, zu der er die Grundlage geschaffen. Und wenn die Delegierten der Proletarier aller Länder zu ernstern Beratungen zusammenkommen, gilt ihr erster, ihr innigster Gruss dem alten Heerführer des deutschen Proletariats.

Aber vor allem gehört dieser „vaterlandslose Geselle“ doch uns Deutschen. Wer seines Wesens Wurzeln sucht, wird sie finden in der deutschen Arbeiterklasse, in den grossen Ueberlieferungen der deutschen Demokratie, in der ergreifenden Tragödie der deutschen Revolution, im deutschen Idealismus und in der deutschen sozialistischen Wissenschaft. Und wie er nur aus Deutschlands Geschichte zu verstehen ist, so wird er einst späteren Geschlechtern als einer der grossen Gestalten von Deutschlands Geschichte erscheinen. Er ist einer der Männer, deren sich die bestimmenden Kräfte der Geschichte bedienen, ein neues, ein anderes Deutschland vorzubereiten.

Darum ist sein Jubeltag ein Festtag der deutschen Demokratie, die längst eins ist mit der deutschen Arbeiterklasse, mit dem deutschen Zweige der proletarischen Internationale. Deutlicher noch als unsere Brüder im Reiche fühlen wir es, die seines grossen Gegners Staatskunst aus dem Gemeinwesen der deutschen Nation ausgeschlossen hat. Sonst gezwungen, unsere eigenen Wege zu gehen, fühlen wir es an Tagen, die wahrhaft nationale Festtage sind, dass, wie Kürnberger sagte, „kolorierte Landkarten deutsch von deutsch nicht trennen können“. Bei der grossen Heerschau des deutschen Proletariats ziehen auch wir an dem greisen Heerführer vorbei; grüssend senken auch wir vor ihm unsere Fahnen.

Karl Renner: Die neue Ordnung des Hauses

Dem dröhnenden Lärm der viertägigen Schlacht im Reichsrat ist der Froschmäusekrieg in den Landstuben gefolgt und hat das Interesse ein wenig von den Kernfragen unserer Politik abgelenkt. Doch sind die unmittelbaren Nachwirkungen der Geschäftsordnungsreform zu deutlich fühlbar, als dass der Oesterreicher auf seine Art leicht vergessen könnte. Noch ist die erste Presse fort, sie hat in der Nachwahl von Prag-Neustadt nicht verraucht, sie tobt in deren Presse fort, sie hat in der Nachwahl von Prag-Neustadt ihr Opfer gefordert. Nicht diese Aeusserungen tobender Ohnmacht, sondern die dauernden Folgen jener grossen Verfassungsreform verdienen eine eingehende Würdigung.

Das ist die zunächst wichtige Bedeutung jener raschen Ermannung des Abgeordnetenhauses: Das ernste Dilemma unserer politischen Entwicklung, das Otto Bauer in der Frage „Die starke Regierung oder die starke Demokratie?“ gestellt hat, ist diesmal endlich, ist seit 1848 zum erstenmal nicht zugunsten der Bureaukratie, sondern zugunsten der Volksvertretung entschieden worden! Die Wahlrechtsrevolution von 1905 hat, wie die Revolution von 1848, allen Nationen Oesterreichs eine entschlossene Vertretung gegeben, aber die volle Aufrollung des nationalen Problems hat diesmal und vorläufig nicht mit der Rückbildung in kontrerevolutionärer, absolutistischer Richtung, sondern mit der Verstärkung und dem Ausbau der Demokratie geschlossen. Dieser Erfolg, der nur von den wenigsten sicher vorhergesehen, von wenigen noch erwartet war, an dem die eifrigsten Mitschöpfer und leidenschaftlichsten Freunde des Volkshauses, vielleicht gerade ob dieses Eifers und dieser Leidenschaft, schon zu verzweifeln begannen, hat jedermann überzeugt, dass heute das allgemeine Wahlrecht tatsächlich mehr als ein formaler Wahlmodus, dass es ein wirkliches Gesundheitsmittel des öffentlichen Lebens ist.

Die Demokratie hat gesiegt. Dem Anschein nach freilich nur so, dass das Volkshaus sich die Oktroyierung einer Geschäftsordnung durch den § 14 erspart hat, die sonst unausbleiblich gewesen wäre. Dem oberflächlichen Beurteiler mochte es gleichgültig erscheinen, ob im Monat Februar das Haus unter einer aus kaiserlicher Machtvollkommenheit verhängten oder unter einer vom Parlament gesetzten Ordnung verhandeln würde. Er übersieht nur, dass dieses Ohnmachtsbekenntnis das Haus für alle Zeiten geschändet hätte, dass die parlamentarisch durchgeführte Reform vom Willen einer Dreiviertelmehrheit getragen bleibt, die oktroyierte Ordnung aber dem faktischen Widerspruch beinahe des ganzen Hauses begegnet und also kaum wirksam geworden wäre. Indessen entscheidet dieser nächste, oberflächliche Zusammenhang nicht, die Demokratie hat nicht bloss darin gesiegt, dass sie der Regierung eine unaufschiebbare Arbeit abgenommen und besser verrichtet hat als sie.

Der Sieg liegt in der kraftvollen Selbstbehauptung des Hauses: Es hat zu seiner Erhaltung der Hilfe der Regierung gar nicht bedurft, es hat sich ohne sie, ohne ihr Verdienst, anfänglich sogar gegen sie behauptet, kraft des eigenen Willens und Vermögens zum Leben. Es hat zu dieser Bejahung rasch eine Mehrheit ad hoc, über alle Nationen und Klassen hinweg, aus sich selbst organisiert, eine so seltene, so kraftvolle, entschlossene, in sich geeinte Mehrheit, wie sie nie eine ministerielle Staatskunst zusammengefügt hat, noch je zusammenfügen wird. Und diese Gewissheit bleibt zurück, dass in allen äussersten Existenzfragen des Hauses eine gleiche Mehrheit sich finden wird und muss: Dieser Präzedenzfall ist in die Geschichte des Hauses einverleibt, er wird Tradition werden und bleiben.

Sich selbst zu behaupten aber war dem Hause nicht leicht gemacht. Durch Monate war der österreichischen Oeffentlichkeit das Lied von der unbeeinflussten, über allen Parteien stehenden Verwaltung gesungen worden, und gerade die sogenannten freiheitlichen Parteien, die als Wächter der Verfassungsmässigkeit sich aufspielen, sangen das Hohelied von dem Geiste, der über den Wassern schwebt, nicht benetzt von den trüben Fluten der Parteileidenschaft, das Hohelied von der makellosen Staatsgewalt. Wenn man die schlaun Berechnungen der Herren nicht konnte, man müsste über ihre Naivität staunen! Der reaktionärste Absolutismus, der Despotismus, bedient sich sonstwo gerade dieser „Gründe“. Heisst doch von allen Parteien unbeeinflusst nichts anderes

als vom Volke selbst unabhängig! Weiss doch jedes politische Kind, was diese reine Toga birgt und zudeckt! Wenn bürgerliche parlamentarische Parteien, die doch heute von der Bevölkerung gewählt sind und wiedergewählt werden wollen, im offenen Parlament Minister stellen, nennt das unser Afterliberalismus Korruption; in aller Ordnung scheint es ihm offenbar, wenn Hofeinflüsse, Beichtväter, bürokratische Cliques, Adelskoterien, der päpstliche Nuntius hinter den Kulissen „die Krone beraten“. Wenn das Parlament die Verwaltung sich unterwirft, beeinflusst und führt, so zetert man über Korruption; offenbar halten sie es für sittenstreng und heilsam, wenn die Aemter durch empfehlende Visitenkarten hoher Herren vergeben werden und nach den Einflüsterungen der Gewaltigen von Ar und Halm, von Bank und Börse verwalten. Fern sei es, die tatsächlich geübten Missbräuche der bürgerlichen Parteien zu decken, welche die Demokratie geradezu kompromittiert haben, fern sei es, die parlamentarische Streberei etwa zu rechtfertigen: Aber für diese Uebel gibt es eine Tribüne und damit die allmähliche Heilung; die Missstände der „unabhängigen Verwaltung“ jedoch bergen sich hinter Kitteln und Kutten, hinter dem gleissenden Mantel der Krone und dem Kartäuserhabit des Amtsgeheimnisses. In diesem politisch unerfahrenen Lande konnte der Chor der durch die Wahlreform an die Luft gesetzten Wahlrechtsfeinde durch eine gefügige Presse die schlechteste Verwaltungsform, die es gibt, die vom Volke und seiner Vertretung unbeeinflusste Regierungsmacht als wahre Volksforderung ausschreiben lassen. Sie sind natürlich nicht so naiv! Es wäre ihnen überaus bequem, das Parlament offen auf die einfache Verwaltungskontrolle und Bewilligungsmaschine zu reduzieren, um Macht und Einfluss im Verborgenen sich selbst und ihren Hintermännern vorzubehalten!

Es gibt keine Torheit und Schlechtigkeit, die sich nicht durch die nationalistische Phrase in Tugend umdrapieren liesse. Und so fand sich denn auch eine nationale Begründung für das System: die Verwaltung müsse dem nationalen Zugriff entrückt werden, die Parteien des Hauses seien Nationalparteien, sie würden die nationalen Gegensätze in die Verwaltung einführen und sie dadurch desorganisieren. Auch das klingt ausserordentlich plausibel. Aber sind denn wirklich die österreichischen Regierungen, solange sie sich unabhängig gaben, wirklich nationslos gewesen? Waren die Ministerien von Schmerling bis Taaffe wirklich national indifferent? Sind alle Erfahrungen vergessen? Haben nicht die Polen und Tschechen, um sich vor dieser Indifferenz zu behüten, alle Anstrengungen gemacht, in ihren Landsmannministern Wachposten aufzustellen? Haben nicht die Deutschen, als sie, durch den Schein dieser Indifferenz lange genug genarrt, ihren Irrtum erkannten, selbst einen deutschen Landsmannminister gefordert? Welche Garantie besitzen sie für die nationale Objektivität eines rein bürokratischen Ministeriums? Sie können keine erhalten, aber sie bilden sich aus ganz unerfindlichen Gründen ein, Bienert sei kein Höfling, sondern ein „deutscher Mann“ und werde die Verwaltung nicht objektiv, sondern für sie und gegen die Slawen führen!

Und so kommt denn diese Weisheit zu ihrem letzten Schluss: Das Volk ist am besten geborgen, wenn es sich selbst aller Macht begibt und sie in die Hände einer über den Wassern schwebenden Regierung legt, wenn die Nationen alle Herrschaftsrechte auf die k. k. Staatsmacht übertragen, um in andächtigen Schauern zu harren, ob diese Regierung und Staatsmacht ihren Gnadenregen nicht doch am Ende just auf die eigene Nation herabgüsse und die anderen Nationen auf dem trocknen sitzen lasse. Und diese Weisheit nennt sich stolz — nationale Politik!

Wendet nun diese Regierung der einen Nation einen Gnadenblick zu — das genügt — dann überstürzen sich deren Vertreter in byzantinischer Knechtseligkeit: das heisst dann nationale Staatsklugheit! — Dann toben die Vertreter der anderen Nationen in erpresserischen Hochverratsdrohungen: das ist dann nationaler Furor! Und da die Nationalisten beides verstehen, leise zu schleichen wie Domestiken und grob zu poltern wie Hausknechte, da diese Wölfe zurückziehbare Krallen haben, so kann ein Ministerium mit den allermässigsten Geistesgaben sie auf den Wink zähmen und loslassen und ein niedliches Spiel mit ihnen treiben, welche Hof- und Staatsaktion dann „Oesterreichs nationale Wirren“ genannt wird. In diesen Wirren gedeiht das Geschäft der Unverantwortlichen hinter den Kulissen vortrefflich.

Und so hängt denn dieser aufdringliche Hochverrat und dieser zudringliche Byzan-

tinismus, diese staatsfreundliche und staatsfeindliche Demagogie mit dem liebevoll gehüteten Regierungsabsolutismus innigst zusammen, sie können ohne einander nicht bestehen. Und so schreien denn heute die Deutschen nach einem starken System, das den Slawen — objektiv kommen soll, und morgen umgekehrt. Diese Demagogie braucht das Parlament entweder als Erpressungs- oder als Köderungsmittel für eine dritte, über ihm stehende Macht — niemals kann sie ein Parlament wünschen, das für sich selbst Macht, verkörperte Volkskraft ist und durch sich selbst sein und wirken will. Und so übersieht sie, dass die beste sicherste Schutzwehr jeder Nation das Parlament und die Mitregierung im Parlament ist, eine Mitregierung, welche durch die Teilnahme aller Nationen auch deren gleichmässige Berücksichtigung garantiert.

Dieser Zusammenhang offenbart es, dass das Volkshaus in einem über die absolutistischen Tendenzen von oben und über die Demagogie von unten durch die Geschäftsordnungsreform gesiegt hat. Die Freischarenpolitik kleiner Erpresserbanden ist abgetan, damit auch die patriotische Spekulation der Braven mit der Hetze gegen solch schlimme Buben. Für normale Verhältnisse ist auch die Obstruktion gebrochen, die durch Jahre den Tag beherrscht und die Taktik der Regierung wie der Parteien bestimmt hat. Diese Alltagsobstruktion, die traurige Entartung und Nachäffung der grossen geschichtlichen Obstruktionskämpfe, ist mit diesen nicht zu verwechseln; die technische Mutwillensobstruktion als taktisches Hausmittel kleiner Gruppen fällt weg, aber die sachliche Obstruktion ganzer Nationen im Stande der Notwehr ist durch die Reform gar nicht berührt. Weil diese zwei parlamentarischen Erscheinungen grundverschieden sind, weil bloss die demagogische Obstruktion gefallen ist, wäre es vorschnell, aus der Reform für die Zukunft des Parlaments allzu weitreichende Folgerungen abzuleiten.

Die nationalistische Demagogie, der chauvinistische Exzess ist überwunden, aber die nationalen Gegensätze der Bourgeoisien bestehen fort. Mehr noch: „Je wirksamer die Demokratie im Parlament nach Beseitigung seiner chronischen Störung wird, desto ernster und wuchtiger tritt der wahre Inhalt des nationalen Problems hervor.“ Austerlitz hat recht, wenn er (oben S. 52) betont, dass der nationale Kampf erst in seinem ganzen Umfang und in seiner vollen Wucht aufgerollt wird. Die sachliche Obstruktion unter Windischgraetz und Badeni hat die dankenswerte historische Funktion gehabt, sinnfällig zu machen, dass in Hinkunft weder die Deutschen über die Tschechen noch diese über jene herrschen können, sie hat die negative Seite der nationalen Autonomie bewährt: Keine Nation in Oesterreich wird einer anderen mehr Herr. Die technische Obstruktion als chronisches Parlamentsübel hat deutlich gemacht, dass auch die Regierung als dritte Macht über den Nationen und ausserhalb derselben nicht einmal die laufenden Geschäfte dauernd fortführen kann, sie hat diesen Zustand geoffenbart und doch zugleich verhüllt, weil sie den Glauben erweckte, dass die Geschäftsordnungsreform das Uebel heilen könnte. Nun fällt auch diese Ausflucht weg. Nun wird bald sichtbar sein, dass weder eine Nation oder nationale Koalition gegen die anderen, noch auch die Regierung gegen oder über alle Nationen hinweg die Geschäfte führen kann. So erübrigt nur der langsame, experimentelle Erweis, dass die Nationen neben- und miteinander sich selbst regieren können und müssen. Dies das Problem der Staatskunst, das dem Parlament gestellt ist. Sie muss die positive Seite der nationalen Autonomie verwirklichen, das aber fordert nicht nur eine Aenderung der Taktik, nicht eine Teilreform, das erfordert fundamentale Verfassungsreformen, gesetzgeberische Ideen und Arbeiten nebst dem äussersten taktischen Geschick. Wir standen bisher erst im Vorhof der österreichischen Staatsprobleme, in ihr Inneres treten wir jetzt erst ein. Welche Schwierigkeiten sich dabei den österreichischen Nationen aufbürden werden, lässt sich heute noch nicht absehen; aber zwei Dinge können wir Sozialdemokraten nicht ohne Stolz den Nationen zurufen: Wir haben euch eine Vollvertretung erkämpft, die euer Schicksal in eure eigenen Hände legt — was ihr aus euch und diesem Staatswesen macht, werden ihr selbst vollbringen oder verschulden — und wir haben dieser eurer Vertretung die Arbeitsmöglichkeit miterrungen. Wir haben zweitens alles für die Gleichberechtigung der Völker, für ihr Recht und ihren Frieden getan, was in unseren Kräften stand; wir haben dem völkerverhetzenden Chauvinismus ohne Ansehen der Opfer im Sturme der Volksversammlung getrotzt und die Massen

des Proletariats dem Geiste der brüderlichen Eintracht aller Nationen erhalten. An uns hat es also nicht gefehlt und wird es nicht fehlen; aber noch ist unsere Stunde nicht gekommen, noch beherrschen uns die nationalen Bourgeoisien, ihnen fällt die Führung in dem neugeordneten Hause zu und sie werden die Verantwortung dafür tragen, welche Blüten und Früchte dem jungen Spross unseres demokratischen Volkshauses beschieden sein werden.

Heinrich Weber: Ein Sieg des Imperialismus

Die englischen Wahlen sind das folgenschwerste Ereignis, das Europa seit der türkischen Revolution erlebt hat. Mit einer volkstümlichen Wahlparole, wie sie nur selten der Umstände Gunst einer Partei beschert, ist die grosse liberale Regierungspartei in den Wahlkampf gezogen. Sie kehrt besiegt, entmutigt, verstümmelt vom Schlachtfelde zurück. Noch haben die Schutzzöllner nicht die Mehrheit im englischen Unterhause; aber der Gedanke, der bei diesen Wahlen einem so mächtigen, von den Umständen so begünstigten Gegner eine schwere Schlappe zugefügt hat, wird bei den nächsten Wahlen gewiss triumphieren. Was immer die nächsten Monate England bringen mögen, ist es doch heute schon gewiss, dass mit diesen Wahlen ein neuer Abschnitt in der Geschichte Englands beginnt. Und wer die Macht des britischen Weltreiches kennt, das in fünf Erdteilen 394 Millionen Menschen beherrscht, wird die Behauptung nicht zu kühn finden, dass die politische Umwälzung in England die innere und die äussere Politik aller Staaten Europas mächtig beeinflussen werde.

Gesiegt hat in England der Schutzzoll, der Zoll als ein Mittel des Schutzes gegen den fremden Wettbewerb. Nicht die Frage der engeren Verknüpfung Englands mit seinen Kolonien durch ein System gegenseitiger Zollbegünstigungen ist im Vordergrund der politischen Diskussion während des Wahlkampfes gestanden. Weit breiteren Raum nahm in den Wahlreden die Frage ein, ob England selbst, die englische Industrie und die englische Landwirtschaft einen Zolltarif brauchen. Diese Frage hat alles andere in den Hintergrund gedrängt. Der Kampf um die Schutzzölle hat der Steuerfrage und der Verfassungsfrage die Aufmerksamkeit der Wähler entzogen. Im Jahre 1906 haben die Unionisten* noch nicht gewagt, die Tarifreform in ihr Wahlprogramm aufzunehmen; im Jahre 1910 haben sie als Schutzzöllner gesiegt. Wer gesehen hat, wie in dem kurzen Zeitraum von vier Jahren Hunderttausende für dieses Programm gewonnen worden sind, wie seine Werbekraft sich bei diesen Wahlen als stärker erwiesen hat als alle Forderungen der Demokratie und der Sozialreform, der kann nicht zweifeln, dass in nicht ferner Zeit in Englands Häfen Schutzzölle werden eingehoben werden.

Im Zeitalter des Merkantilismus hatte auch England Schutzzölle. Als aber in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Entwicklung des Fabrikssystems in England schneller vor sich ging als in allen anderen Staaten, ist England zum Freihandel übergegangen. Die Industrie brauchte keine Schutzzölle mehr, der Widerstand der Agrarier wurde in einer gewaltigen Bewegung gebrochen. Die stolzesten Erinnerungen des englischen Bürgertums sind mit dem grossen Kampfe gegen die Getreidezölle verknüpft. Die klassische englische Nationalökonomie hat ihm das theoretische Rüstzeug geliefert; die ersten Politiker des englischen Bürgertums haben die Freihandelsliga zum Siege geführt; ihr Sieg bedeutete den Triumph der industriellen Unternehmerklasse über den Landadel. Mit den stolzesten Namen ist die Erinnerung an die Freihandels Siege verknüpft: Volkswirte wie Smith, Ricardo, Mill, grosse Agitatoren wie Cobden und Bright, Staats-

* Die Unionisten, deren Führer Josef Chamberlain ist, bilden jenen Flügel der Liberalen, der sich von seiner Partei getrennt hat, als die liberale Regierung Gladstone den Iren Home Rule (Selbstregierung) gewähren wollte. Sie haben sich mit den konservativen Gegnern Gladstones vereinigt. Seitdem ist die alte konservative Partei fast völlig in den Unionisten aufgegangen.

männer wie Peel und Gladstone zeugen gegen den Schutzzoll. Wie ist die scheinbar plötzliche Wendung zum Schutzzoll zu erklären?

Als England 1842 bis 1869 zum Freihandel überging, folgten auch die Staaten des Festlandes seinem Beispiel: überall wurden zahlreiche Schutzzölle abgeschafft, andere ermässigt, Handelsverträge abgeschlossen. Die Wendung zum Schutzzoll trat in den Siebzigerjahren zunächst in Deutschland ein.

Die Entwicklung des Eisenbahnwesens und der Dampfschiffahrt machte es möglich, amerikanisches Getreide nach Europa zu bringen. Die Konkurrenz des amerikanischen Getreides bedrohte die europäische Landwirtschaft. Die Getreidepreise sanken. In England kosteten 1000 Kilogramm Weizen:

in den Jahren	Mark
1871 bis 1875	246·4
1876 „ 1880	206·8
1881 „ 1885	180·4
1886 „ 1890	142·8
1891 „ 1895	128·2

Von der amerikanischen Konkurrenz bedroht, sahen die europäischen Agrarier im Schutzzoll ihr Heil.

Mit den Agrariern verbündeten sich im Kampfe um die Schutzzölle mächtige Industriegruppen. Die Erziehungszölle sollten die Industrie des Festlandes gegen die überlegene englische Konkurrenz schützen. Zölle sollten grossen Industriezweigen die Bildung von Kartellen, die den heimischen Markt beherrschen, ermöglichen.

Der Bund der Agrarier mit einzelnen Industriezweigen, insbesondere mit der nach Kartellprofiten gierenden Eisenindustrie, führte den Schutzzoll zum Siege. Im Jahre 1879 ging das Deutsche Reich unter Bismarcks Führung zum Schutzzoll über. Die anderen Staaten des Festlandes folgten. Nur England blieb dem Freihandel treu.

Wohl sehnen sich auch die englischen Agrarier nach Schutzzöllen. England deckt heute seinen Getreidebedarf durch die Zufuhr aus dem Auslande, aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, Russland. Der Körnerbau in England selbst wurde eingeschränkt. In den Jahren 1871 bis 1875 waren 3,373.140 Acres, im Jahre 1902 nur noch 1,772.840 Acres mit Weizen bebaut. Die Grossgrundbesitzer sahen ihre Rente, die kapitalistischen Pächter ihren Profit bedroht. Dagegen wuchs die Industrie und mit ihr der Markt für Fleisch, Geflügel, Eier, Milch, Gemüse, Obst. Aber diese Waren erzeugt der landwirtschaftliche Kleinbetrieb billiger als der Grossbetrieb. So dehnte sich in der Zeit der niedrigen Getreidepreise der landwirtschaftliche Kleinbetrieb in England auf Kosten des Grossbetriebes aus. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der Kleinbetriebe mit einer Anbaufläche bis zu 5 Acres um ein Fünftel gestiegen, die Zahl der Grossbetriebe mit mehr als 300 Acres um ein Sechzehntel gesunken. Der Grossbetrieb konnte bei den niedrigen Getreidepreisen schwer bestehen; er musste sein Land parzellieren und Kleinbetrieben übergeben*. Die Grossgrundbesitzer waren mit dieser Entwicklung nicht zufrieden. Sie wünschten darum, das Sinken der Getreidepreise durch Getreidezölle zu verhindern. Aber ihr Wunsch blieb machtlos, solange sie nicht in der Industrie Bundesgenossen fanden.

Allmählich erwachsen ihnen diese Verbündeten. Einzelne Industriezweige fühlten sich durch die Einfuhr fremder Waren bedroht. Auch hier stand die Eisenindustrie an der Spitze. Im Jahre 1850 deckte England noch die Hälfte des Eisen- und Stahlbedarfs der Erde, in den Jahren 1876 bis 1880 noch 45 Prozent, im Jahre 1903 nur noch 18 vom Hundert. Von 1876—1880 bis 1903 ist die Roheisenerzeugung in England nur um 34 Prozent, dagegen in Deutschland um 360, in den Vereinigten Staaten von Amerika um 718 vom Hundert gestiegen**. Diese Erscheinung hat verschiedene Ursachen. England hatte seine wichtigsten Erzlagerstätten schon vor einem halben Jahrhundert abgebaut; das letzte der grossen englischen Eisenerzgebiete, der Distrikt von Cleveland, wurde schon um 1850 erschlossen, seitdem sind nur minder ergiebige Erz-

* Vgl. Levy, „Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Grossbetriebes in England.“ Berlin 1904.

** „Report of the Tariff Commission.“ Vol. I. London 1904.

lager entdeckt worden. Heute muss England schon die Hälfte seines Eisens aus fremden, vornehmlich spanischen Erzen erzeugen. Dagegen haben die jüngeren Industriestaaten erst in den letzten Jahrzehnten ihre reichsten Schätze an Eisenerz erschlossen; so Amerika das Gebiet am Obersee, Deutschland die lothringischen Erzlager, Frankreich die Erzschatze um Nancy und an der Mosel und Meurthe*. Dazu kamen noch die Wirkungen des technischen Fortschrittes. Erst das Thomasverfahren (1879) hat die Erzeugung von Flusseisen aus lothringischen Erzen ermöglicht, die wegen ihres starken Phosphorgehaltes für das Bessemerverfahren ungeeignet waren. Geriet so die englische Eisenindustrie schon aus historischen und technischen Gründen in das Hintertreffen, so empfand sie die Wirkungen der festländischen Schutzzölle um so schwerer. Durch die Zollmauern gegen das Ausland geschützt, konnte die Eisenindustrie des Festlandes starke Kartelle schaffen. Die Kartelle halten im Inlande den Preis hoch; den Ueberschuss ihrer Produktion, den sie im Inlande bei hohen Preisen nicht absetzen können, werfen sie zu billigem Preise auf zollfreie Märkte, vor allem nach England. Die Konkurrenz der festländischen Kartelle macht in England die Bildung eines starken Eisenkartells unmöglich; die insbesondere in Zeiten der Depression gefürchteten Schleudereexporte der festländischen Kartelle, das vielbesprochene „dumping“, senken die Eisenpreise in England. Darum steht die englische Eisenindustrie im Lager des Schutzzolls; und zu ihr gesellen sich manche andere Industriezweige in ähnlicher Lage.

So wiederholt sich heute in England dieselbe Situation, die im Jahre 1879 Deutschland zum Schutzzoll zurückgeführt hat: der Bund der Agrarier mit den „schweren“ Industrien. Die Welle der schutzzöllnerischen Reaktion, die 1879 von Deutschland ausgegangen ist, hat heute, ein volles Menschenalter später, England erreicht.

Aber den Schutzzollinteressen der Grundbesitzer und einzelner Industriezweige stehen nicht minder grosse Gegeninteressen gegenüber. Wie kommt es, dass sie besiegt wurden?

Das Rückgrat der Freihandelsbewegung der Dreissiger- und Vierzigerjahre war die Baumwoll- und Wollindustrie. Auch heute noch steht die Textilindustrie im Lager des Freihandels; sie hat die Verteuerung ihrer Erzeugungskosten durch die Zölle am meisten zu fürchten. Aber es ist ein Grundgesetz der kapitalistischen Entwicklung, dass die Handarbeit durch die Arbeit der Maschine ersetzt, dass überall ein stetig wachsender Teil der gesellschaftlichen Arbeit zur Erzeugung von Produktionsmitteln, ein stetig geringer werdender Teil unmittelbar zur Erzeugung von Verbrauchsgütern verwendet wird. Mit dem „Fortschritt zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“ — so hat Marx dieses Entwicklungsgesetz genannt — wächst die Kapitalkraft, die Arbeiterarmee, die Macht der Produktionsmittelindustrien (Eisen-, Maschinenindustrie u. s. w.) schneller als die Macht der Konsumgüterindustrien, von denen die Textilindustrie die wichtigste ist. Darum konnte die freihändlerische Baumwollindustrie von der schutzzöllnerischen Eisenindustrie, Lancashire von den Midlands besiegt werden.

Aber noch mächtiger als der Interessengegensatz der Industriezweige hat der Klassengegensatz diese Wahlen beeinflusst.

Die Liberalen haben der Agitation der Schutzzöllner ein radikales Programm der Demokratie (Einschränkung der Macht des Oberhauses!) und der Sozialreform (Besitzsteuern und Arbeiterschutzgesetze) entgegengestellt. Dadurch haben sie zahlreiche Besitzende in das Lager der Unionisten getrieben: selbst dem am Schutzzoll nicht interessierten Teile der englischen Bourgeoisie erscheint die Tarifreform weniger gefährlich als die Herrschaft einer radikalen, auf proletarische Massen gestützten Demokratie. Sehr lehrreich war die Haltung der kleinen, aber einflussreichen freihändlerischen Gruppe unter den Unionisten. Die bekanntesten ihrer Führer haben die Parole ausgegeben, für die Schutzzöllner zu stimmen, da der Schutzzoll eine kleinere Gefahr sei als die Besitzsteuern und die Beschränkung der Macht des Oberhauses. Aus Furcht vor der Demokratie und der Sozialreform hat die englische Bourgeoisie den Freihandel verraten.

Aber wenn die Lloyd-George und Churchill durch ihren demokratischen und sozialpolitischen Radikalismus die Besitzenden abgestossen haben, so haben sie trotzdem einen

* Ashley, British industries. London 1903. p. 5 ff.

grossen Teil der Arbeiter nicht gewonnen. Tiefe Unzufriedenheit herrscht in der englischen Arbeiterschaft; und der britische Arbeiter hat es erfahren, dass innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine soziale Reform imstande ist, ihn vor dem Aergsten zu bewahren, von ihm die furchtbare Unsicherheit seines Daseins, die ewige Furcht vor der Arbeitslosigkeit zu nehmen. Darum genügen dem britischen Arbeiter keine Teilreformen mehr. Er sucht nach einer prinzipiellen Umgestaltung des Wirtschaftslebens. Und da England ein Land des Freihandels ist, meinen Tausende diese Umgestaltung im Schutzzollsystem finden zu können. . . .

Erst die Erfahrung wird die englischen Arbeiter lehren, dass sie auf falschem Wege die Rettung gesucht. Der Schutzzoll wird die Arbeitslosigkeit natürlich nicht beseitigen; und wenn unter seiner Herrschaft die Eisenindustrie mehr Arbeiter wird beschäftigen können als heute, so werden die Maschinenindustrie und der Schiffbau, die durch die niedrigen Eisenpreise gefördert werden, die Textilindustrie, deren Konkurrenzfähigkeit auf den niedrigen Preisen ihrer Arbeitsmittel beruht, Arbeiter entlassen müssen. Der Schutzzoll wird Englands Arbeitern eine furchtbare Enttäuschung bringen.

Gleichzeitig werden die Lebensmittelpreise auch in England steigen. Seit einigen Jahren sinken die Getreidepreise auf dem Weltmarkt nicht mehr; in den letzten Jahren sind sie schnell gestiegen. In London kosteten 1000 Kilogramm Weizen im Jahre 1902 Mk. 141·6, im Jahre 1909 Mk. 187·5. Wird diese Tendenz durch den Schutzzoll noch verschärft, dann werden auch die englischen Arbeiter unter der Teuerung schwer leiden. Sie werden erfahren, dass nicht der Freihandel, sondern der Kapitalismus ihr Feind ist, dass nicht der Schutzzoll, sondern nur der Sozialismus sie befreien kann.

Unter dem Schutze der Zölle werden sich auch in England mächtige Kartelle und Trusts entwickeln. Die Vergesellschaftung der Arbeit durch das Kapital und für das Kapital wird die Volksmassen Englands die Notwendigkeit der Vergesellschaftung durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft lehren.

Kartelle und Trusts auf der einen, eine zum Sozialismus reife Arbeiterklasse auf der anderen Seite — das wird nach manchen in bunter Reihe wechselnden Entwicklungsbildern das Ende der Umwälzung sein, die mit diesen Wahlen beginnt. Das alte Wort umkehrend, können wir heute sagen: Deutschland zeigt den Briten ihre Zukunft.

Auf den englischen Sozialliberalismus haben alle ihre Hoffnung gebaut, die an einen allmählichen friedlichen Aufstieg der Arbeiterklasse, an die Versöhnung und das friedliche Zusammenwirken der Besitzenden und der Arbeiter glaubten. England war die Hoffnung der Revisionisten und Reformisten innerhalb der internationalen Sozialdemokratie. Dieser Hoffnung haben die englischen Wahlen ihre Grundlage entzogen. England hat eine Bahn betreten, an deren Ende der bewusste erbitterte Kampf der Klassen um die politische Macht steht, ein Kampf, in dem sich die Besitzenden unter die Führung der Grundherren und der Kartellmagnaten stellen, die Arbeiter in einer grossen proletarischen Partei vereinigen werden.

Und diese Entwicklung wird alle Staaten mächtig beeinflussen.

Alle Industrieländer, die Waren nach England ausführen, werden durch die Aufrichtung des englischen Zollsystems wirtschaftlich schwer betroffen werden. Wird der englische Markt der festländischen Industrie gesperrt, so wird die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, auf den noch zollfreien Märkten ungeheuer verschärft. Die Gier, sich durch Erwerbung von Kolonien Märkte zu sichern, erstarkt; die Sucht nach der Erwerbung von Kolonien wird die Kriegsgefahr steigern. Mit den Schutzzöllnern siegt in England die Partei des Wettrüstens, die Partei der angriffslustigen auswärtigen Politik. Mit dem Freihandel wurden auch die alten friedliebenden, rüstungsfeindlichen Tendenzen des englischen Liberalismus geschlagen. Die Hoffnung auf Erhaltung des Weltfriedens hat einen schweren Schlag erlitten.

Gleichzeitig tauchen im britischen Weltreich selbst neue ungeheure Probleme auf. Was geschieht mit Indien, mit den Kronkolonien, wenn England zum Schutzzollsystem übergeht? Wird England auch Indien seinem Zollgebiet eingliedern? Aber wird ein solcher Versuch nicht dem indischen Nationalismus neue Kräfte zuführen, der für Indien die Selbständigkeit der Zollgesetzgebung, Schutzzölle nicht zu Englands gunsten, sondern gegen England fordert? Jeder Versuch, die Macht Britanniens über die unterwor-

fenen Völker zu stärken, wird der Aufruhrbewegung unter diesen Völkern neue Nahrung geben.

Verschärfung der Klassengegensätze in England, Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen den Staaten Europas, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Grossbritannien und den ihm unterworfenen Völkern im fernen Osten — das werden die Wirkungen der Entwicklung sein, die mit diesen Wahlen beginnen. Wer will zu prophezeien wagen, wohin die Umwälzung, die diese Wahlen einleiten, uns treiben wird? Die Zeit der Ruhe ist vorbei. Kriege und Aufstände der unterworfenen Völker sind in den Bereich des Erwägbaren gerückt. Und drohend steht hinter ihnen — die soziale Revolution.

Gesiegt hat in England die Reaktion, gesiegt haben die Lords und die Kapitalisten, die Agrarier und die Eisenzöllner, es triumphiert der Imperialismus. Aber der Imperialismus kann nicht siegen, ohne Kräfte zu wecken, derer er nicht Herr werden wird. Wir haben in den letzten Jahren im Osten Europas die treibenden Kräfte der grossen Umwälzungen der Zukunft am Werke gesehen. Wir sehen heute im hoch entwickelten Westen die Elemente kommender Revolutionen reifen.

Noch sind wir nicht so weit. Ehe der schutzzöllnerische Imperialismus Englands Politik umgestalten kann, werden wohl noch einige Jahre vergehen. England wird zunächst wohl mit niedrigen Wertzöllen beginnen, die mehr als Finanzzölle denn als Schutzzölle wirken werden. Noch ist die englische Arbeiterpartei den Liberalen eng verbunden, während die Mehrheit der englischen Arbeiter im Lager der beiden grossen bürgerlichen Parteien steht. Aber wohin die Entwicklung treibt, ist heute schon zu erkennen. Auch die englischen Wahlen beweisen, dass wir an der Schwelle einer Zeit der gewaltigsten Umwälzungen stehen, die weit schneller als die ruhige Entwicklung der letzten Jahrzehnte die sozialen und politischen Machtverhältnisse verschieben wird. Der Arbeiterklasse aller Länder harren grosse Zeiten, — Zeiten, die furchtbare Opfer heischen, aber auch die Bedingungen ungeheurer Siege entwickeln werden.

Ludo M. Hartmann: Zur Frage der nationalen Minoritätsschulen

Franz Tomášek hat in einer Erwiderung auf meinen Artikel über die nationalen Minoritätsschulen geschrieben: „Sollten die Minderheitsschulen die natürliche Entwicklung hemmen, wäre das für mich eine so schwerwiegende Einwendung, dass dadurch vielleicht meine Stellungnahme wesentlich beeinflusst würde. Zum Glück ist dies nicht der Fall.“ Vielmehr, so ist der weitere Gedankengang Tomášeks, ist es die revolutionierende Wirkung des Kapitalismus, welche, wie sie die Gesellschaft zersetzt und die proletarische Armee schafft, ebenso die Nationen zersetzt, Aenderungen in ihrer Entwicklung bewirkt und die Minderheiten schafft, so dass offenbar die nationalen Minderheitsschulen auf der Linie dieser natürlichen Entwicklung liegen. Die Kernfrage ist also offenbar die, welches eigentlich die natürliche Entwicklung ist, ob sie zur Zersetzung und zu nationalen Minderheiten, selbstverständlich dauernder Art, führt oder nicht. Da die Sozialdemokratie die Revolution und die Zukunft auf ihre Fahne geschrieben hat, ist es ihre selbstverständliche Aufgabe, nicht dieser Zukunft durch künstliche Hemmnisse entgegenzuwirken, sondern die Erreichung der Entwicklungsziele auf möglichst ökonomische Weise, soweit es in ihrer Macht liegt, zu fördern.

Dass gegenwärtig nationale Minderheiten bestehen, dass sie in der neuesten Zeit hauptsächlich durch proletarische Wanderungen entstanden sind, welche dem kapitalistischen System entsprangen, ist zweifellos. Die Frage ist aber, ob man es mit einer dauernden Erscheinung zu tun hat oder ob auch die Assimilation der nationalen Minderheiten auf dem Wege der natürlichen Entwicklung liegt, so dass die Entnationalisierung der Minderheiten nur eine Frage der Zeit ist. Dass letzteres der Fall ist, habe ich in

dem erwähnten Artikel behauptet auf Grund der Deduktion, dass, da die Sprache ein Verkehrsmittel ist, sie sich nach dem Bedürfnis des Verkehrs richtet und deshalb nationale Minoritäten im geschlossenen Sprachgebiet aufgesaugt werden müssen.

Ein vollgültiger Beweis für meine Behauptung kann allerdings nur auf Grund derjenigen Erfahrungen angetreten werden, welche im Laufe der Geschichte und in der Gegenwart in Bezug auf die Assimilation von nationalen Minoritäten gemacht worden sind. In der Vergangenheit nun, die weniger dem politischen Tagesstreit unterliegt, fällt vor allem die überraschende Beständigkeit der Sprachgrenzen seit der Zeit der definitiven Besitznahme des Landes auf. Namentlich von geographischer Seite (Prof. Hanslik) ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, Kulturgrenzen zu finden, welche in der Entwicklung der Menschheit oder wenigstens in der Entwicklung der zivilisierten Menschheit als Konstanten betrachtet werden können. Nicht in dem Sinne, als ob diese Kulturgrenzen nicht durch historische Zufälligkeiten vorübergehend von der einen oder anderen Seite überschritten worden wären, wohl aber in dem Sinne, dass sie im Laufe der historischen Entwicklung immer wieder hergestellt werden, so dass man von einer Tendenz der Völker sprechen kann, die Kulturgrenzen, in denen sie eingeschlossen sind, allmählich auszufüllen. Der Nachweis, dass die deutsch-slawische Grenze von der Ostsee bis in die Alpen eine solche Kulturgrenze ist und dass die Grenze der deutschen und der slawischen Siedlung zusammenfällt mit einer klimatischen und geologischen Grenze, scheint in der Tat erbracht werden zu können. Ein bekannter Wiener Botaniker hat sogar die Aeusserung getan, dass, wenn er mit der Eisenbahn durch Böhmen fahre, er an der Flora erkennen könne, ob er durch deutsches oder durch tschechisches Gebiet reise oder ob er die deutsch-tschechische Grenze überschreite. Das tschechische Gebiet fällt mit der osteuropäischen, das deutsche mit der westeuropäischen Flora zusammen. In der Tat ist es bekannt, dass, wenn man von den deutschen Kolonisationsstädten auf der einen, von den proletarischen Einwanderungsbezirken auf der anderen Seite der Grenze absieht, trotz allen nationalen Streites, die deutsch-tschechische Sprachgrenze seit Jahrhunderten sich wenig oder nicht verschoben hat. Das gleiche gilt seit der deutschen Kolonisation für die deutsche Ostgrenze in den Alpenländern. Nicht anders liegen die Dinge bei der deutsch-italienischen Sprachgrenze in Tirol. Sie verläuft heute noch von Salurn durch das Val di Non und Val di Sole, ziemlich genau dort, wo in der Mitte des 6. Jahrhunderts n. Ch. das römische Reich die Grenzkastelle gegen Norden anlegen liess, als südlich von dieser Grenze das Land einheitlich romanisch besiedelt war, während das Land nördlich der Grenze den Bayern zur Ansiedlung offen stand. Aehnlich steht es mit der deutsch-französischen Sprachgrenze in der Schweiz, die sich der Grenze des burgundisch-romanischen Königreiches nähert, und ebenso ist die viel umstrittene Sprachgrenze zwischen Deutschland und Frankreich in ihren wesentlichen Teilen, man kann wohl sagen seit Römerzeiten, konstant, da jene Teile des Landes links vom Rhein, in welchen germanische Völkerschaften sich ansiedelten, bis zum heutigen Tage germanisch geblieben sind.

Allerdings wird kein Vernünftiger leugnen, dass im Laufe der Geschichte, die wir überblicken, weite Länder entnationalisiert worden sind. Die Ausbreitung der lateinischen Sprache ist die bedeutendste sprachliche Erscheinung dieser Art in Europa. Sie hat, von Rom und seiner Umgebung ausgehend, zunächst Italien erobert. Es geschah in der Weise, dass Rom Menschen ausführte und Kolonien schuf, während grosse Teile der Bevölkerung, deren Sprache nicht nur dialektisch verschieden war, ausgerottet wurden. In ähnlicher Weise wurde das heutige Frankreich und Spanien entnationalisiert und die romanische Sprache siegte dann auch über die Sprache der germanischen Eindringlinge, der Langobarden, der Burgunder, der Westgoten u. s. w., welche nicht kolonisierten, sondern als Grundherren zwischen der romanischen Bevölkerung ansässig wurden. Anders erging es denjenigen Teilen des römischen Reiches, wie Süddeutschland und Oesterreich im Süden der Donau, die entweder niemals vollständig kolonisiert wurden oder aus denen die romanische Bevölkerung zum grössten Teile zurückgezogen oder gewaltsam vertrieben wurde. Sie sprechen die Sprache derjenigen Stämme, welche sich in ihnen in Massen festgesetzt haben, und ebenso wird in den östlichen Ländern deutsch gesprochen, welche im 12. und 13. Jahrhundert kolonisiert wurden und in welche der Menschen-

überfluss aus dem Deutschen Reiche abflutete, während die einheimische Bevölkerung, spärlich wie sie war, zurückgedrängt wurde.

Will man die Differenz feststellen, die zwischen den entnationalisierten und den national konstanten Ländern besteht, so kommt man zu dem Schlusse, dass nur diejenigen Länder entnationalisiert worden sind, in welchen durch die Zersprengung alter Verkehrsgemeinschaften und durch Kolonisation neue Verkehrsgemeinschaften gebildet worden sind, während dort, wo die Eindringlinge, wenn sie auch die Herren waren, wie die Germanen im Römerreich, keine eigenen Verkehrsgemeinschaften begründeten, sondern sich der bestehenden Verkehrsgemeinschaft anpassten, die Herren selbst die Sprache des unterworfenen Landes annahmen. Man kommt also bei der Betrachtung der tatsächlich nachweisbaren nationalen Grenzverschiebungen ebenfalls zu dem Schlusse, dass für die Sprache die Verkehrsgemeinschaft das entscheidende ist.

Eine analoge sprachliche Erscheinung ergibt sich zum Beispiel aus der Geschichte der englischen Sprache. Bei der Eroberung Englands durch die Normannen sprachen die Bewohner Englands angelsächsisch, während die erobernden und mit einer höheren Kultur durchtränkten normannischen Ritter französisch sprachen. Die englische Sprache setzt sich nun aus angelsächsischen und französischen Bestandteilen derart zusammen, dass alle Bezeichnungen für Gegenstände, welche den Angelsachsen schon bekannt waren, angelsächsisch geblieben sind, während die Kulturgüter, welche die normannischen Ritter mit nach England brachten, durch französische Wortbildungen bezeichnet werden. Innerhalb der speziellen Verkehrsgemeinschaft des herrschenden Rittertums erhielten sich also die fremden Ausdrücke, während auch die Herren genötigt waren, all die Ausdrücke des gewöhnlichen Lebens, welche für die weitere Verkehrsgemeinschaft zwischen ihnen und den Unterworfenen notwendig waren, in der ursprünglichen Landessprache anzunehmen.

Allen diesen Beobachtungen scheint allerdings die Tatsache zu widersprechen, dass sich die deutsche Sprache in den städtischen Sprachinseln Böhmens und Mährens durch 600 Jahre und mehr gehalten hat. Indessen gerade diese und ähnliche Ausnahmen bestätigen die Regel. Schon Otto Bauer hat in seinem schönen Buche über die Nationalitätenfrage darauf hingewiesen, dass die Sprache zur Zeit der mittelalterlichen Wirtschaft und jetzt eine verschiedene Bedeutung hat; dass sie gleichsam ebenso gebunden und begrenzt erscheint wie die Wirtschaft selbst; innerhalb der geschlossenen Stadtwirtschaft, als sich die regelmässigen wirtschaftlichen Beziehungen und der Verkehr innerhalb bestimmter enger Grenzen bewegten, hat es keine nationalen Fragen gegeben; die Zweisprachigkeit zwischen Stadt und Land bedeutete kein Hindernis, ebenso wie das Bestehen der Dialekte, auch als Schriftsprachen, naturgemäss war, bis der entwickelte Fernverkehr in der Neuzeit die Entwicklung einer Koine, einer gemeinsamen Schrift- und Verständigungssprache, erforderte. Als aber die Fesseln der mittelalterlichen Wirtschaft gesprengt wurden, als infolge der Vervielfachung und Erweiterung des Verkehrs die Verkehrsgemeinschaften immer weitere wurden, konnten sich, und dies beweisen die Vorgänge der letzten Dezennien, die nationalen Minoritäten im geschlossenen Sprachgebiet tatsächlich nicht mehr halten, wenn sie nicht durch künstliche Massregeln gestützt wurden. Die proletarische Wanderung von dem umgebenden Lande in die Stadt, die in der Tat eine notwendige Folge des Kapitalismus ist, erweitert die Verkehrsgemeinschaft der Stadt und zwingt sie, die Sprache der Majorität anzunehmen. Auf diese Weise musste Prag, als es Grossstadt wurde, zur tschechischen Stadt werden. Aehnlich ist es deutschen Städten im Verlauf der natürlichen Entwicklung schon gegangen und wird es noch anderen ergehen.

Es scheint mir also der Satz: „Wessen das Land, dessen die Schule“, in nationaler Beziehung nicht so absurd zu sein, wie Tomášek annimmt, sondern sich als historische Notwendigkeit zu ergeben. Der zum Vergleich gestellte Satz: „Cuius regio, eius religio“ (Wessen das Land, dessen die Konfession), wie es einst hiess, erscheint heute allerdings als „rückschrittliche Maxime“; er war es aber nicht in einer Zeit, in der die Religion und ihre Form massgebend für alle menschlichen Beziehungen und ein notwendiger Bestandteil der Verkehrsgemeinschaft war. Dass er durch Jahrhunderte allgemeine Geltung hatte, ist der beste Beweis dafür, dass er damals historisch not-

wendig war. Und das gleiche gilt für die Einheit der Sprache, solange nicht ihre Funktion, als Verkehrsmittel zu dienen, sich geändert hat. Eben aus diesem Grunde aber erscheinen mir von dem Staate oder einer anderen Zwangsgewalt geforderte nationale Minoritätsschulen nach wie vor als eine ungerechtfertigte Hemmung der natürlichen Entwicklung.

Josef Prachensky (Innsbruck): Internationalität und nationale Assimilation

Zur Frage der Minderheitsschulen haben sich nun verschiedene Stimmen geäußert, darunter eine aus der Bukowina, dem fernsten Osten des Reiches; möge es nun auch einer Stimme aus dem fernsten Westen der Monarchie, aus Tirol, gestattet sein, sich in dieses Konzert zu mengen.

Alle bisher vorgebrachten Gründe für die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Minderheitsschulen waren nicht imstande, mich von der gegenteiligen Meinung abzubringen, dass die Förderung der Minderheitsschulen der weiteren ruhigen Entwicklung Oesterreichs schädlich ist.

Ein hervorragendes Beispiel hierfür bildet Tirol. Hier ist der nationale Streit noch nicht in jene extremen Bahnen gelangt, wie dies in anderen Ländern Oesterreichs, insbesondere in Böhmen, der Fall ist. Mit dem Augenblick aber, wo wir in Oesterreich ein Gesetz erhielten, das den anderssprachigen Minderheiten das Recht einräumen würde, nationale Minderheitsschulen zu errichten, würden die Flammen des nationalen Zwiespalts auch hier hoch auflodern und mit dem Frieden der zwei Tirol bewohnenden Volksstämme wäre es für immer dahin. Ich halte dafür, dass schon mit Rücksicht auf den Punkt 2 unseres Nationalitätenprogramms, der da lautet:

„An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird“

das Recht, Minderheitsschulen zu errichten dort, wo die Nationen streng nach sprachlichen Grenzen abgesondert sind, vollständig aufgehoben werden müsste. In solchen national reinen Bezirken würden gerade die infolge einer späteren Zuwanderung von fremdsprachigen Elementen bedingten Minderheitsschulen den Anlass zu neuen nationalen Streitigkeiten geben. Diese würden noch verschärft, wenn, was bei der durch den Kapitalismus geförderten Einwanderung fremdsprachiger Elemente nicht ausgeschlossen ist, im Laufe der Zeit die in einem Orte oder Bezirke anwesende fremdsprachige Minderheit zur Mehrheit der Bevölkerung in diesem Orte oder Bezirke würde. Dadurch ginge dem nationalen Selbstverwaltungskörper ein mehr oder weniger grosser Besitzstand verloren, der zwar vorerst geographisch nicht zum Ausdruck käme, bei einer neuerlich sich nötig erweisenden Berichtigung der Grenzen aber müsste dieser Gebietsteil jener Nation zugesprochen werden, der die zur Mehrheit gewordene Minderheit entstammt. Dass das Wasser auf die Mühle aller Chauvinisten wäre, ist selbstverständlich.

Auf Grund des Artikels 19 des Staatsgrundgesetzes und des § 59 des Reichsvolksschulgesetzes müssten den Italienern Innsbrucks, die nach der Volkszählung vom Jahre 1900 — darunter allerdings auch einige Ladiner, was aber auf eins herauskommt, da auch bei diesen (in ihren Stammsitzen) die italienische Sprache als Unterrichtssprache Verwendung findet — 1687 Personen zählten, welche sich innerhalb dieses beinahe zehnjährigen Zeitraumes gewiss bis auf 2000 vermehrt haben, schon längst eine, ja sogar zwei Volksschulen errichtet werden. Zum Glück wollen die Italiener, wie ich bei einer Umfrage bei Arbeitern, Beamten und Gewerbetreibenden italienischer Zunge erfahren habe, in Innsbruck gar keine italienische Minderheitsschule, andernfalls käme es sicher auch hier wieder zu nationalen Skandalen, ähnlich wie im November des Jahres 1904, als der damalige Ministerpräsident Koerber die italienische Universität in Innsbruck zu

errichten wagte. Allerdings stehen die Italiener, wie ich gleichfalls bei dieser Umfrage erfuhr, mit Recht auf dem Standpunkte, dass auch die deutschen Schulen in Trient, Rovereto u. s. w. verschwinden sollen. In Trient betrug die Zahl der Deutschen im gleichen Jahre 2049 Personen. Die Zahl der Deutschen soll jedoch in Trient im Gegensatz zu den Italienern in Innsbruck in stetigem Rückgange begriffen sein.

Wollen wir den nationalen Frieden in Oesterreich fördern, dann müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, jeder Nation wirklich ihren nationalen Besitzstand zu erhalten. Das ist jedoch durch Errichtung und Förderung von nationalen Minderheitsschulen ganz ausgeschlossen, weil, wie schon gezeigt wurde und wie auch Genosse Tomášek sehr ausführlich dargestellt hat, allerdings um die Notwendigkeit der nationalen Minderheitsschulen zu erweisen, aus einer nationalen Minderheit in einem gewissen Gebiete nur zu leicht die Mehrheit der Bevölkerung werden kann. Dies aber wird durch die Assimilierung vermieden. Die Assimilierung aber macht, wie uns die Erfahrung lehrt, durchaus keine Schwierigkeiten; es bedarf dazu nicht einmal der von Ludo Hartmann vorgeschlagenen Förderschulen, weil die Kinder in den ersten Jahren des schulpflichtigen Alters sich viel leichter ein fremdes Idiom aneignen als in späteren Jahren. Das sehen wir in Tirol und das habe ich in Böhmen gefunden. Hier wie dort tauschen vernünftige Eltern beider Zungen ihre Kinder behufs Erlernung der zweiten Landessprache in den ersten und nicht erst in den späteren Schuljahren. Die Kinder der Italiener in Innsbruck sprechen nicht nur ein besseres Deutsch als die eingeborenen Deutschen, sie beherrschen auch ihre Muttersprache ganz vortrefflich. Natürlich kommt es auch vor, dass sich die Kinder mancher Italiener nicht assimilieren. Das ist dort der Fall, wo der Vater ein eingefleischter Nationaler ist. Dies scheint mir viel mehr ein natürlicher Zustand als der, die Angehörigen eines rein nationalen Selbstverwaltungskörpers für die Erhaltung einer fremdsprachigen Minderheitsschule aufkommen zu lassen. So sollte es auch in Zukunft bleiben, solange die Völker Oesterreichs nicht zum Internationalismus erzogen sind.

Auf Grund dieser Anschauungen, die noch durch die im November 1904 stattgefundenen Krawalle bestärkt wurden, veröffentlichte ich 1905 in unserem Parteiorgan, der „Volks-Zeitung“, einen Artikel, in welchem ich nahezu den gleichen Gedanken vertrat wie Dr. Ludo Hartmann, ausgenommen jedoch die Förderschulen zur Assimilation.

Es gibt, soll der nationale Streit nicht noch verschärft werden, da die Sozialdemokratie international ist und in den Angehörigen einer fremden Nation ebenso achtenswerte und gleichwertige Menschen sieht wie in den eigenen Stammesgenossen, kein anderes Mittel, als sich auf den Grundsatz zu einigen: „Wo ich meine Existenz finde, wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland.“ Die Anerkennung dieses Grundsatzes, für die sicherlich auch die bürgerlichen Parteien zu gewinnen wären, dürfte geeignet sein, am ehesten zu einer Verständigung zu führen.

In Befolgung dieses Grundsatzes wäre der Status quo der Völker in gemeinsamer Beratung von Volk zu Volk festzustellen, die nationalen Selbstverwaltungsgebiete abzustechen und auch die gemischtsprachigen Gebiete zu bestimmen. Von nationalen Minderheiten aber wird nur in den als gemischtsprachig anerkannten Gebieten gesprochen werden können und nur hier wird der Punkt 4 unseres Nationalitätenprogramms:

„Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes vom Reichsparlament zu beschliessendes Gesetz gewahrt“

Anwendung finden dürfen. In den als gemischtsprachig erklärten Selbstverwaltungsgebieten wäre selbstverständlich jede Nation vollständig gleichberechtigt.

Durch die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse in den rein nationalen Selbstverwaltungsgebieten würden die jetzt durch die Freizügigkeit hervorgerufenen nationalen Verschiebungen aufhören, der nationale Besitzstand bliebe jeder Nation erhalten und die sonst sich ergebende Notwendigkeit, nach geraumer Zeit die Grenzen der nationalen Selbstverwaltungsgebiete neu abzustecken, würde niemals eintreten, ebenso wenig die Notwendigkeit, unter Umständen in einem Orte oder Bezirke für Schulen aller Zungen Oesterreichs aufkommen zu müssen, und die Völker Oesterreichs würden endlich in Ruhe und Frieden mit- und nebeneinander leben. Gerade durch die von der Sozialdemokratie aller Oesterreich bewohnenden Völker anerkannte Assimilation der Minderheiten würde der Gedanke der Internationalität, der Gleichwertigkeit aller Völker gehegt,

gepflegt und durch die zielbewusste Verfechtung dieses Gedankens: es ist keine Schande, in dem einen oder anderen Volke aufzugehen, auch bewiesen, dass die österreichische Sozialdemokratie wirklich jedes Volk als dem anderen gleichwertig anerkennt.

Es gibt natürlich auch noch einen anderen Standpunkt, der vielleicht von sehr vielen Genossen, die ich als solche mit starker „nationaler“ Ader bezeichnen möchte, vertreten werden dürfte. Dieser geht dahin: Entgegen dem Punkt 2 der leitenden Grundsätze unseres Nationalitätenprogramms, nach welchem man sich unter den national abgegrenzten Selbstverwaltungskörpern rein nationale Gebiete vorstellt, müsste es jeder Nation möglich sein, für sich etwa bildende Minderheiten ihrer Nation in einem fremdsprachigen Selbstverwaltungskörper, also im Gebiete einer fremden Nation, Schulen nach Herzenslust zu gründen.

Das ist freilich auch ein Standpunkt. Seine Verwirklichung hiesse den Gipfel der Internationalität erklimmen. Aber bevor wir zu diesem Idealzustande gelangen können, wird noch sehr viel Erziehungsarbeit geleistet werden müssen. Vorläufig hiesse es Oel ins Feuer des nationalen Chauvinismus gießen. Die nationalen Eifersüchteleien können nicht augenblicklich ausgeschaltet, nicht plötzlich zum Stillstand gebracht werden. Zu diesem Idealzustand werden wir nur über die streng abgegrenzten Selbstverwaltungsgebiete gelangen. Es muss daher unsere Aufgabe sein, das, was sich heute noch leidenschaftlich bekämpft, zu trennen und Reibungen möglichst zu verhindern. Das kann geschehen durch Anerkennung des bereits gekennzeichneten Grundsatzes der Assimilation oder Anpassung der Minderheiten an die Mehrheiten*.

Leo Winter (Prag): Zur Reform der Geschwornengerichte

Der Justizminister hat neben einem Vorentwurf zu einem neuen österreichischen Strafgesetzbuche auch einen Vorentwurf zu den Gesetzen, welche das Strafprozessrecht abändern, in die Welt geschickt. Die Abänderungen, welche die österreichische Strafprozessordnung erfahren soll, sind ziemlich untergeordneter Natur; wichtig ist eigentlich nur die Aenderung der Gerichtsorganisation im Sinne einer stärkeren Beteiligung des Laienelements.

Es ist nicht uninteressant, die Vorbemerkungen zu lesen, soweit sie diese Aenderung betreffen. Sie lauten:

„Das geltende Strafprozessrecht kennt drei Arten erkennender Gerichte, nämlich die Geschwornengerichte, die Gerichtshöfe erster Instanz als Erkenntnisgerichte und die Bezirksgerichte. Vor die Geschwornengerichte sind die politischen sowie alle durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen gewiesen, ferner die mit mehr als fünf Jahren Kerker bedrohten Verbrechen. Die Erkenntnisgerichte haben in Versammlungen von vier Richtern über alle nicht vor die Geschwornengerichte gehörigen Verbrechen und Vergehen zu urteilen. Den mit Einzelrichtern besetzten Bezirksgerichten steht das Strafverfahren rücksichtlich der Uebertretungen zu.

Der Entwurf schafft vier Arten erkennender Gerichte. Die Geschwornengerichte werden auf die Aburteilung der politischen Verbrechen und Vergehen und der strenger als mit zehn Jahren Freiheitsstrafe bedrohten strafbaren Handlungen beschränkt. Die übrigen bisher zur Kompetenz der Geschwornengerichte gehörigen Delikte, nämlich die durch den Inhalt einer Druckschrift begangenen strafbaren Handlungen und die mit einer fünf Jahre übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohten strafbaren Handlungen werden vor die Gerichtshöfe erster Instanz als grosse Schöffengerichte gewiesen. Diese setzen sich aus drei Richtern und drei Schöffen zusammen.

* Das Schlusswort der Redaktion zu der Diskussion über die nationalen Minderheitsschulen erscheint im nächsten Hefte.

Laien und beamtete Richter bilden ein einheitliches Kollegium und entscheiden in gemeinsamer Beratung und Abstimmung die Schuldfrage, die Straffrage und alle prozessualen Fragen. An die Stelle der Erkenntnisgerichte setzt der Entwurf die (kleinen) Schöffengerichte, die mit zwei Richtern und zwei Schöffen besetzt sind. Die Bezirksgerichte werden in ihrer gegenwärtigen Kompetenz und Besetzung beibehalten.

Der leitende Gedanke der Reform war, das Laienelement im weiten Umfange zum Strafrichteramt heranzuziehen. Während bisher nur ein geringer Bruchteil der Verbrechen und nur ganz wenige Vergehen den Geschwornengerichten vorbehalten sind, sollen künftig über alle Verbrechen und Vergehen Gerichte urteilen, die mit Richtern und Laien besetzt sind. Nur bei den Gerichten unterster Ordnung, bei den Bezirksgerichten, hat der Entwurf darauf verzichtet, Laien zuzuziehen; diese Neuerung hätte eine so grosse Anzahl von Laienrichtern erfordert, dass nicht zu hoffen ist, an allen Orten hierfür geeignete Personen zu finden.

Die Beteiligung der Bürger an der Strafrechtspflege entspricht der Entwicklung, die sich bereits in anderen Zweigen der Gerichtsbarkeit und auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung vollzogen hat. Sie fördert den Endzweck des Strafprozesses: Die Erforschung der Wahrheit. Für die Laien ist das Richten nichts Alltägliches. Sie bringen eine gewisse Frische der Aufnahmefähigkeit mit, ihr Urteil ist nicht durch Präjudikate beeinflusst, ihr Interesse ungeschwächt; sie besitzen einen scharfen Blick für die Besonderheiten des einzelnen Falles. Aus verschiedenen Berufszweigen und Lebensverhältnissen hervorgegangen, verfügen die Laien über Kenntnisse und Erfahrungen, die bei der Feststellung des Tatbestandes von grossem Nutzen sind. Die Teilnahme von Bürgern am Strafrichteramt erhöht das Vertrauen des Volkes in die Unabhängigkeit der Rechtspflege.

Der Entwurf will darum eine Ausdehnung der Laiengerichtsbarkeit, er will sie aber nicht zugunsten des Geschwornengerichtes. Dieses hat die Hoffnungen nicht erfüllt, die man bei seiner Errichtung hegte. Der Grund liegt in dem Fehler seiner Organisation, in der Trennung des Gerichtes in zwei Körper, von denen jeder für sich allein einen Teil der richterlichen Aufgabe zu lösen hat. Aus dieser Trennung entspringen alle Nachteile, die dem Verfahren vor dem Geschwornengericht anhaften: die formalisierte Fragestellung, die mannigfache Missverständnisse verursacht, das Berichtigungsverfahren, das ein Quell neuer Irrtümer ist und der Mangel an Urteilsgründen, der die Geschwornen der Notwendigkeit überhebt, ihren Spruch sorgfältig zu erwägen, und der sie oft verleitet, statt Recht zu sprechen, Gnade zu üben.

Die Schöffengerichte weisen die Vorzüge der Geschwornengerichte auf, vermeiden aber deren Nachteile. Die unnatürliche ZerreiSSung der richterlichen Aufgabe entfällt. Laien und Richter haben zusammen in gemeinsamer Arbeit die Schuldfrage und — was sehr wichtig ist — auch die Straffrage zu entscheiden. Es gibt keine formalisierte Fragestellung; das Zusammenwirken der Schöffen und der Richter bei der Urteilsfindung macht sie überflüssig. Die Laien werden in der gemeinsamen Beratung angeleitet, juristisch an den Fall heranzutreten; sie müssen ihren Spruch begründen.

Nach dem Vorschlage des Entwurfes werden in die Schöffengerichte gleich viel Richter und gleich viel Schöffen berufen. Beide Elemente erscheinen gleich wichtig für die Rechtspflege. Die Majorisierung des einen durch das andere soll ausgeschlossen sein. Es kann keine Verurteilung erfolgen, zu der nicht Richter und Schöffen sich zusammenfinden.

Der Entwurf anerkennt das Schöffengericht als die zweckmässigere Form des Laiengerichtes. Die Folgerichtigkeit hätte zur Beseitigung des Geschwornengerichtes geführt. Der Entwurf hat diese Konsequenz nicht gezogen. Das Geschwornengericht gilt in der Bevölkerung vielfach noch als Palladium der bürgerlichen Freiheit. Seine Abschaffung, bevor noch das Schöffengericht gezeigt, dass auch bei ihm die Freiheit des Bürgers gesichert sei, würde vielleicht das Vertrauen in die Rechtspflege erschüttern. Der Entwurf hat deshalb das Geschwornengericht beibehalten und nur dessen Zuständigkeit beschränkt; es bleibt aber nach wie vor für die politischen Delikte zuständig. Die aus der Gerichtsbarkeit des Geschwornengerichtes ausgeschie-

denen strafbaren Handlungen würden nicht vor das gewöhnliche Schöffengericht, sondern vor ein grosses gewiesen, das in seiner verstärkten Besetzung erhöhte Bürgschaft für die Richtigkeit seines Urtheiles gewährt.“

Wir haben die Vorbemerkungen eingehender wiedergegeben, weil in ihnen nicht nur die Motive im grossen und ganzen enthalten sind, die die Regierung zur Aenderung der den Strafprozess betreffenden Gesetze geführt hat, sondern auch der wesentliche Inhalt dieser Aenderung.

Für uns kommen hierbei einige Momente in Betracht:

Vor allem die Einschränkung der Kompetenz der Geschwornengerichte. Nach der vorgeschlagenen Fassung des Artikels VI des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung würde vor die Geschwornengerichte die Hauptverhandlung über folgende Anklagen gehören:

1. wegen Hochverrates, Gefährdung des Friedens, Staatsverrates, Verrates im Kriege, gewalttätigen Angriffes gegen die Länder der ungarischen Krone, gegen Bosnien und die Herzegowina oder gegen einen fremden Staat, Störung der Tätigkeit eines verfassungsmässigen Vertretungskörpers, Herabwürdigung eines verfassungsmässigen Vertretungskörpers, Herabwürdigung der Staatsgewalt, ferner wegen versuchter Anstiftung, öffentlicher Aufforderung und Anbietung zu diesen Verbrechen und Vergehen;

2. wegen der strafbaren Handlungen, die mit dem Tode, mit lebenslangem Kerker oder mit einer zehn Jahre übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind.

Die wichtigste Einschränkung der Kompetenz der Geschwornengerichte besteht nicht darin, dass ihnen der Entwurf erst diejenigen Handlungen zuweist, die mindestens mit einer zehnjährigen Freiheitsstrafe bedroht sind, sondern darin, dass ihnen die Rechtsprechung über die durch Druckschriften begangenen strafbaren Handlungen entzogen würde. Diesen Standpunkt hat ja die Regierung schon in den Beratungen des Pressausschusses eingenommen. Der Widerstand, auf den sie damals stiess, veranlasste sie wohl dazu, für die Einschränkung des Wirkungskreises der Geschwornengerichte eine Kompensation anzubieten — die Zuziehung der Laien zur Rechtsprechung in allen Verbrechen und Vergehen, die nicht in die Kompetenz der Geschwornengerichte fallen.

Dies ist das zweite in Betracht kommende Moment.

Es ist ausser Zweifel, dass die Geschwornengerichte viele Fehler begangen haben; und es kann nicht geleugnet werden, dass in der Zuziehung der Laien zur Rechtsprechung ein grosser Fortschritt gelegen ist.

Ob jedoch dieser Fortschritt gross genug ist, um als Kompensation für die Einschränkung der Kompetenz der Geschwornengerichte gelten zu können — auf diese Frage kann man erst dann antworten, wenn man das dritte wichtige Moment ins Auge gefasst hat: wer kann Geschworne oder Schöffe werden?

Das jetzt geltende Gesetz vom 23. Mai 1873, Nr. 121 R.-G.-Bl., betreffend die Bildung von Geschwornenlisten verlangt zur Qualifikation eines Geschwornen neben anderen Momenten das männliche Geschlecht und entweder ein nicht geringes Einkommen — an direkten Steuern ohne Zuschlag jährlich mindestens 10 fl., an Orten mit einer Bevölkerung von mehr als 30.000 Einwohnern aber mindestens 20 fl. — oder einen besonderen Grad von Bildung — ohne Rücksicht auf diesen Steuersatz können zum Amte von Geschwornen Personen berufen werden, die dem Stande der Advokaten, Notare, der Professoren und Lehrer an Hoch- und Mittelschulen angehören oder an einer inländischen Universität den Doktorgrad erlangt haben.

Aber nicht allen Männern, bei denen alle gesetzlichen Momente zutreffen, wird die Ehre zuteil, zum Amte des Geschwornen berufen zu werden. Er muss auch Gnade in den Augen des Bezirkshauptmannes und einer besonderen Kommission gefunden haben. Das Gesetz bestimmt nämlich, dass der Bezirkshauptmann die vom Gemeindevorsteher und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung zusammengestellten Urlisten seines Amtssprengels samt allen darauf bezugnehmenden Urkunden dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz vorzulegen und dabei diejenigen Männer zu bezeichnen habe, die ihm wegen ihrer Verständigkeit, Ehrenhaftigkeit, rechtlichen Gesinnung und Charakterfestigkeit für das Amt eines Geschwornen vorzüglich geeignet erscheinen.

Hiermit ist aber die Siebung nicht zu Ende. Spätestens im November eines jeden Jahres tritt eine besondere Kommission zusammen, welche die Jahresliste der Geschwornen für den Sprengel des betreffenden Gerichtshofes erster Instanz bilden soll. Diese Kommission besteht aus dem Präsidenten des Gerichtshofes oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden und aus drei Richtern, welche der Zahl der Räte des Gerichtshofes oder der Vorsteher der Bezirksgerichte des Sprengels entnommen werden, dann aus drei Vertrauensmännern. Alle diese Mitglieder werden vom Präsidenten bestimmt. Zu Vertrauensmännern können nur Personen bestimmt werden, die nicht im Staatsdienst stehen und für den Sprengel dieses Gerichtshofes die Eignung zum Amt eines Geschwornen besitzen. Die Kommission entscheidet nach Stimmenmehrheit. Gegen ihre Beschlüsse ist keine Beschwerde zulässig.

Die so zusammengesetzte Kommission wählt aus den Urlisten die Personen aus, die sie für die fähigsten und würdigsten zum Geschwornenamte hält und vereinigt die Namen in einer Haupt- und einer Ergänzungsliste, aus welchen dann die Geschwornen, beziehungsweise die Ergänzungsgeschwornen für das bevorstehende Kalenderjahr genommen werden.

Gegen die auf solche Weise erfolgende Zusammenstellung der Geschwornenlisten richtet sich ein Initiativantrag, den der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat. Die wichtigsten Abänderungen, die wir gegenüber dem heutigen Gesetz beantragt haben, sind:

1. Es sollen auch Frauen zum Amte des Geschwornen berufen werden können, da ihre Anwesenheit auf der Geschwornenbank in zahlreichen Fällen sehr notwendig wäre.

2. Das Erfordernis eines bestimmten Einkommens oder einer bestimmten Bildung soll abgeschafft werden, damit die Geschwornenbank auch allen Arbeitern zugänglich gemacht und die Klassenjustiz paralytisch werde; denselben Zweck verfolgt die beantragte Abschaffung der Sesshaftigkeit.

3. Die Jahreslisten sollen durch das Los festgestellt werden, damit dem Bezirkshauptmann und auch der Kommission ein jeglicher Einfluss hierauf entzogen werde.

Wie sieht nun der Entwurf aus?

Es war nicht zu erwarten, dass der Entwurf den Frauen das Recht einräume, zu Geschwornen berufen zu werden. So weit sind wir in Oesterreich noch lange nicht, namentlich wenn wir bedenken, dass die Autoren des Entwurfes im Herrenhaus Sitz und Stimme haben. Es wird noch sehr oft dargetan werden müssen, wie notwendig es ist, das Urteil von Frauen namentlich bei solchen Handlungen zu hören, wo es sich wieder um Frauen entweder als Angeklagte oder als Beschädigte handelt. In diesem Punkte bot daher der Entwurf keine Ueberraschung.

Dafür schafft er aber den Zensus ab und begnügt sich mit der allgemeinen Kenntnis des Lesens und Schreibens. Es werden also auch Arbeiter auf die Geschwornenbank berufen werden können, um über ihre Mitbürger Recht zu sprechen. So schaut es wenigstens im § 1 des Entwurfes aus. Die Regierung, welche ja der Vorbemerkung gemäss auf einzelne Bestimmungen des Entwurfes Einfluss geübt hat, ohne jedoch endgültig zu ihnen Stellung zu nehmen, konnte sich der Erkenntnis nicht erwehren, dass im Zeitalter des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes dem Arbeiter der Zutritt zum Amte eines Geschwornen oder Schöffen nicht verwehrt werden kann, wenn ihm der weit wichtigere und verantwortungsvollere Weg ins Abgeordnetenhaus offen steht. Theoretisch hat sie dem Arbeiter daher das Recht zum Amte des Geschwornen und Schöffen zuerkannt.

Wie aber bei dem Wahlrecht alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um dem Arbeiter das ihm prinzipiell zugestandene Recht zu entreissen, geradeso bietet auch der Entwurf der Strafprozessordnung alle Kräfte auf, um dem Arbeiter den Zutritt zum Richterstuhl vollkommen zu verwehren. Er nimmt sofort mit der Linken, was er mit der Rechten gegeben hat. Vor allem verlangt er zur Qualifikation des Geschwornen und Schöffen einen wenigstens zwei Jahre dauernden Wohnsitz in dem politischen Bezirk. Das jetzige Gesetz verlangt einen einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde. Trotzdem das territoriale Gebiet nicht unbeträchtlich erweitert wird, bedeutet der Antrag des Entwurfes doch eine grosse Einschränkung, die auf keine Weise gerechtfertigt erscheint.

Des weiteren schliesst der Entwurf alle Dienstboten von der Fähigkeit zum Amte des Geschwornen und Schöffen aus. Dem Entwurf sind keine anderen Motive

als die zitierten Vorbemerkungen beigefügt, so dass die Absicht, durch welche sich der Entwurf hierbei leiten liess, nicht bekannt ist. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen dadurch begründet werden, dass die Dienstboten von ihren Arbeitgebern zu sehr abhängig sind, als dass von ihnen eine unparteiische und unabhängige Rechtsprechung erwartet werden könnte. Wir würden diese Befürchtung in ihrem vollen Umfang zwar nicht teilen, würden aber mit dem Entwurf hierüber nicht rechten wollen.

Denn nicht in dieser Bestimmung beruht das Grundübel des Entwurfes; sondern in der Aufrechterhaltung, ja Erweiterung des Rechtes des Bezirkshauptmannes, auf die Geschwornenlisten einen entscheidenden Einfluss zu nehmen.

Eine der grössten Anomalien der jetzigen Gesetzgebung besteht darin, dass dem Bezirkshauptmann das Recht eingeräumt wurde, die Bildung der Geschwornenbank zu beeinflussen. „Das Geschwornengericht gilt in der Bevölkerung vielfach noch als Palladium der bürgerlichen Freiheit“, heisst es richtig in den Vorbemerkungen. Das Geschwornengericht soll die bürgerlichen Freiheiten gegenüber der Bureaukratie schützen, die im gewöhnlichen Leben doch der Bezirkshauptmann repräsentiert. Nun wird eben diesem Bezirkshauptmann das Recht eingeräumt, darüber zu entscheiden, wer berufen werden soll, die bürgerliche Freiheit ihm gegenüber zu schützen! Der Bock wird zum Gärtner bestellt!

Und dieser unnatürliche Zustand wird im Entwurf aufrechterhalten. Ja noch mehr! Dem Bezirkshauptmann wird nunmehr das Vorschlagsrecht eingeräumt. Es ist ein fauler Zauber, wenn wir im Entwurf lesen, dass die oben beschriebene Kommission die Hauptlisten und Ergänzungslisten aus den Urlisten „unter Benützung der Vorschlagsliste“ zu bilden habe. In Wirklichkeit wird sich die Geschichte so abspielen, dass sich diese Kommission lediglich an die Vorschlagsliste des Bezirkshauptmannes halten wird, der doch schon eine Auswahl getroffen hat. Die Kommission wird dies um so eher tun, je mehr sie sich vor Augen halten wird, dass sie dem Entwurf gemäss die Vorschläge des Bezirkshauptmannes zu berücksichtigen hat, wozu sie nach dem jetzigen Gesetz nicht verpflichtet ist. Nun, der Bezirkshauptmann wird zu suchen sein, der auch Arbeiter für so verständig, rechtlich und ehrenhaft halten wird, um sie in die Vorschlagsliste zu bringen. Er lebt doch mit der klassenbewussten Arbeiterschaft in stetem Kampfe; er ist doch dazu berufen, die heutige Gesellschaftsordnung gegen die Anstürmer zu verteidigen. Wird man es ihm persönlich verübeln können, wenn er diese Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht für fähig halten wird, in dieser Gesellschaft auf Grund ihrer Gesetze Recht zu sprechen? Höchstens wird er einige ihm unschädlich dünkende Arbeiter in die Vorschlagsliste eintragen, um der Form zu genügen, um den Schein sozialer Voreingenommenheit von sich abzuwälzen. Und noch wird er dabei die stille Hoffnung hegen, dass auch diese weissen Raben vor der Kommission keine Gnade finden, und dass sie in die Haupt- und Ergänzungslisten doch nicht aufgenommen werden.

Man könnte vielleicht einwenden, dass doch in der Kommission Vertrauensmänner Sitz und Stimme haben, welche eine parteiliche Zusammenstellung dieser Listen nicht dulden würden. Auch das ist nur Theorie. Diese Vertrauensmänner bestimmt der Präsident des Gerichtshofes; glaubt jemand, dass er hierzu einen Arbeiter berufen wird, den er nur als Angeklagten zu sehen gewohnt ist? Und gesetzt den Fall, dass das Wunder dennoch geschehen und dass ein Arbeiter in die Kommission gelangen würde — so gewissermassen als Dekorationsstück — die Kommission entscheidet doch nach Stimmenmehrheit, der Arbeiter wird immer überstimmt werden.

Hieraus ergibt sich, dass die Zulassung der Arbeiter zu den Aemtern des Geschwornen und Schöffen nur scheinbar ist. In Wirklichkeit soll der Arbeiter nach wie vor von dem Richterstuhl im Strafverfahren ausgeschlossen werden. Er wird auch weiterhin nur als Objekt der Rechtsprechung auftreten.

Unter solchen Umständen kann die Zulassung der Laien zur Rechtsprechung, die ja an und für sich immerhin einen Fortschritt bedeutet, als eine genügende Kompensation für die Beschränkung der Kompetenz der Geschwornengerichte namentlich in Pressdelikten kaum angesehen werden. Die Arbeiterschaft wird nach wie vor auf der Forderung beharren müssen, dass die Bildung der Geschwornenbank einem jeden bureaukratischen Einfluss entzogen werden müsse.

Julius Deutsch: Ueber die Grenzen gewerkschaftlicher Macht

Wenn Arbeiter und Unternehmer sich an den Beratungstisch setzen, um über die Höhe des Arbeitslohnes zu beraten, schwebt beiden etwas Verschiedenes vor.

Der Unternehmer denkt an die Summe baren Geldes, die er als Arbeitslohn bezahlen soll. Und er rechnet etwa: Der geforderte Tageslohn ist 4 K, die Rohstoffe und die Maschinenabnutzung kosten mich 6 K. Das gäbe eine Gesamtausgabe von 10 K. Für das fertige Tagesprodukt des Arbeiters bezahlt mir der Käufer 12 K, mithin bleibt mir ein reiner Profit an der Tagesleistung des Arbeiters von 2 K. Das Geschäft ist zu machen.

In einer anderen Richtung bewegen sich die Gedanken des Arbeiters. Die vier Silberstückchen, die den Wert von 4 K repräsentieren, lösen in seinem Gehirn die Vorstellung einer bestimmten Menge Lebensmittel, eines bestimmten Quantum Milch, Fleisch, Brot etc. aus, ferner die Lustgefühle der Annehmlichkeiten des Daseins, die eben um diesen Preis zu haben sind. Und weil dem Arbeiter scheint, dass ein Arbeitslohn von 4 K zu seinem und seiner Familie Unterhalt genügt, willigt er in den Abschluss eines Vertrages, der den Taglohn von 4 K für eine bestimmte Zeit vorsieht.

Nun der Vertrag geschlossen ist, tritt aber eine Teuerung der Lebensmittel ein. Der Arbeiter bekommt um seine 4 K nicht diejenige Menge von Milch, Kohle, Fleisch u. s. w., die er zur Zeit des Vertragsschlusses bekam, die mithin damals eine wichtige Grundlage seiner Berechnung bildete. Da ist er unzufrieden, geht hin zum Unternehmer und verlangt eine Lohnerhöhung. Gewährt sie ihm dieser nicht, dann muss der Krieg entscheiden.

Aus den Schwankungen des Geldwertes entstehen Kämpfe, ein grosser Teil der gewerkschaftlichen Macht muss für sie aufgewendet werden. Adolf Braun meint diese Kämpfe durch friedliche Vereinbarungen ersetzen zu können*. Der Unternehmer soll aus eigenem die Differenz zwischen den schwankenden Lebensmittelpreisen tragen. An die Stelle des Nominallohnes soll der Reallohn treten.

Auf den ersten Blick erscheint es wohl ungemein verlockend, ein System zu propagieren, das das Risiko der Geldwertschwankung von den Schultern der Arbeiter abwälzt, um es den Unternehmern zuzuschieben. Leider pflegt aber die Liebe auf den ersten Blick in der Wissenschaft der Oekonomie noch viel weniger von langer Dauer zu sein als im Menschenleben. Auch unser anfängliches Wohlgefallen an dem Vorschlag des Genossen Braun erteilte dieses Geschick. — Die Untersuchung des Braunschen Vorschlages muss sich nach zwei Richtungen hin bewegen: 1. Ist der Vorschlag überhaupt durchsetzbar? 2. Wenn ja, bietet seine Durchführung den Arbeitern wirklich bedeutende Vorteile?

Um zu einer wichtigen Beantwortung der ersten Frage zu gelangen, ist es nötig, einen Blick auf die Kampfesancen der Gewerkschaft überhaupt zu werfen. In seiner Abhandlung über „Lohn, Preis und Profit“ sagt Marx, die Gewerkschaften seien „wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals“. Soweit Braun in seinem Artikel gleichfalls auf diese Funktion der Gewerkschaften hinweist, kann er mit Recht voraussetzen, dass die Macht der Gewerkschaften genügend gross ist, sie zu erfüllen. Wenn der Arbeiter nicht mehr will als „die Möglichkeit, die für seine und seiner Familie Erhaltung notwendige Masse von Lebensmitteln als gleichbleibende Entschädigung für die täglich verschlissene menschliche Arbeitskraft zu erhalten“, so kann er mit Recht hoffen, das durch die gewerkschaftliche Kraft zu erreichen. Weniger wichtig für den Arbeiter ist es aber, ob er die Verschlechterung

* Adolf Braun: „Lebensmittelteuerung und Gewerkschaftsbewegung.“ „Kampf“, III. Jahrgang, Seite 117 bis 126.

seiner Lebenshaltung durch einen Kampf oder eine friedliche Vereinbarung abwehrt. Im Gegenteil, der Kampf kann unter Umständen die für die Arbeiter vorteilhaftere Abwehr sein, weil er zugleich einen Angriff zu bilden vermag.

Hier kommen wir darauf, dass die Gewerkschaft sowohl Abwehr- als Angriffswaffe des Proletariats ist. Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der gewohnheitsmässig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters. Die Masse dieser Lebensmittel ist in einer bestimmten Epoche einer bestimmten Gesellschaft eine konstante Grösse, sie ist es aber nicht im Hinblick auf die Gewohnheit. Mit der Vermehrung der Reichtumserzeugung durch das Proletariat wächst das Wohleben der ganzen Gesellschaft, auch das Proletariat erhält einen Brocken des allgemein vermehrten Wohlstandes zugeworfen. Seine gewohnheitsmässig notwendigen Lebensmittel sind andere geworden, als sie früher gewesen. Gibt der Unternehmer dem Arbeiter nun nicht das, was dieser als notwendig, als die Befriedigung eines Bedürfnisses ansieht, dann schreitet die Gewerkschaft zum Angriff. Für diesen Angriffskampf, der ebenso notwendig ist als die Abwehr, ist nun der Braunsche Vorschlag nicht nur nicht berechnet, im Gegenteil, er vermag ihn sogar zu schädigen.

Wenn die gewerkschaftliche Taktik darauf zugespitzt wird, durch die Tätigkeit von Tarifschiedsgerichten eine Verschlechterung in der Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren, dann wird die gegebene Lebenshaltung als Grundlage genommen. Nicht auf eine Verbesserung, sondern auf die Erhaltung dieser gegebenen Lebensführung ist es abgesehen. Wenn die Arbeiter eine Verbesserung des bestehenden Zustandes erstreben, werden sie als die Störenfriede erscheinen, die mutwillig den Krieg vom Zaune brechen. Es ist also dadurch, dass die gegebene Lebenshaltung der Arbeiter zum Ausgangspunkt der Berechnung gemacht werden soll, ein gefährliches Präjudiz geschaffen. Freilich hat Genosse Braun in seinem Musterbeispiel angenommen, dass der Arbeitslohn nach einer bestimmten Zeitperiode eine Erhöhung erfährt. In der Praxis wird sich aber diese automatische Lohnerhöhung bei Tarifvertragsschlüssen um so schwerer durchsetzen lassen, je mehr auf die Erhaltung der gegebenen Lebensführung Gewicht gelegt worden ist.

Würden sich unsere Gewerkschaften mit dem Kampfe um die Garantierung eines Reallohnes befreunden, dann müssten sie natürlich von vornherein mit dem erbittertsten Widerstand der Unternehmer rechnen. Die mangelnde Sicherheit in der künftigen Lohnhöhe wird den Unternehmern den garantierten Reallohn, wie schon Braun ausführte, verhasst machen. Sie werden sich auch nicht mit der Ueberlegung bescheiden, dass in den anderen Gebieten der kaufmännischen Kalkulation ebenfalls eine beträchtliche Unsicherheit herrsche. Die Unsicherheit in der Kalkulation, die durch die Schwankungen des Rohstoffpreises oder den Differenzen im Bankzins hervorgerufen wurde, wird ja dadurch nicht kleiner, dass nun zu all diesem Uebel auch noch eine vermehrte Schwankung der Löhne hinzukommt. Die Vermehrung der Unsicherheit auf einem weiteren Gebiete der Kalkulation wird ohne heftige Kämpfe nicht zu erreichen sein. Den Unternehmern ist unter Umständen ein höherer konstanter Lohn sogar vorteilhafter, als ein etwas niedrigerer, aber dafür unsicherer Preis der Arbeitskraft. Ebensowenig werden sich die Unternehmer leichthin die unmittelbare Aufbürdung der Zölle und der indirekten Steuern, die der garantierte Reallohn ihnen zumutet, gefallen lassen. Aber immerhin erscheint es uns nicht unmöglich, dass in einem gewissen Rahmen und soweit es sich um die Abwehr einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter handelt, die eine oder die andere starke Gewerkschaft die Forderung nach Garantierung des Reallohnes durchzusetzen imstande ist. Grosse Schwierigkeiten erwachsen erst beim gewerkschaftlichen Angriff.

Wir resumieren also die Beantwortung unserer ersten Frage dahin: Eine friedliche Vereinbarung zur Erhaltung der gegebenen Lebensbedingungen der Arbeiter erscheint uns bei günstigen Umständen möglicherweise durchsetzbar. Dagegen erblicken wir darin eine Hemmung des Angriffskampfes des Proletariats.

Gesetzt den Fall, in einem Gewerbe mit starken Arbeiter- und Unternehmerorganisationen wäre eine friedliche Vereinbarung zur Erhaltung der gegebenen Lebens-

bedingungen der Arbeiter durchgesetzt worden. Welche Vorteile ergeben sich daraus — das ist nun die wichtige Frage — für das Proletariat?

Genosse Braun sieht den Hauptvorteil darin, dass der „natürliche Widerstreit der industriellen und agrarischen Interessen provoziert“ würde, was für den Industriestaat vorteilhaft wäre und die beschleunigte Durchsetzung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen förderte. Mit anderen Worten: den Unternehmern soll durch den garantierten Reallohn ihr eigenes, antiagrarisches Interesse anschaulich vor Augen geführt werden. Der Widerstreit der agrarischen und industriellen Interessen ist natürlich, er ist bereits da, aber die Unternehmer sollen ihn besser begreifen, sollen ihn fasslich vor Augen haben, um mehr Lust zu bekommen, den Kampf aufzunehmen.

Gewiss, wir haben es oft beklagen müssen, dass das Bürgertum vor einem Kampfe mit den mächtigen Agrariern feige zurückgewichen ist. Es wäre indes doch falsch, der Meinung zu sein, der Grund dieser Feigheit läge darin, dass das Bürgertum den Widerstreit der agrarischen und industriellen Interessen nicht begriffen hätte. Die Sache liegt doch wesentlich anders. Der Unternehmer, insbesondere der unorganisierte Unternehmer, weicht womöglich jedem Kampfe aus, weil er im ungestörten Gang der Geschäfte am besten seinen Vorteil findet. Der Unternehmer ist feige aus Profitsucht. Er kämpft mit den Agrariern — übrigens auch mit den Arbeitern — am liebsten nur dann, wenn er sich ganz sicher als der Stärkere weiss. Die Psychologie des kriegführenden Unternehmers gleicht etwa der der russischen Soldateska: zuwarten, zuwarten, um schliesslich den Gegner mit weit überlegener Macht zu erdrücken.

Die von ihm zu übernehmende Garantie des Reallohnes, das klarere Hervortreten des Interessengegensatzes wird den Unternehmer schwerlich kampfeslustiger gegen die Agrarier stimmen. Schon deshalb nicht, weil ja in einem Unverständnis des Interessengegensatzes der Grund seiner Feigheit gar nicht liegt. Die Parole des Unternehmers wird bleiben: lieber ein erschwerter Geschäftsgang als ein gestörter, lieber ein feiges Kompromiss mit den noch mächtigen Agrariern als das Risiko eines jetzt unsicheren Kampfes.

Wir vermeinen bessere Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein als Braun, wenn wir auf das Wirksamsein des Interessengegensatzes ein grösseres Gewicht legen, als auf dessen klareres Hervortreten. Uebrigens kann die Garantie des Reallohnes unter Umständen gerade das Gegenteil von dem bewirken, was Genosse Braun erstrebt. Der Unternehmer wird heute zum Widerstand gegen die Agrarier gewiss auch deshalb gedrängt, weil die Verteuerung der Lebensmittel zu vermehrten Streiks in seinem Betriebe führt, also die Profitmacherei recht unangenehm unterbricht. Wenn nun mit der Garantie des Reallohnes die Kämpfe mit den Arbeitern, wie Braun vorschlägt, den friedlichen Vereinbarungen gewichen sind, dann fehlt für den Unternehmer geradezu ein Antrieb zum Widerstand gegen die Agrarier, nämlich die Furcht vor den produktionsstörenden Streiks.

Freilich kann eingewendet werden, dass es dem Arbeiter eigentlich gleichgültig sein kann, in welcher Weise sich die Unternehmer mit den Agrariern auseinandersetzen, wenn doch die Unternehmer das Risiko einer Verteuerung der Lebensmittel zu tragen haben. Dem ist aber nicht so, denn die Garantie des Reallohnes könnte jedenfalls in den nächsten Jahrzehnten nur in einigen Gewerben praktisch wirksam werden. Würde die in einigen Gewerben eingeführte Garantie des Reallohnes die Lebensmittelteuerung also vielleicht gar noch steigern — man darf nicht vergessen, dass der Teil der Arbeiter, dem der Reallohn garantiert ist, für einen Kampf gegen die Agrarier wenig Leidenschaft mehr aufbringen wird — dann erfahren die Arbeiter mit nichtgarantiertem Reallohn geradezu eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung.

Wir müssen auch auf die technischen Schwierigkeiten der Durchführung des Braunschens Vorschlages verweisen. Wichtige Nahrungsmittel weisen innerhalb eines Jahres erhebliche Preisschwankungen auf. So ändert sich zum Beispiel der Kleinverkaufspreis der Kartoffel von Monat zu Monat, ebenso der der Eier um ein ganz beträchtliches. Im Jahre 1900 wurden in Dresden (wir greifen ein ganz

beliebiges Beispiel heraus) folgende Mittelpreise am Ende der Monate im Kleinverkauf notiert:

	Eier per 15 Stück	Kartoffel per 50 Kilogramm
		Pfennige
Jänner	140·8	290·4
Februar	120·8	303·4
März	87·5	297·5
April	84·2	295·4
Mai	90·6	312·1
Juni	86·7	337·1
Juli	94·2	378·0
August	102·5	262·0
September	126·3	275·7
Oktober	135·0	244·3
November	140·0	244·3
Dezember	138·3	247·1

Eine Berechnung, um den Arbeitslohn solchen Preisschwankungen, die in zwei, drei Monaten bis zu 50 Prozent gehen, anzupassen, wird sehr schwierig sein, wenn nicht ganz und gar unmöglich. Da käme ja das Schiedsgericht vor lauter Sitzungen und endlosen Diskussionen über ungemein komplizierte Berechnungen gar nicht heraus.

Und ferner, die Preise der Lebensmittel schwanken nicht nur im Jahre, sondern auch von Jahr zu Jahr. Solange eine steigende Tendenz anhält, werden die Arbeiter mit der Garantie des Reallohnes wohl zufrieden sein. Wenn aber die Preise fallen, wird ihnen eine Reduktion des Lohnes gar nicht passen. Und Preisstürze sind nicht so selten, als viele unter dem Eindruck der letztjährigen Preissteigerungen glauben. In England war vom Jahrfünft 1816/20 bis zum Jahre 1896 ein ständiges Fallen der Weizenpreise zu verzeichnen. Von 364 Mark für 1000 Kilogramm fiel der Preis des Weizens bis auf 123 Mark, um erst im Jahre 1897 wieder mit einer Steigerung zu beginnen.

In Frankreich fielen die Weizenpreise vom Jahrfünft 1816/20 bis 1831/40, dann stiegen sie bis zum Jahrfünft 1871/75. Nun setzte wieder eine fallende Tendenz ein, die bis 1896 anhielt, um dann wieder einer Steigerung zu weichen. In ähnlicher Weise widerspruchsvoll war die Preisbewegung in den anderen Staaten.

Dabei kreuzt sich natürlich die Entwicklung. Der Preis des einen Produktes fällt, der des anderen steigt. Die Berechnung des Reallohnes ist da an und für sich ziemlich schwer. Diese Schwierigkeit wird aber noch dadurch erhöht, dass man doch den Ursachen der Preisschwankungen ein sehr grosses Gewicht beilegen müsste. Es fällt zum Beispiel der Preis von Weizen, weil das Volk Roggenbrot zu essen beginnt und also ein Ueberangebot von Weizen auf dem Markte eingetreten ist. In einem solchen Falle würde der Lohn der Arbeiter vom Tarifschiedsgericht infolge des Fallens der Weizenpreise reduziert werden, während in Wirklichkeit gar keine Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist.

Man beachte dazu folgende Ziffern: In Berlin wiesen die Getreidepreise im Durchschnitt der Jahre 1891/97 folgenden Stand auf:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
164·63	141·54	152·14	148·34

Mark für 1000 Kilogramm.

Im Jahre 1898 war aber der Preisstand in folgender Weise verändert:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
178·—	140·—	131·—	159·—

Mark für 1000 Kilogramm.

Weizen und Hafer sind im Preise gestiegen, Roggen und Gerste gefallen. Nun kann der Streit darüber beginnen, welchen Einfluss dieses Fallen und Steigen der Preise auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausübte. Jede Partei wird natürlich das für sie Taugliche aus den Ziffern herauslesen. Nun kann man dann wohl Haushaltungsrechnungen zum Beweise für die geänderte Genussrichtung heranziehen, aber gerade für diesen Fall sind sie weniger beweistauglich, weil sie erst geraume Zeit später verarbeitet vorliegen, also einen zuverlässigen Einblick in die geänderte Genussrichtung gewähren.

Ausser des Lebens Notdurft gibt es noch vieles andere, das auch schon in der bestehenden Gesellschaft den Massen erreichbar ist. Was vordem das Privileg einer

kleinen Schar Besitzender gewesen ist, Theater, Konzert, Sport und mannigfache andere Kulturgenüsse, sie sind heute vielen Tausenden Arbeitern erschlossen. Die Kosten der kulturellen Genüsse lassen sich aber nicht auf Heller und Pfennig berechnen, das Tarifschiedsgericht kann nicht über ihre Verbilligung oder Verteuerung zu Rate sitzen. Wir würden uns schönstens bedanken, wenn das Tarifschiedsgericht das Mass des zu Geniessenden, bestände der Genuss nun in einer schöneren Wohnung oder in einem Sommerausflug, durch die Festsetzung der Lohnhöhe als gerechtfertigt oder ungerechtfertigt deklarieren könnte.

Aber wenn auch dem Tarifschiedsgericht keine direkte Einwirkung auf das Mass der Kulturgenüsse zugebilligt würde, wäre doch sein indirekter Einfluss noch allzu gross. Beschränkte sich die Garantie des Reallohnes auch nur auf das zum Leben Nötige, wäre doch der Spielraum für die Ausgaben für Kulturgenüsse noch viel zu enge gesteckt. Was über des Lebens Notdurft hinausgeht, würde uns von den Unternehmern recht eindringlich vorgerechnet werden. Eine Erhöhung der Ausgaben für Kulturgenüsse, die für den proletarischen Befreiungskampf so wichtig ist, würde da nicht so leicht durchgesetzt werden können. Wenn wir selbst uns auf den Standpunkt stellen, wir erstrebten nur das zum Leben Nötige, dann werden uns die Unternehmer bei jeder Mehrausgabe recht deutlich das Unkorrekte dieser Missetat zum Bewusstsein bringen.

Ein Blick auf die Haushaltungsrechnungen der Arbeiter zeigt übrigens, dass auch heute die Ausgaben für die Nahrungsmittel durchaus nicht jene überragende Höhe erreichen, wie man vielfach annimmt. Von einer Ausgabe für Nahrungsmittel bis zu zwei Drittel des Lohnes, wie es das Braunsche Beispiel annimmt, kann auch nicht im entferntesten die Rede sein. Je verhältnismässig geringer aber die Ausgabenquote für Nahrungsmittel ist, desto unnötiger erscheint es, sie zum fast ausschliesslichen Angelpunkt der gewerkschaftlichen Aktion zu machen.

Der deutsche Metallarbeiterverband veröffentlicht soeben eine Broschüre (Verlag von Alexander Schlicke und Co., Stuttgart), in der die Haushaltungsrechnungen von 320 Metallarbeiterfamilien einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Wir finden da folgende Zusammenstellung der Ausgaben:

Vom Hundert der Gesamtausgaben entfallen per Haushaltung auf

Einkommen Mark	Nahrungs- mittel	Genuss- mittel	Wohnung	Heizung und Be- leuchtung	Versiche- rungs- und Vereins- beiträge	Kleidung, Neuan- schaffung, Reparaturen	Bildung und Unter- haltung	Sonstiges
unter 1200 . . .	49·29	6·57	12·50	4·93	6·11	12·50	1·70	6·40
1200 bis 1600 . . .	49·47	6·46	13·63	4·58	6·36	11·69	1·77	6·04
1600 „ 2000 . . .	47·34	5·92	14·88	4·36	6·28	12·48	2·03	6·71
2000 „ 2500 . . .	45·47	6·56	14·88	4·03	5·79	13·59	2·20	7·48
über 2500 . . .	46·46	6·81	13·73	3·91	5·07	14·42	2·47	7·13
Zusammen . . .	47·10	6·33	14·47	4·28	6·01	12·88	2·07	6·86

Die Ausgabe für Nahrungsmittel beträgt selbst in der Gruppe der schlechtest-bezahlten Arbeiter kaum die Hälfte der Gesamtausgaben. Ein noch markanteres Ergebnis zeitigte eine Untersuchung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin. Die untersuchten 852 Haushaltungen, die sich auf 522 Arbeiter- und 330 Unterbeamten-, Beamten- und Angestelltenfamilien verteilen, wiesen eine durchschnittliche Gesamtausgabe von 2234·02 Mk. auf. Davon entfielen auf Nahrungs- und Genussmittel 1017·52 Mk., das sind 45·5 Prozent!

So wichtig also die Nahrungsmittelausgabe in der Arbeiterfamilie ist — das zu leugnen wäre ja töricht — so wenig dürfen wir uns doch zu Uebertreibungen verleiten lassen. Wenn in der Zeit der Krise Lohnerhöhungen nicht erkämpft werden können, dagegen die Lebensmittelpreise fortwährend steigen, so ist das gewiss ein unerquicklicher Zustand. Aber es ist zu weit gegangen, diesen momentanen Uebelstand als eine regelmässige Erscheinung zu werten und auf seine Abwendung alle Kraft der gewerkschaftlichen Aktion konzentrieren zu wollen.

Es ist auch zu bedenken, dass die Ausgabe für Nahrungsmittel sich nicht allein auf einige wenige Waren erstreckt. Nach den Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes betrug die durchschnittliche Gesamtausgabe einer der untersuchten Metallarbeiterfamilien — es wurden 92 solcher Haushaltungen untersucht — 1944·24 Mk. Die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel verteilten sich in folgender Weise:

	Mark	Prozent der Gesamt- ausgaben
Für Fleisch, Schinken, Speck u. s. w.	191·40	9·8
„ Wurst	65·99	3·4
„ Fische, auch geräuchert	20·70	1·1
„ Butter	75·72	3·9
„ Schmalz, Margarine u. s. w.	51·75	2·7
„ Käse	21·96	1·1
„ Eier	28·61	1·5
„ Kartoffeln	35·83	1·8
„ Grünwaren	24·27	1·2
„ Salz, Gewürze, Oel	7·93	0·4
„ Zucker, Sirup, Honig	25·16	1·3
„ Mehl, Reis, Hülsenfrüchte u. s. w.	27·—	1·4
„ Obst und Südfrüchte	25·77	1·3
„ Brot und Backwaren	159·81	8·3
„ Kaffee und Kaffeeersatz	24·52	1·2
„ Tee, Kakao, Schokolade	8·48	0·4
„ Milch	91·45	4·8
„ übrige Getränke im Hause	30·19	1·6
„ sonstige Nahrungsmittel	1·88	0·1
„ Zigarren und Tabak	22·13	1·1
„ Ausgaben in Gastwirtschaften	61·88	3·3

Bei der Vielseitigkeit der Ausgaben für Nahrungsmittel, dem sich kreuzenden Steigen und Fallen der verschiedenen Warenpreise wird es recht schwer sein, den richtigen Reallohn zu berechnen. Und weiter: Die Ausgaben für wichtige Nahrungsmittel, wie Fleisch, Brot und Milch, sind wohl beträchtlich, sie machen aber doch kaum ein Viertel der Gesamtausgaben aus. Das scheint uns ausschlaggebend zu sein. In Wahrheit hat der gewerkschaftliche Kampf den Arbeitern schon viel mehr errungen, als die mühselige Behauptung des Lebens Notdurft.

Es widerspricht mithin dem Wesen unseres ganzen bisher geführten Gewerkschaftskampfes, uns lediglich damit zu begnügen, das Schwergewicht der Aktion auf die Erhaltung der gegebenen Lebenshaltung der Arbeiter zu legen. Nichts anderes bedeutete aber die Verwirklichung des Braunschen Vorschlages. Er zieht, unseres Erachtens, die Grenzen der gewerkschaftlichen Macht zu enge. Wir müssen — und dürfen es nach den Erfolgen der letzten Jahre mit gutem Rechte — an die Stosskraft der Gewerkschaftsbewegung glauben, die keine Sisyphusarbeit verrichtet, sondern imstande ist, positive Erfolge für die Arbeiter zu erringen.

Der friedlich garantierte Reallohn, der eine Hemmung im Angriff bedeutet, würde den Tarifvertrag vom Diener der Gewerkschaftsbewegung zu ihrem Herrn erheben. Das Bestehende sichergestellt zu haben, wäre unseres Strebens vornehmstes Ziel.

Man könnte, wie wir glauben, zum Vorschlag des Genossen Braun nur als Anhänger des Lassalleschen „ehernen Lohngesetzes“ kommen. Wenn man von der Ueberzeugung ausgeht, dass über eine enge gesteckte Grenze hinaus die Lebenshaltung der Arbeiter im kapitalistischen Staate nicht erhöhbar ist, dann bliebe freilich nichts anderes übrig, als dem Verteidigungskrieg die vornehmste Rolle zuzuweisen. Weil wir aber meinen, dass bei aller Unmöglichkeit, den Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gänzlich vom Joche der Ausbeutung zu befreien, doch auch heute schon Wege zu einer höheren Lebenshaltung emporführen, glauben wir den Gewerkschaften eine angriffsfreudigere Taktik zuzusprechen zu dürfen.

Adolf Braun: Die Gewerkschaften und der Kampf gegen die Teuerung

Jenseits der Grenzen der gewerkschaftlichen Macht soll nach der Meinung von Julius Deutsch die Anwendung der von mir empfohlenen gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen die Teuerung liegen.

Ich bin mit Genossen Deutsch durchaus einig, dass es Grenzen der Gewerkschaftsbewegung gibt, und dass es sehr bedenklich ist, den Gewerkschaften Aufgaben zuzumuten, die sie nicht zu erfüllen vermögen. Die heute selbst von bürgerlichen Politikern und Oekonomen nur noch selten gewagte Empfehlung einer Konzentration der Arbeiter auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben, ist heute für die Arbeiter der meisten Länder ein glücklicherweise überwundener Standpunkt. Wir alle wissen, dass es Grenzen der Gewerkschaftsbewegung gibt, dass die Errungenschaften, die mit den gewerkschaftlichen Kampfmitteln möglich sind, den Arbeiter nicht wunschlos zu machen vermögen, dass politischer Kampf, politisches Wollen und Tun die Arbeit der Gewerkschaften ergänzen müssen. Aber die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung sind noch nicht festgezogen. Ich glaube, dass sie so weit hinausgerückt werden müssen, als dies irgend möglich ist, dass die Arbeiter alles, was sie mit den gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu erzielen vermögen, auch mit ihnen zu erreichen suchen müssen. Die höchste Leistungsfähigkeit und die vollendete Schlagfertigkeit unseres gesamten Arsenal ist zu erstreben. Wer die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung verfolgt hat, weiss, dass uns heute vieles erreichbar erscheint, was im Kreise der Gewerkschaften vor einem Menschenalter nicht erstrebt werden konnte. Deshalb schon wäre die Ansicht verfehlt, dass wir alles schon erreicht haben, was mit den gegenwärtig vorhandenen Mitteln der Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen möglich ist. Erwägen wir endlich, dass der Kreis der für die Gewerkschaft zu gewinnenden Arbeiter noch ausserordentlich gross ist, und dass die Leistungen der den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter noch in hohem Masse zu steigern sind, wobei durchaus nicht in erster Linie an finanzielle Leistungen gedacht werden muss, so dürfen wir Erfolge der Gewerkschaften auf alten und neuen Gebieten für möglich halten, die das bisher Erreichte in den Schatten stellen werden. Manche kommen viel eher in die Gefahr, zu kleinmütig als zu phantastisch die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zu werten. Es muss die Arbeiter beleidigen, wenn man ihr Wirken zu sehr einzuengen oder wenn man sie gar mutlos zu machen sucht.

In den weiten Gebieten der Arbeiterpolitik wird man vielfach zu einer natürlichen Scheidung des gewerkschaftlichen und politischen Gebietes gelangen. Die Ausdehnung der politischen Rechte, die Verbesserung, Verallgemeinerung und Demokratisierung des Schulwesens, ein gerechtes Steuersystem, die Trennung von Kirche und Schule, von Kirche und Staat, die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und vieles andere wird sich naturgemäss als Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung ergeben, wenn auch gewerkschaftliche Interessen durch den Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen nicht unberührt bleiben. Dagegen gibt es ganz bedeutsame Arbeiterforderungen, wo auf verschiedenen Wegen mit besonders gearteten Kampfmitteln die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung den gleichen Zielen zustrebt, so bei der Verkürzung der Arbeitszeit, bei der Erhöhung der Löhne, bei der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, beim Ausschluss von Kindern, jungen Leuten, Frauen, insbesondere schwangeren von bestimmten Beschäftigungen.

Oft erscheint es schwer, ja unmöglich, die Grenzen zu ziehen. Sehen wir in der Eroberung der sozialistischen Gesellschaft und in einer Reihe von Gegenwartsforderungen, von denen wir einige beispielsweise angeführt haben, Domänen der politischen Arbeiterbewegung, so ergibt sich oft unvermeidlich im engsten Rahmen wirtschaftlicher Arbeiterpolitik ein Zusammenstossen gewerkschaftlicher und politischer Aufgaben. Heute interessiert uns in Amerika sowie in Deutschland, nirgends aber mehr als in Oesterreich das so schwere Problem der Teuerung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine mächtige politische Arbeiterbewegung die Teuerung in ihren Ursachen bekämpfen kann, durch Niederringung der schutzzöllnerischen Politik, durch Ersetzung indirekter Steuern durch direkte, durch staatliche Hemmung oder Aufsaugung privatmonopolistischer Gebilde, der Handels- und Produktionsvereinigungen, Ringe und Kartelle oder gar der Trusts. Es wäre aber verfehlt, den Kampf gegen die Teuerung lediglich als eine Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung zu betrachten, und deshalb an der Grenze dieses Gebietes den Gewerkschaften eine Mauer zu bauen, die zu überschreiten ihnen nicht zieme. Niemand leugnet die Aufgaben der politischen Arbeiterbewegung der Teuerung gegenüber, aber wir sind uns klar, dass die politische Arbeiterbewegung

vorerst der Teuerung fast ohnmächtig gegenübersteht. Deshalb erscheint als eine dringliche Aufgabe die Untersuchung, ob den Arbeitern nicht andere als rein politische Mittel zur Verfügung stehen, die ausserordentlich schwer empfundene Teuerung vom Arbeiterhaushalte fernzuhalten. Wir wissen, dass unsere Genossenschaften hier grosse und bedeutsame Aufgaben haben, wir verkennen aber nicht, dass die Genossenschaften allein dieser grossen Aufgabe nicht gerecht zu werden vermögen. Da haben wir nun zu untersuchen, ob sich nicht auch auf diesem Gebiete bedeutungsvolle Aufgaben für die Gewerkschaften ergeben. Dabei ist freilich zu unterscheiden, ob unsere Gewerkschaften schon heute, was wir für die meisten leider bestreiten müssen, fähig sind, diesen Aufgaben gerecht zu werden, oder ob sich gar Grenzen ergeben, die den Gewerkschaften den Kampf gegen die Teuerung überhaupt unmöglich machen.

Julius Deutsch wendet gegen meine Ausführungen zum Teil halb vergessene Argumente an, die jeder aus der Periode kennt, die der Klärung der Ansichten über das Wesen der Tarifverträge und ihren Wert für die Arbeiterschaft vorangegangen ist. Er behauptet, dass ich die Ersetzung des gewerkschaftlichen Kampfes durch friedliche Vereinbarungen predige. Hier liegt ein Missverständnis vor, auf das er eine weitgesponnene Polemik gegen mich aufbaut. Dass ich die Tarifverträge als Urkunden von Waffenstillständen und nicht als Friedensdokumente auffasse, sollte diesem genauen Kenner der Tarifvertragsliteratur von Fanny Imle bis Adolf Braun nicht entgangen sein. Ich will durchaus nichts ändern an dem System der Tarifverträge, wie sie heute abgeschlossen werden, ich will nur im Rahmen dieser Tarifverträge die Wirkungen der Preisschwankungen von den Arbeitern auf die Unternehmer abwälzen.

So wie Tarifverträge für die hierdurch nicht gebundene Arbeiterschaft die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel offen lassen, so würden auch künftig, wenn meine Vorschläge sich durchsetzen würden, die Schwankungen des Geldwertes zu Streiks und sonstigen Lohnbewegungen führen. Ja, ich muss einigermaßen erstaunt sein, dass Julius Deutsch nicht einen entgegengesetzten Vorwurf mir macht, dass ich die Kämpfe der Gewerkschaften verschärfen, den Friedensschluss erschweren will, indem ich zu den alten Kampfobjekten noch ein neues hinzufüge.

Julius Deutsch stellt sich auf den Standpunkt der alten Tarifgegner, dass der Interessengegensatz ausgeschaltet wird durch den Abschluss von Tarifen. Ich darf mich vielleicht selbst zitieren, um zu zeigen, wie durchaus unrichtig Deutsch meine Stellung zu den Tarifverträgen einschätzt. Mein kleines Buch über „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“ schliesse ich mit den nachstehenden Absätzen, zu denen ich mich heute durchaus bekenne, und die ich mit keinem Worte in meinen Darlegungen im „Kampf“ verleugnet habe:

Keiner gefährlicheren Täuschung könnten sich die Arbeiter hingeben, als wenn sie in den Tarifverträgen den Anbruch einer Periode des sozialen Friedens, eines Ausgleiches von Unternehmerinteressen und Arbeiterbestrebungen sehen würden. Die mit jedem Tage neu sich mehrenden Ursachen des Klassenkampfes können nicht ausgeglichen werden durch Tarifverträge. Unsere gewerkschaftlichen Wünsche sind damit nicht erledigt, auch nicht für die Zeit der Tariffdauer; die wirtschaftlichen Schädigungen der Arbeiter durch den Kapitalismus, unser allgemeines Streben, die uns zu Gegnern der heutigen wirtschaftlichen Ordnung machen, werden durch die Tarifverträge völlig unberührt gelassen.

Mögen zurückgebliebene Arbeiterschichten in den Tarifverträgen das Ziel der Arbeiterbewegung sehen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Proletarier werden nüchtern und gerecht die Bedeutung der Tarifverträge abschätzen und werten, sie werden sich aber vor jeder Uebertreibung ihrer Bedeutung hüten, sich in ihren Zielen und Streben durch die Tatsache der Tarifverträge nicht beirren lassen.

Wichtig erscheint die Erörterung, ob meine Vorschläge überhaupt durchsetzbar sind. Deutsch fürchtet von meinen Vorschlägen, dass sie den erbittertsten Widerstand der Unternehmer hervorrufen werden. Bei der heutigen Taktik des Unternehmertums, bei seinem schroffen Klassenkampfstandpunkt, bei seiner systematischen Abwehr jeder Arbeiterforderung rechnen wir in der Praxis stets mit dem erbittertsten Widerstand der Unternehmer. Jedenfalls haben wir hierzu von Jahr zu Jahr mehr Anlass gehabt, eine Abschwächung dieser Tendenzen ist in absehbarer Zukunft kaum zu beobachten. Diese Einsicht sollte uns bewegen, innerhalb der Grenzen der Gewerkschaftsbewegung und innerhalb des in einem Wirtschaftsgebiete Durchsetzbaren alles Erreich-

bare mit der grössten Energie zu fordern. Die Unternehmer sehen in jeder Arbeiterforderung einen Teil des allgemeinen Strebens, die Mehrwertaneignung einzuengen, den Anteil des Produktionsfaktors Arbeit zu steigern, vulgärökonomisch gesprochen, den Profit herunterzudrücken, den Anteil des Unternehmers am Produktionsergebnisse immer kleiner werden zu lassen. Jede Geldlohnsteigerung erscheint den Unternehmern unzulässig, ruft ihren Widerstand hervor, schmiedet ihre Solidarität fester. Den Unternehmern liegt es in der Regel durchaus ferne, die tatsächlichen oder ihrer Meinung nach nur vorgeblichen Motive der Arbeiterforderungen zu prüfen. Sie werten natürlich die Forderungen der Arbeiter nicht nach ethischen Motiven, ebensowenig nach den Bedürfnissen des Arbeiters, oder gar seiner Familie; ohne lange Ueberlegung stellen sie, einer ungeheuer einfachen Erwägung folgend, schablonenhaft fest, die Arbeiter wollen wieder mehr haben und wir wollen es ihnen nicht gewähren. Niemals kann es eine Rücksicht auf die Unternehmer sein, die uns an eine Einengung der Arbeiterforderungen denken lassen kann. Jede Arbeiterforderung muss mit dem Widerstand der Unternehmer rechnen, wir werden gerade deshalb so viel fordern, als überhaupt durchsetzbar ist.

Selbstverständlich bin ich mir klar, dass die Durchsetzung dieser neuen gewerkschaftlichen Taktik ohne die heftigsten Kämpfe und ohne eine erhebliche Stärkung der Gewerkschaften nicht möglich sein wird. Julius Deutsch bestätigt trotz der polemischen Form diese wie viele andere Ausführungen meiner Abhandlung. Desto unverständlicher erscheint es uns, wenn er in meinen Forderungen eine Hemmung des Angriffskampfes des Proletariats sieht. Ganz im Gegenteil würde schon das Streben in der Richtung der von mir vorgeschlagenen Taktik ein neuer Anstoss zur Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, zu ihrer gesteigerten Kampffähigkeit, zu wachsenden Rekrutierungsmassnahmen unter den Indifferenten, zu einer erhöhten Schulung der Mitglieder sein.

Nichts ist gefährlicher in der Arbeiterbewegung als das Einrosten, das Schablonisieren, das Bürokratisieren. Wer sich, wie Julius Deutsch und ich, die Mühe genommen hat, die alten Urkunden der Gewerkschaftsbewegung durchzulesen, merkt oft mit Erstaunen, wie in den Jahren vor der Krise von 1873 mit oft wörtlich gleichen Begründungen, mit dem Hinweis auf die Steigerung der Lebensmittelpreise, auf das Anschwellen der Wohnungskosten die Forderung nach höheren Löhnen begründet wurde. Ich bin der letzte, der etwa leugnen wollte, dass diese Begründungen damals wie heute nicht durchaus berechtigt wären, aber es ist natürlich eine Gefahr, in der Begründung der Forderungen, wie in ihrer Formulierung in eine eintönige Schablonenhaftigkeit zu verfallen. Die Abwehr jedes neuen Gedankens für die gewerkschaftliche Taktik, der konservative Zug, der die Ausführungen des Genossen Deutsch auszeichnet, scheint mir für die innere und äussere Entfaltung der Kräfte der Gewerkschaften nicht vorteilhaft zu sein.

Es ist mir selbstverständlich durchaus klar, dass, was ich den Gewerkschaften vorschlage, nur nach reiflichster Ueberlegung, nach genauester Abwägung aller ihrer Kräfte und ihrer Gegner in Angriff genommen werden darf, und dass man auch dann damit rechnen muss, dass nicht auf friedlichem Wege, sondern bloss als Ergebnis schwerer und langwieriger Kämpfe durchgesetzt werden kann, was ich als wünschenswert bezeichne. Leider wurde ich von Genossen Deutsch missverstanden, glaubt er doch, dass ich meine Vorschläge auf friedlichem Wege durchsetzbar erachte.

Die Nebentendenz, die ich verfolge, die Unternehmer in eine antiagrarisches Politik hineinzuzwingen, scheint Genosse Deutsch zu billigen, aber nicht für aussichtsvoll zu erachten. Er meint, dass der Unternehmer jedem Kampfe womöglich ausweicht. Gesetzt den Fall, dass Deutsch vollständig im Rechte sei, so würde ja damit nur eine neue Begründung für meine Vorschläge geschaffen sein, dass man die Unternehmer in diesen Kampf hineinpeitschen muss, wenn sie ihre wirtschaftliche Macht im industriestaatlichen Interesse nicht aus eigener Initiative ausnützen.

Deutsch widerlegt seine Einwendungen gegen mich selbst zum Teil, wenn er auf die Stärke der Preisschwankungen hinweist. Er verweist damit auch auf die unerhörte Unsicherheit der Existenz des Arbeiters, auf die Unmöglichkeit, eine bestimmte Lebenshaltung dem Arbeiter unter den gegenwärtigen reinen Geldlohnverhältnissen zu

sichern. Er müsste eigentlich zugestehen, dass ich nur einen Teil der Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen bemüht war, indem ich mich nicht auf überaus komplizierte und praktisch vorerst nicht in Betracht zu ziehende Berücksichtigung aller Schwankungen einliess, sondern nur einen Anfang gemacht habe, um mit dem Prinzip des absoluten Geldlohnes zu brechen. Natürlich habe ich gar nichts einzuwenden, dass man etwa die Kartoffeln oder einen anderen, für den Haushalt der Arbeiter besonders wichtigen Ausgabeposten mit in die Berechnung ziehen will. Den naheliegenden Gedanken, mit genauen Haushaltsrechnungen der Arbeiter zu operieren, habe ich vermieden, weil hier ein zu subjektiver, der Kontrolle des Unternehmers nicht unterliegender Faktor in die Abmachungen hineingebracht würde.

Julius Deutsch verweist auf die zahlreichen Preisschwankungen in kurzen Perioden; dass diese eine richtige Preisstatistik feststellen kann, bedarf keiner Darlegung, ebenso wenig, dass mein Vorschlag eine grosse Anpassungsfähigkeit besitzt.

Genosse Deutsch fürchtet sich vor den zahlreichen Schiedsgerichten, die mein Vorschlag im Gefolge hätte. Es ist aber deutlich in meinem Entwurf gesagt, dass in vierteljährigen Zwischenräumen, und zwar nur auf Verlangen einer vertragschliessenden Partei das Schiedsgericht zusammentreten hätte. Wenn das auch für jeden Ort geschehen würde, so schien mir das kein Unglück. Die Gerichte tagen täglich, sie urteilen allwöchentlich in Tausenden Fällen über private Differenzen ohne jede soziale Bedeutung. Warum sollen wir es schmerzlich empfinden, wenn für eine so hohe soziale Aufgabe wie die Nichthinunterdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter viermal im Jahre Unternehmer und Arbeiter zusammentreten würden? Wir fordern wirklich schwierigere und kompliziertere Dinge.

Der bedeutungsvollste Einwand von Deutsch ist der, dass die Arbeiter durch den Rückgang der Warenpreise leiden könnten. Hierauf ist zu erwidern: dass gerade bei voller Erkenntnis der Unterscheidungen von Reallohn und Geldlohn ein Rückgang des Geldlohnes die Arbeiter nicht so schmerzhaft treffen würde, er von ihnen vorausgesehen und auch verstanden würde. Die Kombination einer Reihe von Konsumgegenständen als Unterlagen für die Berechnung eines Teiles des Lohnes, die Entwicklung des indirekten Steuerwesens, die Kartelle und Preiskonventionen, die Langfristigkeit der Handelsverträge lassen ein Zurückgehen des Geldlohnes sehr wenig wahrscheinlich erscheinen. Selbst wenn der unwahrscheinliche Fall der Geldlohnabnahme bei unverändertem Reallohn nicht nur für kürzere Zeit eintreten sollte, erschiene mir dieses Risiko für den Arbeiter viel leichter zu tragen als der gegenwärtige Zustand fast unausgesetzten Sinkens des Reallohnes bei steigendem Geldlohn.

Unverständlich ist es mir, dass mir Genosse Deutsch zumutet, lediglich die gegebene Lebenshaltung der Arbeiter erhalten zu wollen. Schon mein Beispiel müsste ihn doch belehren, dass ich selbst unter der Herrschaft eines Tarifs ununterbrochene Erhöhungen des Geldlohnes wie des Reallohnes anstrebe. Im Wesen des Tarifvertrages liegt nicht bloss die einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen, sondern auch die zeitliche Begrenzung des Vertragsverhältnisses. In den Begriffserklärungen für den Tarifvertrag findet sich diese fast stets. Beim Abschluss jedes Tarifvertrages erörtern wir die Vorteile kürzerer oder längerer Geltung. Es geschieht dies von den Arbeitern doch immer in der Erwägung, dass nach Ablauf des Tarifvertrages günstigere Bedingungen für die Arbeiter durchgesetzt werden sollen. Mein ganzer Gedankengang rechnet mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen. Da ich hoffe, dass Freund Julius Deutsch mit mir in den Gewerkschaften dauernde Verbindungen von Lohnarbeitern des gleichen Berufes zum Zwecke der Aufrechterhaltung und der Besserung ihrer Arbeitsbedingungen versteht, dürfte er mir auch nicht die Absicht zumuten, dass ich bloss die gegebene Lebenshaltung der Arbeiter zu erhalten strebe. So erübrigt sich, ein Wort wider die Vermutung Deutsch' zu sagen, dass ich ein Anhänger des ehernen Lohngesetzes von Lassalle sei. Natürlich freue ich mich, dass sich Genosse Deutsch als einen besseren Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung bezeichnet, als ich von ihm eingeschätzt werde. Ich weiss zwar nicht, was ihn in der Bekämpfung meiner Ausführungen zu dieser Bemerkung veranlasst hat. Dagegen zu polemisieren erscheint mir ebensowenig erforderlich als gegen die Theorie, dass die Garantie des Reallohnes die Kämpfe mit

den Arbeitern aufhören lassen wird. Das erzählte man schon, als die Buchdrucker mit ihren Tarifverträgen allein standen und deswegen von den übrigen Gewerkschaften stark angegriffen wurden. Deutsch geht noch weiter, er meint die Garantierung des Reallohnes hebt für die Unternehmer den Antrieb zum Widerstand gegen die Agrarier auf. Das ist die Aufstellung einer Behauptung, für die von ihm selbst der Versuch eines Beweises unterlassen wird. Ebenso unbegründet erscheint mir die Behauptung von Deutsch, dass man den Arbeitern das Interesse nehmen würde, die Agrarier künftighin zu bekämpfen. Die Gegensätze des städtischen Proletariats zum ländlichen Besitzertum sind durch so mannigfache Umstände, durch so weitgehende Verschiedenheiten der Auffassungen von Staat und Gesellschaft, von Schule und Kirche, von wirtschaftlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichem Gesichtskreis bestimmt, dass Genosse Deutsch durchaus über das Fortbestehen des Gegensatzes beruhigt sein darf, selbst wenn meinen Vorschlägen praktischer Erfolg würde.

* * *

In der staatlichen Lohnregulierung der Arbeiter im Salzkammergute finden wir löhnungsmethodisch überaus interessante Versuche der Anpassung des reinen Geldlohnes an die Preisschwankungen des Getreides. Es wird hierüber noch besonders zu handeln sein.

Die Einwirkung der Zolltarife auf den Reallohn der Arbeiter ist Gegenstand der Erörterung in allen Parlamenten, in denen die Arbeiterschaft Vertreter ihrer Interessen besitzt. Die letzten Zolldebatten fanden in der französischen Deputiertenkammer in den letzten Tagen des Jahres 1909 statt. Genosse Eduard Vaillant erörterte die Wirkung der Preiserhöhungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Er beantragte unter anderem nachstehende Abänderung der Regierungsvorlage über die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 11. Jänner 1892:

In allen Industrien, Handelsgeschäften etc., die durch den Zolltarif oder sonstige Schutzmassnahmen Vorteile geniessen, dürfen die Arbeiter und Angestellten nicht länger als 8 Stunden im Tag, beziehentlich 48 Stunden in der Woche arbeiten. Sie müssen zum mindesten eine 36stündige ununterbrochene Ruhezeit haben. Es wird für sie durch gemeinsame Entscheidung ihrer Gewerkschaften und der Unternehmer ein Lohnminimum festgesetzt unter Berücksichtigung der örtlich üblichen Lebenshaltung der Arbeiter.

Dieses Lohnminimum wird festgelegt für ein Drittel und bleibt beweglich für zwei Drittel seines Betrages, von denen angenommen wird, dass sie in Beziehung stehen mit den vor allen beweglichen Ausgaben der hauptsächlichsten Ernährung (Brot, Fleisch, Milch, Zucker), der Beleuchtung und Beheizung, deren genaue örtliche Feststellung durch eine für diesen Zweck einzurichtende Statistik zu geschehen hat.

Vierteljährig wird eine Entscheidung der Gewerbegerichte in jeder Gegend erfolgen, die in Beziehung auf die Detailhandelspreise eine Steigerung der beweglichen zwei Drittel des Lohnes der angestellten Arbeiter auszusprechen haben wird.

Ohne irgend ein Hemmnis für die Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung jedes Landes eintreten zu lassen, soll in jedem Handelsvertragsabkommen ein gemeinsames Mindestmass der Arbeitsbedingungen in den vertragschliessenden Ländern und der Arbeiterschutzgesetzgebung festgestellt werden nach den Bestimmungen des fortgeschrittenen Landes.

Vaillant begründete diesen Antrag in einer längeren Rede*. Er setzte auseinander, wie die indirekten Steuern und die Zölle die Preise der Lebensmittel erhöhen, beziehentlich die Kaufkraft der Löhne hinunterdrücken. Zu den Vorschlägen über die Lohnfeststellungen bezieht er sich ausdrücklich auf die Ausführungen von Adolf Braun in der Dezembernummer des „Kampf“. Nachdem er den Gedanken meiner Abhandlung auseinandergesetzt hat, erklärt er, dass ihm dieses System sehr vorteilhaft erscheint. Dann fährt er, wir übersetzen möglichst genau, folgendermassen fort:

Dieses System Adolf Brauns² erscheint mir vortrefflich. Es schützt den Arbeiter vor einer Steigerung der Kosten seines Lebensunterhaltes und ermöglicht zugleich dieser Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, eine Kontrolle, die ihre Tätigkeit und Organisation in nachhaltig günstiger Weise beeinflussen müsste. Bei dieser Sachlage glaube ich diese Frage zur Erörterung stellen zu sollen. Sie ist gewissermassen wichtig für die Verwirklichung eines Mindestlohnes wie für dessen Entwicklung parallel zur Verteuerung des Lebensunterhaltes, derart nämlich: dass der Geldlohn sich möglichst dem Sachlohn annähere, und zwar unter Ueberwachung der Arbeiterklase und der Arbeiterklasse und der Organisationen derselben. Diese hätten darüber zu wachen, dass das Gesetz

* Chambre des Deputés. — 1. Seance, du 29. Decembre 1909. SS 3857 ff. des stenographischen Protokolls.

tatsächlich so zur Durchführung gelange, wie mein von Brauns Ausführungen angeregtes Amendement es anstrebt. Auf diese Weise würde jede Lohnverminderung hintangehalten und jegliche Vermehrung der Kosten des Lebensunterhaltes wäre von einer parallelen Lohnsteigerung begleitet.

Eine zweite Rede über diesen Gegenstand schloss Genosse Vaillant mit einer Empfehlung seines Antrages, wobei er betonte, dass seine auf dem Vorschlag von Adolf Braun beruhenden Anträge dem Studium der Zollkommission zu empfehlen seien und die Aufmerksamkeit der Deputiertenkammer wie der Arbeiter verdienen.¹

* * *

Ich bin überzeugt, dass die Stosskraft der Gewerkschaften erheblich gesteigert, dass die Wirkung ihrer Errungenschaften für die Arbeiter weit fühlbarer, dass der Kreis ihrer Betätigung erheblich ausgedehnt würde, dass neues Leben, neue Tatkraft, grössere Hoffnung die Gewerkschaften erfüllen würde, wenn meine Vorschläge von den Gewerkschaften ernstlich ins Auge gefasst würden. Nicht eine Unterschätzung der Gewerkschaften kann mir zur Schuld gelegt werden, ganz im Gegenteil, erkenne ich gerade mit meinen Vorschlägen die gewaltige und noch lange nicht erschöpfte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften an. Ich weiss, dass die Gewerkschaften Waffe und Wehr der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind, ich weiss aber auch, dass die Gewerkschaften nicht die Mittel besitzen, die soziale Frage zu lösen, dass sie niemals unser Sehnen nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, unsere Kämpfe gegen den Kapitalismus, unser Wirken als Sozialdemokraten überflüssig machen werden. Grenzen der Gewerkschaftsbewegung wird jeder geschulte Sozialdemokrat zugestehen, aber diese Gemeinsamkeit des Standpunktes lässt sehr weiten Spielraum zu über den Umfang der gewerkschaftlichen Betätigung. Sie würde meines Erachtens gewaltig ausgeweitet werden, wenn meine Vorschläge von den Gewerkschaften angenommen würden, wenn alles geschähe, um sie verwirklichen zu können. Julius Deutsch ist anderer Meinung, der genaue Leser unserer Ausführungen treffe die Entscheidung.

Adelheid Popp: Die Frauenarbeit in Oesterreich

Wer sich berufsmässig oder aus Interesse fortgesetzt mit dem Problem der Frauenarbeit beschäftigt, steht immer wieder vor neuen Schwierigkeiten. Immer wieder scheint es, als wäre diese tief in das Familien- und Gesellschaftsleben eingreifende Frage überhaupt nicht zu lösen, als müsse man alles seinen Gang gehen lassen. Da plötzlich erscheint ein Buch, das uns die „Lösung bringt“*. Gewidmet ist das Buch der Erbprinzessin Schwarzenberg-Trauttmansdorff. Damit steht man vor einem neuen Problem, denn man fragt sich, in welchen Beziehungen eine der reichsten Aristokratinnen Oesterreichs zur Frauenarbeit stehen mag. Auf den ersten Blick interessiert uns das Buch. Eine wissenschaftliche Arbeit, denkt man voll Respekt. Denn Zahlen und statistische Tabellen sehen wir auf allen Seiten.

Die Berufe werden aufgezählt, in denen Frauen arbeiten. Die Zahl der Beschäftigten, ihr Prozentverhältnis zu den männlichen Arbeitern, die Tabellen der Arbeitsvermittlung, nach Angebot und Nachfrage geordnet, und selbst unsere Exportverhältnisse werden ziffernmässig dargestellt. Eine imponierende Leistung, ist unser erstes Gefühl und wir forschen genauer. Die Intelligenzberufe, soweit Künstlerinnen etc., in Betracht kommen, interessieren uns hier weniger, das ist nicht der Kern der Frauenarbeit. Aber wir merken an vielen Stellen, dass die Verfasserin den Zudrang der Frauen zu diesen Berufen nicht gerne sieht. Sie konstatiert das Ueberangebot an Lehrerinnen, Handlungsgehilfinnen, Kanzleibeamtinnen u. s. w. Wir stossen auf manche Aeusserung, die treffend die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte aufzeigt. Die Verfasserin findet, dass die Vorbildung der Frauen eine zu mangelhafte ist, daher

* Frauenarbeit in Oesterreich. Von Kamilla Theimer. Wien 1909. Im Selbstverlage der Verfasserin.

ihre niedrigere Bezahlung. Das ist richtig, es erklärt aber die Ausbeutung der Frauen nur zum Teil. Wir kennen Beispiele, dass die Frauenarbeit auch dort schlechter bezahlt wird, wo sie der Männerarbeit qualitativ und quantitativ gleichwertig ist. Man muss also nach anderen Gründen suchen und wir finden sie in der anerzogenen Bedürfnislosigkeit der Frauen, in der Tatsache, dass die Frauen darauf dressiert sind, ihre Leistungen selber geringer einzuschätzen als die ihrer männlichen Kollegen und in dem weiteren Umstand, dass sie noch immer die Berufsarbeit als Uebergangsstadium betrachten. Wir kommen dadurch zu dem Schlusse, dass für die Frauen mehr Bildung, mehr Unterricht notwendig ist. Fräulein Theimer kommt zu dem entgegengesetzten Ergebnis. Ihr erscheinen die vielen Bildungs- und Frauenrechtsbestrebungen als ein Uebel. Sie fordert die Abschaffung des „pädagogisch-didaktischen Wechselbalges“, genannt „Mädchenlyzeum“. Für die Errichtung neuer Mädchengymnasien und Gymnasialkursen für Mädchen verlangt sie die grösstmöglichen Schwierigkeiten. Zur Verminderung des ungeheueren Andranges von Frauen zum Beruf der Postbeamtin, schlägt sie die Auflassung der zwei letzten Rangklassen vor. Sie verlangt einen „numerus clausus“ — in „Flammenschrift“ — für die ordentlichen Hörerinnen an den Universitäten, bei der Zulassung von Kandidatinnen zur Postoffiziantinnenprüfung und auch bei allen anderen Intelligenzberufen. Diese reaktionäre Anschauung kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Wenn auch die Zahl der Proletariertöchter, die den Intelligenzberufen zustreben können, verschwindend klein ist, so verwahren wir uns doch dagegen, dass ihnen nur die Berufe der städtischen oder ländlichen Dienstboten oder der Handarbeiterin offen bleiben sollen. Würde die Zahl der Frauen bei den Intelligenzberufen beschränkt, dann würden selbstverständlich die geringer vorgebildeten und protektionslosen Proletariertöchter davon betroffen werden. Freilich verlangt Fräulein Theimer im Zusammenhange dieser Ausführungen staatliche Mädchenhandelsschulen und Mädchenhandelsakademien und für Mädchen, die zwei Jahre eine Handelsschule besucht haben, noch eine zweijährige Lehrzeit. Für Mädchen, die keine Handelsschule besucht haben, soll die Lehrzeit im Handel vier Jahre betragen. An Stelle von Aerztinnen, die „kein dringendes Bedürfnis sind“, verlangt sie tüchtige, auf der Höhe der Zeit stehende Hebammen. Die wollen wir selbstverständlich auch. Die Aerztinnen mögen für Fräulein Theimer und Damen, wie die Erbprinzessin Schwarzenberg, kein dringendes Bedürfnis sein, die Arbeiterinnen verlangen dringend nach ihnen.

Gegen die Intelligenzberufe und für die Vermehrung der ländlichen Dienstboten sowie für die Förderung der Handarbeit tritt das Programm von Fräulein Theimer ein. Sie spricht über die Schrecken der Landflucht und macht auch hier Vorschläge. Mit den Zahlen, die sie hier anführt, befindet sie sich im Irrtum. Sie zeigt in der Tabelle auf Seite 147, dass in der Landwirtschaft die Zahl der Arbeiterinnen von 1890 bis 1900 um 84·1 Prozent gesunken sei. In der Industrie um 12·6 Prozent. Nun kann es leicht geschehen, dass jemand, der nicht gewohnt ist, mit Tabellen zu arbeiten, einem Irrtum unterliegt. Dieser Irrtum aber ist zu krass. Wenn man sich mit der Frauenarbeit beschäftigt, muss man sofort bei einem solchen Ergebnis stutzig werden. Wo wären diese Frauen hingekommen? Wir wissen doch, dass die Frauenarbeit noch immer im Zunehmen begriffen ist. Es mag einmal ein kleiner Rückgang zu beobachten sein, aber ein so ungeheurer ist doch nicht denkbar. In diesem Falle verhielt es sich so, dass bei der Zählung im Jahre 1900 neben den Kategorien der Selbständigen, Angestellten, Arbeiter und Tagelöhner auch noch speziell die „mithelfenden Familienangehörigen“ angeführt worden sind. Im Jahre 1890 wurden sie zum grössten Teil unter den „Arbeitern“ ausgewiesen. Zieht man aus dieser verschiedenen Einteilung der Gezählten den richtigen Schluss, so ergibt sich, dass die Abnahme der Arbeiterinnen bei der Landwirtschaft nicht 84·1 Prozent, sondern 4·6 Prozent beträgt. In der Industrie statt 12·6 Prozent nur 0·23 Prozent.

Im Handel und Verkehr verwandelt sich die von Fräulein Theimer konstatierte Abnahme von 32·9 Prozent in eine Zunahme von 24·4 Prozent.

Fräulein Theimer weist dann selbst auf diese Tatsache hin; wozu aber die irreführende Tabelle, die ja gar nichts beweist? So erbarmungswürdig ist also die Land-

wirtschaft doch nicht. Die Abnahme von 4,6 Prozent ländlicher Arbeiterinnen ist wohl zum grössten Teil auf die Landflucht der eigenen Kinder der Bauern zurückzuführen. Erzählt uns doch die Verfasserin selbst, wie auch in den Bauertöchtern der Drang wirkt, etwas „Besseres“, ein „Fräulein“ zu werden. Der Landwirtschaft soll aber geholfen werden. In den Mitteln trifft sich Fräulein Theimer mit den bewährtesten Klerikalen und Christlichsozialen. Sie plädiert für die sechsjährige Schulpflicht auf dem Lande. Sie nennt es selbst ein „kühnes Unterfangen“, in das Reichsvolksschulgesetz Bresche legen zu wollen. Aber sie wagt es mit Berufung auf — Goethe! Um des Dichters Wort über die Erziehung wahr zu machen, tritt sie für die Herabsetzung der Schulpflicht ein.

Um das Unterrichtsziel in sechs Jahren zu erreichen, fordert sie eine Reform des Unterrichtsplanes. An der Religion will sie nicht rütteln, denn diese ist „zum Politikum geworden“. Also müssen die Realien daran. Rechnen, Geometrie, Geographie, Geschichte, Naturlehre und Naturgeschichte sollen eingeschränkt werden. Nicht verschweigen wollen wir, dass sie auch für überflüssig hält, dass im Geschichtsunterricht die Lebensgeschichte aller Babenberger gelehrt wird. Da sind wir einig. Wir gehen sogar noch weiter.

Naturgeschichte soll als selbständiger Gegenstand gar nicht, sondern nur in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Unterricht, den sie anstrebt, erteilt werden. Auch in den Stadtschulen, für die die Verfasserin die achtjährige Schulpflicht beibehalten will, befürwortet sie diese Einschränkungen im Unterricht. Einen grossen Raum will sie auf dem Lande dem Unterricht in der Landwirtschaft, in der Stadt der Haushaltungskunde zuweisen. Dagegen lässt sich in den oberen Klassen nichts einwenden, jedoch wünschen wir diesen Unterricht auf Kosten des am wenigsten nutzbringenden Gegenstandes, auf Kosten der Religion. Diese mag ein Ziel privater Bestrebungen sein. Unwillkürlich denken wir an Pater Bauchinger im niederösterreichischen Landtag, wenn Fräulein Theimer zur Abhilfe der Dienstbotennot auf dem Lande sagt, dass der Landwirtschaft weibliche Arbeitskräfte aus der Stadt zugeführt werden müssen, weil es ihre (der Verfasserin) tiefinnerste Ueberzeugung ist, dass man die Landflucht nicht verhindern kann. Das erklärt sie als eine Aufgabe aller Vereine, die sich mit Jugendschutz und Jugendfürsorge befassen. Diese müssten ihren Wirkungskreis auf das Land verlegen und alle ihre Schützlinge zu Mägden oder Tagelöhnerinnen erziehen! Und auch die Frauenorden und Kongregationen könnten hier einen Wirkungskreis finden. Gott behüte die Kinder vor dieser Fürsorge, muss man da wohl sagen.

Nur in einem können wir der Verfasserin zustimmen, in dem, was sie über die städtischen Dienstboten sagt. In diesem Kapitel zeigt sie so viel Einsicht und Verständnis für die Ursachen aller Missstände, dass man staunt, wie sie auf anderen Gebieten zu so reaktionären Schlussfolgerungen kommt. Auch die Lage der Heimarbeiterinnen schildert sie objektiv an der Hand der amtlichen Statistik und der Ergebnisse von Enqueten. Weniger einwandfrei sind ihre Ausführungen über die gewerblichen Arbeiterinnen. Ueber diese enthält das Buch das wenigste Material.

Die Angaben über Löhne und Arbeitszeit stimmen nicht. So lesen wir im Kapitel: Genossenschaften, dass die Schlafstätten der Hilfsarbeiterinnen der behördlichen Aufsicht unterstehen und „licht, luftig und rein“ sein müssen. Sein müssen, aber nicht sind, behaupten wir. Hier vermischen wir eine Darstellung der Verhältnisse, wie sie sind. Die Arbeitszeit übersteigt jedoch „niemals elf Stunden“ innerhalb 24 Stunden, die vorgeschriebene „anderthalbstündige Mittagspause inbegriffen“. Dass im Modistengewerbe die einfachste Arbeiterin 50 bis 80 K im Monat verdient, dürfte den Modistinnen auch neu sein. In der Kunstblumenerzeugung sollen von zwanzig Arbeitssuchenden kaum zwei verwendbar sein. „Grobe, klobige Finger, weder Geschmack noch Farbensinn, so sind die Mädchen beschaffen, die berufen wären, feine Ware herzustellen und Modelle zu entwerfen. Lohn von 90 K monatlich aufwärts bei zehnstündiger Arbeitszeit.“ Arme Blumenmacherinnen mit den klobigen Fingern, die keine Ahnung haben, wie herrlich es ihnen eigentlich geht. Denn von den Arbeiterinnen hört man es anders. Bemerkt sei noch, dass die Verfasserin von den Frauen, die beim Bergbau beschäftigt sind, immer

von Weibern spricht. Wir wissen schon, die Bezeichnung Weib ist ein schönes Wort, in dem Falle aber klingt es durchaus nicht schön. Es tönt jenen, die es trifft, sehr geringschätzend in die Ohren. Fräulein Theimer kommt zu einem Resultat: es muss reformiert werden und dieser Meinung sind wir allerdings auch. Sie reklamiert für die Frauen einen Platz in der gewerblichen Verwaltung. Mit Recht beklagt sie, dass die Frauen in keiner der auch für ihr Erwerbsleben ausschlaggebenden Körperschaften vertreten sind. Sie fordert für die Frauen eine Vertretung im Industrie- und Gewerbeberat und im Zollbeirat, in den Handels- und Gewerbekammern, Ausgestaltung der weiblichen Gewerbeinspektion mit erweiterten Kompetenzen. An die Spitze möchte sie aber ein Zentralamt für Frauenarbeit stellen. Das klingt schön und verlockend. Wir möchten aber nicht, dass durch das Hoffen auf dieses grosse Ziel versäumt werde, die schon am Wege liegenden, ausgereiften Ziele aufzuheben. In Wien haben die Fabriksarbeiterinnen noch immer keine weibliche Gewerbeinspektorin. Wir haben noch immer nur eine einzige Assistentin der Gewerbeinspektion für die Putz- und Bekleidungsindustrie, grosse Industriedistrikte sind nicht einmal so weit. Im Arbeitsbeirat wirkt noch immer keine Frau. Es wird dort über Arbeitszeit, über Wöchnerinnenschutz, über Frauennachtarbeit geredet, ohne dass auch nur eine Vertreterin der arbeitenden Frauen Gelegenheit hätte, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Das Programm von Fräulein Theimer: die Verschlechterung der Schule, die Verminderung der Realien, die Herabsetzung der Schulpflicht am Lande, dürfte nicht Programm eines Zentralamtes für Frauenarbeit werden. Dafür würden sich die Arbeiterinnen ganz ernstlich bedanken. Ach, Fräulein Theimer findet, dass den Frauen die Geschicklichkeit abhanden gekommen ist, sie „scheuen“ körperliche Arbeit und das soll bekämpft werden von klein auf. Weg mit den Fröbelschen Kindergärten, zurück zur Puppe — zur einfachen — ruft sie aus. Im Kindergarten ein Puppenzimmer, wo die Mädchen an- und auskleiden und mit dem kleinen Bügeleisen bügeln lernen und dadurch wieder geschickte Finger zur manuellen Arbeit bekommen. Dazu bedarf es keines Frauenzentralamtes, denn bis nun sind uns die Fröbelschen Kindergärten lieber als die klösterlichen. Ein Amt für Arbeiterinnen, sei es jetzt eine Zentralstelle weiblicher Gewerbeinspektoren oder eine Frauensektion im Arbeitsbeirat, müsste vor allem die Aufgabe haben, festzustellen, unter welchen Bedingungen die Arbeiterinnen aller Berufe arbeiten. Wie ihre Lohnverhältnisse sind, wie die gegenwärtige Arbeitszeit auf die Gesundheit und auf die Mutterschaft der Arbeiterinnen einwirkt. Es müssten auf Grund genauester Erhebungen Vorschläge erstattet werden, wie der Arbeiterinnenschutz auszubauen ist.

August Forstner: Die Organisation der Gemeindearbeiter

Genosse Dittmer (Berlin) hat in der Nummer 4 des „Kampf“ vom 1. Jänner 1910 einen Artikel über die Organisation der Gemeindearbeiter veröffentlicht. Der Verfasser legt darin die aner kennenswerten Leistungen des deutschen Gemeindearbeiterverbandes dar und erörtert zum Schluss die Möglichkeit, eine ähnliche Organisation in Oesterreich zu gründen; er zitiert einen Beschluss der Reichsgewerkschaftskommission Oesterreichs, dass diese die Gründung einer Reichsorganisation der in kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegenwärtig als nicht zweckdienlich erachtet hat.

Sodann schrieb Genosse Dittmer: „Die Kommission hat die Gründung gegenwärtig noch nicht für zweckdienlich erachtet. Insbesondere dürften dabei die angegebenen Gründe des Genossen Forstner vom Handels- und Transportarbeiterverband mitgewirkt haben, dass dieser Verband dabei ziemlich viel Mitglieder in städtischen Betrieben zähle, die er dann abgeben müsse, anderseits hätten die Arbeiter hiervon keinen nennenswerten Erfolg.“

Wenn Genosse Dittmer der Meinung ist, dass sich die Kommission bei ihrer Entschliessung bloss deshalb hat bestimmen lassen, die Gründung eines Gemeinde-

arbeiterverbandes derzeit nicht gutzuheissen, weil in einem solchen Fall unser Verband alle im städtischen Betriebe beschäftigten Arbeiter an die neue Organisation abgeben müsste, täuscht er sich gewaltig. So wenig ich es wagen würde, an die Kommission die Zumutung zu stellen, ohne sachliche Prüfung die Zustimmung zur Gründung einer neuen Berufsorganisation zu versagen, wenn damit ein wichtiges und notwendiges Glied der gewerkschaftlichen Organisation der österreichischen Arbeiterschaft geschafft werden soll, bloss weil dadurch die von mir vertretene Organisation Mitglieder abgeben müsste, ebensowenig würde sich ein Mitglied der Kommission finden, das eine solche einseitige, ja kleinliche Stellungnahme billigen oder gar einer solchen beitreten würde. Uebrigens waren meine Ausführungen in der erwähnten Sitzung gar nicht allein für die Beschlussfassung in obzitiertem Sinne ausschlaggebend. Die Mitglieder der Kommission haben Gründe gegen die derzeitige Gründung einer Organisation der Gemeindearbeiter angeführt, die jeder Gewerkschafter und jeder in Oesterreich agitatorisch tätige Genosse anerkennen muss. Es kommt mir natürlich nicht in den Sinn, mit Genossen Dittmer über die Möglichkeit der Prosperität einer Gemeindearbeiterorganisation in Oesterreich zu polemisieren. Wogegen ich mich wenden muss, das sind die kleinlichen Motive, die mir Genosse Dittmer unterschiebt; hätte Dittmer nicht die wenigen Worte aus dem Zusammenhang gerissen, so wäre für jeden österreichischen Genossen meine Haltung in der Frage der Gründung einer Gemeindearbeiterorganisation verständlich gewesen. Der Transportarbeiterverband hat bisher schon gut funktionierenden Zentralorganisationen die Wege geebnet, so den Theaterarbeitern, er ist sich bewusst, dass er noch Branchen in seinen Reihen zählt, die über kurz oder lang, wenn sie auf eigenen Füßen stehen können, eine eigene Zentralorganisation bilden werden, als eine dieser Art führe ich besonders die Gärtner an. Die uns von den Branchen auferlegten Opfer bringen wir gerne im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation. Wir streben auch nicht darnach, durch Aenderungen der Organisationsform Organisierte zu organisieren, sondern wir werden auch, solange Zehntausende von Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern noch unorganisiert sind, in keine ernsten Grenzstreitigkeiten kommen. Uns gilt es vor allem, Arbeiter überhaupt einer Organisation zuzuführen, wo wir die Möglichkeit dazu haben, tun wir es ohne Rücksicht, ob diese Arbeiter „ewig“ in unserem Verband bleiben oder eine andere Organisation wählen. Ich verschliesse mich nicht Organisationsnotwendigkeiten aus meiner Meinung nach kleinlichen Motiven.

Karl Cermak: Proletarische Geselligkeit

Es ist in den Aufgaben und Zielen der politischen Partei- und der Gewerkschaftsorganisation gelegen, dass sie sich nur mit jenen sozialen Beziehungen befassen, in denen der Arbeiter als Staatsbürger oder als Produzent mit seinen Klassengenossen und Gegnern in Verbindung tritt. Für manchen mag es scheinen, dass der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse fast unabhängig ist von dem Leben und Treiben der organisierten Arbeiter, das sich „ausserhalb“ der Partei- und Gewerkschafts(Vereins)tätigkeit abspielt. Wer schärfer zusieht, wird aber leicht beobachten können, dass individuelle Eigenschaften der in einem bestimmten Kreis gekannten und sichtbaren Vertrauensmänner im kleinen auch ihren Anteil entweder an dem Wachstum oder der Mangelhaftigkeit der Bewegung haben können. Nicht selten kann man in irgend einem Organisationskreise als die Ursache eines erfreulichen Fortschrittes die Tatsache konstatieren, dass sich zur notwendigen Tätigkeit einige Genossen zusammengefunden haben, die in echter, idealer proletarischer Solidarität, einträchtig, in einem edlen und friedlichen Wettbewerb, wie um ein Bedürfnis zu stillen, im Dienste des Proletariats wirken. Wo dieser Zustand herrscht, kann man ferner auch die Beobachtung machen, dass diese Genossen als Freunde, im besten Sinne dieses Wortes, in den wenigen Stunden freier Zeit, die ihnen ihre Tätigkeit übrig lässt und die nicht direkt der Familie gewidmet sind, geselligen Verkehr pflegen. Nicht selten muss man aber leider auch die Wahr-

nehmung machen, dass Unverträglichkeit, Faulheit und sonstige wenig rühmliche Eigenschaften von sonst intelligenten und begabten Vertrauensmännern mit zu den Ursachen, an denen eine lokale Partei- oder Gewerkschaftsgliederung krankt, zu zählen sind. Es versteht sich, dass ich absolut nicht gesonnen bin, die Bedeutung und den Einfluss, den Personen auf unsere Parteientwicklung auszuüben imstande sind, zu überschätzen, weshalb ich mir wohl die Anführung der allgemeinen und wichtigen fördernden oder hemmenden Tendenzen ersparen kann. Wenn aber hier nur die persönlichen Einwirkungen aufgezählt werden sollen, so mit der Absicht, um eben auf die sehr oft unterschätzten Wirkungen individueller Anlagen und Handlungen zu verweisen.

Kann man also schon aus dem persönlichen und geselligen Leben der Vertrauensmänner zumeist sehr wichtige Schlüsse auf die Qualität einer bestimmten territorialen Parteigruppe ziehen, so ist naheliegend, dass das gesamte Wirken im Pardeidienst auch beeinflusst wird von der Art, in der die Parteigenossen als Individuen zusammenleben. Es besteht bekanntlich ein grosser Unterschied zwischen Parteigenossen, die „mit Leib und Seele“ bei der Sache sind, und jenen, leider Tausenden, die entweder gutwillig aber murrend ihre Parteibeiträge leisten, bei einer Wahl sozialdemokratisch stimmen, aber sonst nicht viel vom Parteileben wissen wollen. Die Genossen „mit Leib und Seele“ sind häufig schon in älteren Jahren, aus der Generation vor uns, sie haben sich ihre Ueberzeugung geformt im leidenschaftlichen Kampf gegen Unterdrückungen, Schikanen und Verfolgungen, sie sind wiederholt „im Feuer“ gestanden, daher die nimmermüde Tapferkeit und der geradezu heilige Eifer im Dienste der Partei. Wir Jüngeren haben am eigenen Leib wenig von dem erlebt, was die Alten mit Stolz uns aus „ihrer Zeit“ erzählen. Ja in manchen Branchen gibt es sogar schon viele Nutzniesser aus der Tätigkeit der Alten, die gar nicht wissen, vielleicht auch nicht wissen wollen, wie es wohl gekommen sein mag, dass sie bessere Arbeitsbedingungen als in manchen anderen Branchen haben. Jene grosse Zahl von Genossen, die etwa im Sinne statutarischer Bestimmungen gewiss als ganz einwandfrei gelten können, zahlen sie doch ihre Beiträge und lassen sie sich doch nichts zuschulden kommen, was der Partei zum Schaden gereichen könnte, haben auch ihre Gesellschaftskreise ausserhalb der Parteigenossen. Wenn wir uns aber fortentwickeln wollen, müssen wir aus jenen „passiven“ Genossen tätige Parteimitglieder zu formen versuchen, aus ihnen Parteileute, die das Herz auf der Zunge tragen und darum unausgesetzt für die Bewegung in mündlicher und persönlicher Agitation wirken, schaffen. Bei dieser Gattung Genossen fehlt es nicht an Ueberzeugung, auch nicht an Schulung, sondern meistens nur an gutem Willen. Hier könnte vielleicht auch eine Besserung erzielt werden, wenn von den tätigen und fähigen Genossen Versuche unternommen würden, den lauen Genossen als Menschen, mit all ihren Vorzügen und Fehlern beizukommen. Ein gewisser geselliger Zusammenschluss wird die Herzen einander näherbringen und wahrscheinlich auch leichter dann zu ernster Parteiarbeit vereinigen. Mit anderen Worten: es wäre das gesellige Leben mehr als bisher in den Dienst der Agitation zu stellen. Das hätte zu gelten, zunächst um die normale Tätigkeit der Genossen günstig zu beeinflussen, um durch das gesellschaftliche Näherrücken sich die Arbeit zu erleichtern, zu vereinfachen, sie möglichst zu reinigen von den Vereinsmeiereibetrieben, die da und dort noch — nicht immer zum Nutzen der Partei — gedeihen. Zweitens könnte die Pflege des geselligen Zusammenschlusses mit den nicht eben sehr eifrigen Genossen diese auf dem Wege des gesellschaftlichen Kontakts leichter und ohne den Aufwand von „Anrempelungen“ zu nützlichen und tätigen Genossen machen. Aber auch nach einer anderen Richtung kann das gesellige Leben für die Partei nutzbar gemacht werden: zur Werbung der Indifferenten.

Auch auf diesem Gebiete können wir von unseren Gegnern lernen. Besonders für die Entfaltung unserer Frauen- und Jugendorganisation ist das gesellige Leben von Bedeutung. Die Christlichsozialen und die nationalen Parteien machen ganz bemerkenswerte Anstrengungen, Frauen, Mädchen und Lehrlinge für ihre politischen Zwecke auf dem Wege der Geselligkeit zu gewinnen. Theatervorstellungen (Dilettanten), Tanzkränzchen, Kneipabende, Ausflüge etc. bringen ihnen zunächst ihre Opfer gesellschaftlich näher; später werden sie politisch infiziert, schliesslich als Anhänger bei Wahlen und sonstigen Aktionen verwendet. Es muss übrigens die überaus

bedauerliche Wahrheit bekannt werden, dass es auch zuweilen vorkommt, dass die Söhne und Töchter von Parteigenossen, die sich in ihrem jugendlichen Unverstand als etwas „Besseres“ fühlen, sich in bürgerlichen, gegnerischen Vereinen herumtreiben. Bei den nationalen Krawallen in Deutschböhmen im Herbst 1908 konnte man unter den lärmenden Jungmannen Söhne von Parteigenossen bemerken; organisierte Arbeiter schicken ihre Töchter in bürgerliche Tanzvereine, damit sie eine „bessere Partie“ machen.

In Wien und in den Alpenländern sind es die Klerikalen, in den Sudetenländern die Nationalen, die in jenen Lücken, die das gesellige Leben des Proletariats offen lässt, mit ihrer schlaun, verdeckten Parteipropaganda sich einzunisten bestreben. Die Fortschritte unserer Frauen- und Jugendorganisation sind zu einem Teil davon abhängig, inwieweit es uns gelingt, das gesellige Leben für unsere Zwecke auszunützen. Dabei ist nicht zu verkennen, dass wir durch Pflege des geselligen Beisammenseins — natürlich darf darunter kein i-Tüpfelchen der ernstesten Tätigkeit leiden — auch ein in der Arbeiterschaft tief wurzelndes Bedürfnis befriedigen.

Wie soll und kann das nun geschehen? Ich gestehe, dass die Aufzählung der Argumente, die für die Notwendigkeit der Pflege proletarischer Geselligkeit sprechen, weit leichter ist als die Beantwortung dieser Frage. Vor allem muss in dem Kleinkampf um einige Stunden Geselligkeit, zum individuellen Nutzen des Arbeiters und im Interesse der Parteientwicklung, gegen den ärgsten Feind, den Alkohol, losgerückt werden. Wo der Alkohol gesellige „Freuden“ bringen soll, dort kann weder dem einzelnen noch der Partei ein Dienst geleistet werden. Mit jedem Glas Bier, mit jedem Viertel Wein, das die in geselligem Beisammensein Vereinten hinter die Binde giessen, wird die Gefahr gesteigert, dass aus der Geselligkeit öder Radau oder dummes Geschwätz wird. So wie in dieser Beziehung, so hat sich eben auch in jeder anderen Hinsicht die Betätigung der proletarischen Geselligkeit in ihrer Art streng zu scheiden vom geselligen Leben des Bürgertums. Es lockt Hunderte junge gedankenlose Leute an, in nationale Jungmannschaften einzutreten, wo ihnen ein verbummelter Student Unterricht im „kommentmässigen“ Biersaufen erteilt. Unsere Jugendorganisation muss die Abstinenz propagieren, wenn sie sich gesund entwickeln will.

Dass man auch Frauen und besonders junge Arbeiterinnen, die als der Typus der Proletarierin unseren Frauenorganisationen zugeführt werden sollen, durch gesellige Beziehungen uns leichter zugänglich macht, bedarf keines besonderen Beweises. Doch dabei können wir wieder nicht den ausgetretenen Spuren des Bürgertums folgen und etwa Tanzvereine gründen oder sonst mit seichten Unterhaltungen die Konkurrenz im gleichen Genre aufnehmen. Weil wir neue und einzigartige kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben und also auch in dieser Richtung das Alte zerstören müssen, um an seiner Stelle das Neue, die Kultur des Sozialismus, aufbauen zu können, darum stellen sich auf der Suche nach geeigneten Mitteln zur Hebung und zur Pflege der proletarischen Geselligkeit schwere Hindernisse in den Weg. Leider ist der Verdacht nicht loszuwerden, dass viele Genossen die Probleme, die sich aus diesen Schwierigkeiten ergeben, auf die Weise zu „lösen“ bereit sind, dass sie ihnen ausweichen, sie links liegen lassen. Darin ist wohl auch die Ursache zu suchen, warum dieses gewiss wichtige und höchst interessante Gebiet noch gar so wenig berührt wurde.

In zwei Richtungen könnte mit den Bestrebungen eingesetzt werden. Einerseits würden viele Lokalorganisationen und gewerkschaftliche Gruppen Nützliches zu leisten imstande sein, wenn für diese Tätigkeit mehr Plan, Liebe und Fleiss als bisher in Verwendung kämen. Leider wird sehr oft das Arrangement von Festen, wie überhaupt die Pflege der Geselligkeit wenig verständigen G'schaftelhubern überlassen. Was Organisationen bei der Veranstaltung von Festen zu leisten verpflichtet wären, hat Genosse Stephan Grossmann im vierten Heft, erster Jahrgang, des „Kampf“ ausgeführt. Freilich sind diese trefflichen Anregungen fast noch nirgends berücksichtigt worden; wäre dies der Fall, so könnte man schon von einem Fortschritt auf dem Gebiete der proletarischen Geselligkeit berichten. Doch die Veranstaltung von guten Festen kann nur einigemal im Jahre geschehen und darum muss eine Art „Kleinarbeit“ in Bezug auf Geselligkeit einsetzen, wenn alles Nützliche aus dem menschlichen Triebe der Ge-

selligkeit für den proletarischen Klassenkampf herausgeholt werden soll. Detailvorschläge lassen sich da nicht machen, es muss eben von den jeweiligen örtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen ausgehend eine Art des geselligen Beisammenseins gesucht werden, die alle erforderlichen Bedingungen erfüllt. In der Regel werden gute Musik, Liedervorträge, ernste und heitere Deklamationen einen ungezwungenen, frohen Abend schaffen. In den alten Bildungsvereinen haben sich unsere Genossen im Winter jeden Sonntag zu sogenannten „geselligen Abenden“, an denen auch sehr fleissig der § 23 des Pressgesetzes übertreten wurde, versammelt. Diese „geselligen Abende“ sind zwar verschwunden, doch ein Ersatz dafür wurde nicht geschaffen. Grundsatz sollte bei solchen Veranstaltungen, die wieder aufzuleben hätten, sein, dass den Anwesenden reichlich Gelegenheit gegeben wird, sich selber zu unterhalten, sich gründlich auszuplaudern, nicht wie das oft bei unseren heutigen Veranstaltungen vorkommt, dass irgend ein „Komiker“ auf das Publikum losgelassen wird, der einfach nicht mehr aufhört und einen bis zur Verzweiflung „animiert“. Die Hauptsache ist doch, dass die Gleichgesinnten versammelt sind, einander als Menschen kennen lernen und möglichst ungezwungen einige Stunden verbringen. Heute wird aber ein voluminöses Programm abgehaspelt und wenn der letzte bestellte „Witzmacher“ fertig ist, muss man sich beeilen, nach Hause zu kommen, weil inzwischen eine halbe Nacht verflossen ist. Ueber den Ausbau der proletarischen Geselligkeit werden Berufene nach neuen Bahnen und Nuancen für das Alte zu suchen haben, vorausgesetzt, dass meine Ueberzeugung von der Notwendigkeit, hier schaffend zu wirken, von ihnen geteilt wird.

Schliesslich möge noch in einigen Bemerkungen über jene bestehenden Arbeitervereine, die eigentlich die Geselligkeit zu pflegen hätten, darauf verwiesen werden, dass auch manchmal dort Wandel zu schaffen wäre. Unsere Gesangsvereine, besonders in der Provinz, sind schwach, unentwickelt, daher wenig leistungsfähig, was manche Genossen Sänger auf die Irrwege des Dilettantenunwesens führt. Dabei gibt es auch noch viele Vereine, in denen, getreu dem bürgerlichen Muster, das Trinkhorn eine ganz wesentliche Rolle spielt und von der Kehle des Sängers nicht nur die guten Töne, sondern auch die guten „Züge“ aus dem Bierkrug bekannt sind. Auch in den Arbeiter-Turnvereinen könnte noch manche Reform geschehen, durch die die proletarischen Turner sich schärfer unterscheiden würden von ihren bürgerlichen Kollegen. Uebrigens muss auch rund herausgesagt werden, dass in manchen Arbeiter-Turnvereinen das Turnen mehr, als dies in unseren Absichten gelegen sein muss, zum einzigen und ausschliesslichen Zweck wird, was jene Orte, wo es gute Turnvereine und schlechte Parteiorganisationen gibt, beweisen. Damit sollen natürlich nicht mit einem Worte die Bedeutung und die Erfolge der Turn- und Gesangsvereine im allgemeinen geschmälert werden.

Die schlechten, meist aus bürgerlichen Vereinen eingeschleppten Unsitten und Unarten aus der proletarischen Geselligkeit auszurotten, neue Wege zu finden und zu wandeln, um für den einzelnen Arbeiter die wenigen Stunden der freien Zeit gut und nützlich anzuwenden, dabei auch der Parteientwicklung zu dienen, wird eine der Aufgaben für die nächste Zukunft sein.

Stephan Grossmann: Eine Sängerpflicht

Nun ist einige Zeit verflossen seit jenem Sonntag, an dem in Wien auf der Ringstrasse eine Demonstration der sozialdemokratischen Arbeiter einherzog neben einer Demonstration der Deutschnationalen. Wir Sozialdemokraten waren natürlich in einer vielfachen Majorität, die Deutschnationalen waren von der Polizei geschützt und hatten sich von vornherein auf ein kleines Terrain beschränkt, wo sie mit erstaunlicher Beharrlichkeit auf- und abmarschierten, während unser Zug vom Rathaus weg ununterbrochen über die Ringstrasse flutete. Trotzdem waren uns die Deutschnationalen in gewissem Sinn über: Sie machten mehr Lärm! Dem sozialdemokratischen Arbeiter, der Disziplin und Selbstzucht kennt, ist natürlich der undisziplinierte und zuchtlose nationale

Schreier schon durch seine Zuchtlosigkeit überlegen. Wie auch das Kind dem Manne überlegen ist in der Lust an Geräuschen.

Aber es gab eine Art von Geräuschen, um die wir sie eigentlich beneideten. Nicht ihre Bubenstreiche, nicht ihre jungenhaften Ausrufe waren es, aber ihr Massengesang. Es gibt keinen deutschnationalen Studenten, der nicht die „Wacht am Rhein“ singen kann, es gibt keinen deutschnationalen Turner und keinen alldeutschen Gymnasiasten, der nicht vor allem das Lied lernte. Ja, das ganze politische Glaubensbekenntnis der Deutschnationalen schrumpft vielfach auf die Kenntnis der „Wacht am Rhein“ zusammen. Bei Gelegenheit dieser benachbarten Demonstrationen bemerkten wir zum erstenmal mit wirklichem Schrecken, wie sehr das „Lied der Arbeit“ in unseren Reihen aus der Mode gekommen ist! Ehedem kannte es jeder Arbeiter. Heute muss man zugestehen, dass ein grosser Teil der nachwachsenden Arbeiterschaft das „Lied der Arbeit“ nicht mehr zu singen vermag! Bei keiner Gelegenheit ist ein schon früher oft empfundenes Uebel so deutlich zutage getreten, wie diesmal: Uns fehlt ein gemeinsames Kampflied! Die deutschen Arbeiter sind da gegen ihre anderssprachigen Genossen im Nachteil. Die Franzosen haben ihre „Carmagnole“, die Tschechen haben ihre „Rote Fahne“. Nur die deutschen Sozialdemokraten haben kein flammendes Kampflied! Das Schwinden des „Lied der Arbeit“ hat gewiss auch innere Gründe. Es ist niemals ein revolutionär stimmender, feuriger Massengesang gewesen, sondern nur ein pathetischer Chor, der übrigens mancherlei Reminiszenzen an das deutsche Lied enthält. Trotzdem müssen wir dem „Lied der Arbeit“ nachtrauern! War es auch keine packende, revolutionäre Melodie, so war es wenigstens ein einigendes gemeinsames Lied.

Und damit bin ich zum Kernpunkt dessen gelangt, was jener Demonstrationssonntag uns allen gesagt hat: Wir brauchen ein neues Kampflied. Wir brauchen ein Lied, das jeder sozialdemokratische Gesangverein lehrt und das schliesslich nicht nur jeder Sänger, sondern auch die Nichtsänger singen können müssen! Wir brauchen ein Lied, das in jeder sozialdemokratischen Versammlung gesungen werden kann, wir brauchen ein Lied, das bei einer Demonstration als tausendstimmiger Männerchor ertönen muss. Mit einem Wort: die österreichische Sozialdemokratie braucht eine wirkliche Volkshymne! Die Gesangvereine der Partei und die Gesangsektionen der verschiedenen Gewerkschaften hätten vor allem die Pflicht, ein gemeinsames Lied einzustudieren und in Mode zu bringen. Allen Respekt vor der Arbeit in den verschiedenen Gesangsektionen, allen Respekt vor den Intentionen der verschiedenen Chormeister! Aber was uns fehlt, ist wichtiger als die eine oder die andere musikalische Einzelleistung. Was uns fehlt, ist das gemeinsame, einigende Lied der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft. Wie soll das anders werden? Um zu diesem Lied zu gelangen, müssten die Gesangvereine, die ohnehin in einer viel zu losen Verbindung miteinander stehen, bei einem Kongress die Sache im Prinzip beschliessen. Ich stelle mir vor, dass zuerst ein Preisausschreiben für den besten Text erlassen wird und dass als Preisrichter für diese Konkurrenz literarisch urteilsfähige und parteigenössisch empfindende Leute ausgewählt werden. Wir haben gerade in Oesterreich gar keinen Mangel an proletarischen Dichtern und ich könnte hier Namen von solchen nennen, die sehr wohl imstande wären, einen derartigen Text zu versuchen. Die Aufgabe, den österreichischen Arbeitern ein bleibendes, zum Parteilied erhobenes Gedicht zu schaffen, ist durchaus nicht unlösbar und gerade von dieser Art Dichtungen kann man sagen: das ist Poesie, die sich kommandieren lässt! Wenn man einen angemessenen Preis für ein solches Lied aussetzen würde, so würde sicher die Beteiligung an einer solchen Textkonkurrenz eine sehr rege sein. Es würde sich auch empfehlen, bestimmte Verfasser zur Teilnahme an einer solchen Konkurrenz einzuladen. Ist einmal das Lied gefunden, so würde es Aufgabe einer weiteren öffentlichen Konkurrenz sein, die richtige Melodie zu finden. Ich hege auch da keinen Zweifel, dass der Versuch glücklich ausfallen müsste, vor allem müsste er einmal gewagt werden! Würde eine solche Kommission ein textlich gutes und musikalisch packendes Lied ausgewählt haben, so wäre es dann Pflicht aller Arbeiter-Gesangvereine, dieses Lied in kurzer Zeit zum regierenden zu machen. Es müsste der Text und die einfache Vertonung eine Zeitlang in vielen Tausenden Exemplaren bei allen Versammlungen, bei allen Demonstrationen, bei allen Zusammenkünften verteilt werden. Wenn

das Lied auch nur einigermaßen gelungen ist, so dürfte es mit Hilfe dieses einigen Organisationsapparates durchzusetzen sein!

Unsere Gesangsvereine leiden an der Zersplitterung. Sie denken nicht genug an das, was alle gemeinsam entbehren, sondern haben nur ihre speziellen (künstlerischen) Vereinsinteressen im Kopfe. Wäre mehr einheitliche Auffassung in unseren Gesangsvereinen, dann hätten wir in Wien schon längst einen Elitechor, in dem die besten Stimmen aus allen Wiener Arbeiter-Gesangsvereinen vereinigt sind. Es gibt doch wirklich zu denken, dass die schönsten künstlerischen Veranstaltungen der Wiener Arbeiterschaft immer wieder zu bürgerlichen Gesangsvereinen um Aushilfe gehen müssen. Dieser Elitechor der Wiener Arbeiterschaft ist längst ein Gebot der Notwendigkeit und ich bin überzeugt, dass, wenn dieser Geist der Einheit in allen unseren Gesangsvereinen der herrschende sein wird, wir diesem Geist zwei Errungenschaften mit einem Schlag verdanken werden, auf der einen Seite einen Elitechor, auf der anderen Seite ein neues, gemeinsames Kampflied. Die Situation unserer Gesangsvereine ist im Augenblick keine glänzende und die Hilfe der Partei ist ihnen in vieler Hinsicht notwendig und erwünscht. Das Geringste, was man von den Gesangsvereinen verlangen kann und muss, ist die Propagierung eines solchen gemeinsamen Kampfliedes für alle!

Mögen diese Zeilen, die ja nicht von einem Musiker stammen, sondern nur aus dem Gefühl einer Parteipotwendigkeit geschrieben worden sind, den Anstoss geben zu einer notwendigen Tat.

Bücherschau

Parteigeschichte

Schon die Ankündigung des Buches von August Bebel „Aus meinem Leben“ (Stuttgart 1910. H. W. Dietz' Nachf. 221 S. 8^o. Preis K 1'80) hat die grösste Aufmerksamkeit, die lebhafteste Neugierde nicht nur der Parteigenossen, sondern auch aller Politiker wachgerufen. Von dem Buche erwartete man mannigfache Aufhellungen, wertvolle Aufklärungen über eine Zeit, die der älteren Generation in nebelhaftes Dunkel versunken ist, die den jüngeren Generationen weit unbekannter ist, als sie es sich einzugestehen wagten. Das Interesse an der Geschichte unserer Bewegung ist aber, wie jeder Referent in unseren Versammlungen weiss, ausserordentlich schnell zu wecken, wenn auch nicht immer leicht zu befriedigen. Schon aus diesen Gründen wird das neueste und eigenartige Buch von Bebel aufmerksame Leser finden und reiche und notwendige Belehrung in den weitesten Kreisen verbreiten.

Nicht bloss die Parteigenossen werden nach diesem Buche greifen müssen, jeder ernsthafte Politiker, der den Wurzeln aller uns heute beschäftigenden Probleme nachgeht, wird zu diesem Buche greifen müssen, jeder Geschichtschreiber der Einigung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, jeder Erforscher des Parteiwesens wird dieses Buch lesen müssen, er wird auch von ihm gefesselt werden. Das gilt alles nicht bloss für die Politiker, für die Geschichtschreiber, für die Parteigenossen im Deutschen Reiche, auch die Oesterreicher werden in diesem Buche sehr vieles finden, was sie bisher überhaupt nicht wussten oder bloss in ganz anderer Beleuchtung kennen lernten. Von Bismarck und Roon, von Freytag und Loë, von Tiedemann und Brandt besitzen wir Erinnerungen, Denkwürdig-

keiten aus ihrem Leben, Memoiren, Bekenntnisse, ganz zu schweigen von den Werken der Pöschinger, Busch u. s. w., die mit ihren Tagebuchblättern die Menschen und Dinge der Zeit zeichnen wollten, von denen auch die Erinnerungen Bebels handeln. Nachdem so bedeutungsvolle Gegner unserer Anschauungen aus ihrer Erinnerung geschöpft haben oder Darstellungen aus ihrem Nachlasse angeordnet hatten, wirkt es doppelt erfreulich, dass wir nun auch von einem der unseren, ja von dem, den das Proletariat mit dem grössten Stolz den seinen nennt, Lebenserinnerungen besitzen.

Es sind im reinsten Sinne des Wortes Erinnerungen. Es ist nicht eine Arbeit in Archiven, nicht eine systematische und erschöpfende Untersuchung und Verarbeitung alter Bücher und Broschüren, vergilbter Briefe, Akten und Tagebuchblätter, wenn so manches Material auch von Bebel herangezogen wurde. Bebel bietet wirkliche Erinnerungen. Erinnerungen, die ein wichtiges Material sein werden für alle, die sich an die Geschichtschreibung einer der schwierigsten und verwickeltesten Epochen der Neuzeit machen werden. Das neue Buch von Bebel ist keine Geschichte und will keine Geschichte sein, es soll nicht als Geschichte gewertet und besprochen werden. Wie sich die Geschichte jener Zeiten in dem Gedächtnisse eines, der in erster Linie mitgewirkt hat, nach 40 und mehr Jahren spiegelt, was ihm heute noch wichtig und bedeutungsvoll erscheint, was er heute noch sieht wie damals und was sich in seinem Urteil über Freunde und Feinde in jener Zeit geändert hat, es ist dies nicht viel, das erfährt man aus diesem Buche. Nichts wäre verfehlt, als mit kleinlicher besserwissender, richtigstellender Kritik an dieses Buch zu gehen. Das wollen wir anderen überlassen. Wir geben nur unserer Freude über das Erscheinen dieses

Buches Ausdruck, wir wollen nur auf seinen reichen Inhalt verweisen und betonen, dass wir mit der gleichen Spannung wie den ersten Band auch die folgenden erwarten.

Ein Vorwort begründet ganz richtig das Erscheinen des Buches mit dem Wunsche vieler Parteigenossen. Die ungefärbte Wahrheit gesucht zu haben, betont da Bebel und niemand wird ihm das bestreiten können. Aber viele werden finden, dass er mit unbegründeter Scheu nicht zu viel von sich sagen wollte, dass er mehr objektiv das Werden der Ereignisse wirken lassen wollte und viel zu viel Zurückhaltung übt, wenn er von sich zu sprechen hätte. Niemand, auch Bebel selbst nicht, wäre zu einem Vorwurf berechtigt gewesen, wenn diese Lebenserinnerungen persönlicher gewesen wären. Sie hätten unzweifelhaft noch grössere Wirkung ausgeübt. Davon wird jeder überzeugt sein, der die ersten Kapitel des Buches aus der Kinder- und Jugendzeit, die Lehr- und Wanderjahre bis in den Leipziger Hafen gelesen hat. In der Darstellung der Jugend sehen wir Bebel durchaus persönlich. Hier sehen wir, wie es sich für die Lebenserinnerungen eines so bedeutenden und uns in allen seinen Entwicklungsstadien so stark interessierenden Mann schickt, den Selbstbiographen im Mittelpunkt der Darstellung. Hier ist wirklich reine Darstellung des Lebensganges, hier tritt uns Bebel menschlich nahe wie nirgends sonst in seinen Schriften, wie auch nicht in dem grössten Teil dieses Buches. Auch wer von Bebel noch nie etwas gewusst hat, wer allen politischen und geschichtlichen Entwicklungen ferne gewesen war, wird, wenn er diese ersten 45 Seiten lesen wird, diesen Mann lieb gewinnen, er wird ihn schätzen, ja verehren. Überaus sympathisch muss auf jedermann wirken, wie der Siebzigjährige sich in anhänglicher Pietät seiner Mutter erinnert, wie die Liebe zu seinem Bruder aus der Darstellung herausleuchtet, wie der vereinsamte letzte des Stammes so vielen Familiensinn zeigt. Auf die traurige Jugend August Bebels fällt aus der Erinnerung des weisshaarigen Schilderers Sonnenglanz und Humor. Wir sehen dann den Jüngling schon politisch gerichtet, voll lebhafter Anteilnahme an den reichen Geschehnissen jener Jahre, instinktiv einer Arbeiterorganisation zustrebend und an ihr festhaltend, obgleich die einzige, die für ihn in Betracht kam, der katholische Gesellenverein war.

Nach der Schilderung der ersten Jugend gewinnt das Buch einen anderen Charakter. Die Persönlichkeit tritt leider in der Darstellung zurück, oft wird Bebel von Bebel in den Hintergrund gedrängt durch die Darstellung und Erklärung der Ereignisse. Sicherlich ist diese wertvoll und bedeutsam, nichts wollen wir aus ihr missen, wohl aber hätten wir uns gefreut, wenn auch da mehr über Bebel zu finden gewesen wäre. In grossen, umfangreichen Kapiteln finden wir den Selbstbiographen nur ganz nebenbei erwähnt, so selbst in dem Kapitel, das so verheissend überschrieben ist: „Mein Eintritt in die Arbeiterbewegung“. Man hat immer wieder das Gefühl, dass Bebel eine gewisse Scheu hat, von sich selbst zu sprechen, obgleich Millionen Proletarier so gerne seine Erzählung

über sich hören wollen. Gerade diese Feststellung erfüllt uns mit der Hoffnung auf ein langes Leben Bebels, auf seine weitere, viele Jahre noch umspannende Wirksamkeit für die Arbeiterbewegung, denn das, was das Alter so oft kennzeichnet, die Redseligkeit und die Selbstbespiegelung, davon ist gerade in diesem Buche so überaus wenig zu beobachten.

Bebel schildert die Vereinstage der deutschen Arbeitervereine. Friedrich Albert Lange widmet er ein kurzes, aber ebenso lange wie Bebel auf das höchste ehrendes Kapitel. Einen der ersten Streiks, den der Leipziger Buchdrucker vom Jahre 1865, stellt er in einem besonderen Abschnitt dar, wie auch sein Buch ein umfangreiches Kapitel über die Gewerkschaftsbewegung und manche sympathische Erwähnung der fachgewerblichen Organisation der Arbeiter enthält. Der Scheidung der Geister in den Arbeitervereinen, der Entwicklung dieses Verbandes vor dem Auseinandergehen in Nürnberg und dem epochemachenden Verbandstag in Nürnberg sind besondere Kapitel gewidmet. Besonders umfangreich ist der Abschnitt über die Katastrophe von 1866, kurz, aber manche fest eingewurzelte Tradition berichtend, ist der Abschnitt über Wilhelm Liebknecht. Sehr klein geraten, eine Perle des Buches, ist dann der nur zu kurze Abschnitt, der „Persönliches“ überschrieben ist. In hohem Masse interessant ist auch das kleine Kapitelchen über die erste Verurteilung. Das Buch schliesst mit dem Abschnitte „Vor Barmen-Elberfeld“, das heisst, vor der grossen Auseinandersetzung Bebels und Liebknechts mit I. B. von Schweitzer endet das Buch. So wird also der zweite Band beginnen mit der Darlegung der grossen Abrechnung der Eisenacher mit dem Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereines, die Schweitzers Stellung so tief erschütterte und seinen Rücktritt vorbereitete, wodurch das grösste Hindernis der Einigung der beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie beseitigt wurde. So steigert sich unsere Erwartung und unsere Sehnsucht nach der Weiterführung der Erinnerungen.

Wenige haben dieses Buch bisher in der Hand gehabt, aber die wenigen werden es wie ich und meine Freunde ohne Unterbrechung vom Anfang bis zu Ende gelesen haben, mögen sie auch in einer Abendstunde begonnen haben und mag die späte Morgenröte eines Januartages den Leser noch vor dem Buche Bebels gefunden haben. Belehrung und Freude wird man aus dem Buche schöpfen. Aber wertvoller noch als das ist die Zuversicht, die das Proletariat schöpfen wird aus diesem Buche. Was der Wille der Arbeiterklasse vermag, welche gewaltigen Hindernisse schon überwunden wurden, wie die schwierigsten inneren und äusseren Hemmnisse der proletarischen Bewegung aus dem Wege geräumt werden können, was Opferfreudigkeit, Selbstlosigkeit und Liebe zur Arbeiterklasse vermag, das alles wird uns, vielleicht heller als jemals zuvor, in dem Buche „Aus meinem Leben“ beleuchtet, das wir August Bebel danken. Mögen mit Genuss und mit Erhebung, mit sichtbarem Gewinne Hunderttausende Proletarier aus diesem Buche neue Kraft und neue Freude, neues Wollen und neues Können schöpfen! Adolf Braun.